



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 7-8/1976
3,- DM



Inhalt

AIB-Aktuell

Das Söldnertribunal in Angola S. 3-4

Republik Südafrika

Gabriele Bröner, Wolfram Bröner, Rainer Falk
Soweto und der Vorster-Besuch
in der Bundesrepublik S. 5-14
Warum Soweto brannte S. 7

Anti-Apartheid-Bewegung zur fortgesetzten
atomaren Zusammenarbeit BRD-Südafrika S. 10-11

Rede Reginald Septembers auf der
VDS-Kundgebung S. 13

Resolution der Gewerkschaft OTV S. 14

Namibia

Appell der SWAPO: Verhindert den Mord
an Mushimba und Shikongo! S. 14-15

Libanon

Erklärung der KP Israel: Die syrische Inter-
vention im Libanon wird scheitern S. 16-17

Entwicklungsländer

Dieter Boris: Bericht vom 3. Internationalen
Seminar in Bagdad zu "Problemen der Entwick-
lung und des Kampfes für eine neue
Weltwirtschaftsordnung" (1.-4. Juni 1976) S. 18-20

Deklaration des 3. Internationalen
Seminars in Bagdad S. 20-22

Chile

Interview mit Joachim Schwammborn
Die Reise der bundesrepublikanischen
Juristendelegation nach Chile S. 23-29

Schreiben chilenischer Anwälte an die Außen-
minister der OAS-Konferenz
in Santiago de Chile S. 30-35

Gespräch mit Bernardo Leighton
Wir sind für die antidiktatorische Aktions-
einheit aller chilenischen Demokraten S. 36-37

Iván Ljubetic
Luis Emilio Recabarren und die Geschichte
der chilenischen Arbeiterbewegung S. 38-46

Uruguay

Interview mit Enrique Rodriguez
Die Diktatur in Uruguay und die
Faschisierung Lateinamerikas S. 47-53

Laos

Kaysone Phomvihane: Die entscheidenden
Schritte der laotischen Revolution S. 54-57

Aktionsprogramm der Regierung der
Volksdemokratischen Republik Laos S. 57-60

Korea

Wolfgang Ritter
Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die
neokoloniale Herrschaft der USA (4. Teil) S. 61-64

Korea-Resolution Nr. 3390 der UNO S. 62

Kim Il Sung:
Prinzipien der Wiedervereinigung Koreas S. 63

Ost-Timor

Amule Alcatiri Maribim: Der Volkswiderstand
gegen die indonesischen Invasoren S. 65-67

Kurzinformation

Puerto Rico, Bolivien, Gründung der
Sozialistischen Republik Vietnam S. 67-68

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jürgen Ostrowsky,
Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:

M. Agather, B. Brinkmann, G. Broeker, C. Cordero-
d'Aubuisson, R. Falk, M. Gohary, M. Hellmann, H. Kiehl,
U. Moser, M. Passolt, B. Pflug, U. Rupp, Ch. Stockinger,
S. Worster

Titelentwurf: "Die Einheit der Arbeiter und Bauern Chiles"
von Boris Eichin

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20. Juli 1976

Beilagen und Anzeige:

- Werbeblatt des Verlags Marxistische Blätter
- Anzeige des Pressedienstes Demokratische Initiative (PDI) zum Arbeitsheft Chile
- Katalog des AIB (1970 - 1975)

CHILE-SONDERDRUCK

Die in diesem Heft enthaltenen Beiträge
zu Chile erscheinen - mit Ergänzungen -
als Sonderheft.

Preis: 1,- DM, Umfang: 28 Seiten

Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren:
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

AIB - Aktuell: Das Söldnertribunal in Angola

Am 28. Juni 1976 verurteilte das Revolutionäre Volksgericht von Angola in Luanda vier Söldner (die Briten Costas Georgiou alias "Oberst Toni Callan", Andrew Gordon McKenzie und John Derek Barker sowie den US-Bürger Daniel Francis Gearhart) zum Tode. Neun weitere Söldner, die sich vor demselben Gericht ebenfalls wegen Mord, Plünderungen und anderer Kriegsverbrechen sowie wegen Verbrechen gegen den Frieden zu verantworten hatten, kamen mit Gefängnisstrafen zwischen 16 und 30 Jahren davon. Die Todesurteile sind inzwischen vollstreckt worden.

Das Gerichtsverfahren, das von den Verteidigern der Angeklagten und dem überwiegenden Teil der westlichen Presse übereinstimmend als "fair und korrekt" bezeichnet worden war, veranlaßte selbst den Spiegel, dessen Angola-Berichterstattung stets von ungeschminkter Sympathie für die pro-imperialistischen Spalterorganisation FNIA und UNITA gekennzeichnet war, am 21.6.1976 zu der Feststellung:

"Es war ein trübes Kapitel Kolonialgeschichte, das da ans Licht kam - und es war, zumindest für den Schwarzen Kontinent, das erste Mal, daß dieses Kapitel mit Hilfe eines Prozesses bewältigt werden sollte, der auch der gegnerischen Seite eine gewisse Achtung abnötigte."

Triumph über das internationale Söldnertum

In der Tat legte der Prozeß ein für die ganze Welt sichtbares Zeugnis von der Kraft, der Zuversicht und der Reife der jungen Volksrepublik ab. "Dieser Prozeß ist mit einer Sachkundigkeit und einem Respekt vor gesetzlichen und demokratischen Verfahrensweisen durchgeführt worden," schrieb der Publizist Wilfried Burchett, "die einer Anzahl von Staaten der 'Alten Welt', die sich der Seriosität ihrer Rechtsprechung und des Respekts vor den Rechten der Verteidigung rühmen, als Beispiel und Modell dienen können." (Afrique Asie, Nr. 113/28.6.1976)

Indessen verfolgte die Volksrepublik von Anfang an mit dem Prozeß nicht nur das Ziel, die Verbrecher, die von der reaktionären Presse noch vor Monaten als "mutige Vorkämpfer der westlichen Zivilisation" gefeiert worden waren, ihrer gerechten Strafe zuzuführen. In einer Erklärung des Informationsministeriums der VR Angola heißt es dazu:

"Die Söldner, die sich für eine entsprechende Bezahlung freiwillig zum Töten, Zerstören und Verüben anderer Verbrechen zur Verfügung stellen, verkörpern die niedrigsten menschlichen Instinkte; aber gleichzeitig sind sie nichts anderes als Agenten starker internationaler Kräfte. Sie versuchen, gewaltsam die Pläne durchzusetzen, die diejenigen, die sie bezahlen, mit anderen Mitteln nicht haben verwirklichen können. Ihr Eindringen in Angola stellte einen letzten verzweifelten Kraftakt dar, um die MPLA und die Einheit des angolischen Volkes zu untergraben und so den Reichtum Angolas unter dem Zugriff des westlichen Imperialismus zu halten. Der Prozeß von Luanda wird ein Prozeß gegen jene Strukturen und Mechanismen, die diese Männer nach Angola gebracht haben. Aus ihren internationalen Dimensionen ergibt sich die Notwendigkeit einer Aktion von ebenfalls internationalem Ausmaß, um die Rekrutierung und die Operationen von Söldnern zu verhindern. Deshalb haben die MPLA und die Regierung der VR Angola die Initiative zur Bildung einer Internationalen Untersuchungskommission ergriffen, die nicht nur die Beobachtung des laufenden Prozesses zur Aufgabe hat, sondern auch einen praktischen Vorschlag für eine internationale Aktion formulieren soll, um zu verhindern, daß andere Länder auf dieselbe Weise wie Angola unter dieser Form der Aggression leiden müssen." (Afrique Asie, Nr. 113/28.6.1976)



So grausam die Taten der 13 Söldner, die in Luanda von dem Gericht an die Öffentlichkeit gebracht wurden, auch waren, niemals verdeckten sie, daß es in Wirklichkeit der Imperialismus und seine verbrecherischsten Auswüchse waren, die hier unter Anklage standen; und zu dessen vollständiger Ausrottung einen Beitrag zu leisten, die VR Angola sich aus ihrer zutiefst internationalistischen Haltung heraus verpflichtet fühlt. Im Gegenteil: Die Enthüllungen, die das Revolutionäre Volksgericht ans Tageslicht brachte, erhellten zugleich die Hintermänner und die Interessen hinter den 13, die hier auf der Anklagebank säßen.

Verbrechen gegen das Volk Angolas

Callan, der sich für alle Untaten seiner Mitangeklagten verantwortlich erklärte, soll hier stellvertretend mit seinen Verbrechen genannt sein: Er ließ selbst FNIA-Soldaten umbringen und meuchelte seine eigenen Männer, 14 englische Söldner, oder gab den Befehl dazu.

Am schlimmsten aber gerieten die Massaker am Volk von Angola. Die hochschwangere Zeugin der Anklage, Senda Isabel aus einem Dorf in Nordangola, schildert vor den Richtern:

"Mein Mann rief mich in den Garten. Er stand mit erhobenen Händen vor einer Gruppe weißer Söldner, die ihre Waffen auf uns richteten. Sie trugen einen Verletzten. Später hörte ich, das war der Verbrecher Callan, der meinem Mann befahl, sechs Leute aus dem Dorf zu holen, um ihn sicher wegzutragen... Die Fremden blieben vier Tage in unserer Hütte. Ich mußte für sie Erdnüsse rösten und Essen anrichten. Unsere Mangofrüchte und unseren Palmwein stahlen, die Kassaava-Felder meines Mannes zerstörten sie."

Sie genierte sich zu schildern, wie die Söldner die damals Schwangere physisch malträtierten. Sie zeigte nur auf den "unschuldigen" McKenzie, umfaßte mit zitternden Händen ihren Leib und sagte:

"Ich leide noch heute unter den Folgen der Mißhandlungen."

Wie viele Menschen bei diesen Terroraktionen gegen die Dörfer Angolas umgebracht wurden, wird wohl nie ganz geklärt werden können.



Zeugenaussage der schwangeren Senda Isabel gegen die Söldner Callan und Mc Kenzie

Nur zwei Prozesse der neueren Geschichte sind mit dem Söldnertribunal von Luanda vergleichbar: der Internationale Kriegsverbrecherprozeß von Nürnberg nach dem Zweiten Weltkrieg und das Tribunal von Havanna gegen die gedungenen Invasoren in der kubanischen Schweinebucht. Wie das Tribunal von Havanna exemplarisch die Methoden des aggressiven Interventionismus der USA unter Beweis stellte, so enthüllte der Söldnerprozeß in Angola:

- Die Söldner wurden offensichtlich mit Billigung und Förderung der britischen und belgischen Regierung nach Zaire geschafft, von wo aus sie - nachdem sie von FNLA-Chef Holden Roberto persönlich empfangen worden waren - nach Angola eindringen. Auf keinem der westeuropäischen Flughäfen, wo sonst strenge Sicherheitsmaßnahmen praktiziert werden, wurden sie kontrolliert. Nicht einmal ihre Pässe mußten sie vorzeigen. "Wir haben daraus geschlossen, daß eine Art von Arrangement zwischen Banks (dem US-amerikanischen Chef-Rekruteur der Söldner) und der belgischen und britischen Polizei bestand," sagte der Söldner Fortlin vor den Richtern in Luanda (Afrique Asie, ebenda).
- Unter Duldung der Regierungen der USA und Großbritanniens warben John Banks und David Bufkin (Chefrekruteurs der Söldner in den USA und Großbritannien) in aller Öffentlichkeit, unterstützt vom CIA, der amerikanischen Bundespolizei FBI und diversen multinationalen Konzernen, ca. 600 Söldner, die sie mühelos nach Angola schafften. Angesehene Zeitungen, z.B. der britische Evening Standard veröffentlichten anstandslos Inserate, in denen das Söldnertum als lukrativer Job angepriesen wird.

Die Werbung von Söldnern geht weiter. Das US-amerikanische Söldner-Magazin Soldiers of Fortune veröffentlicht weiter Anzeigen, obwohl das durch Artikel 958 bis 961 der "U.S. Legal Statutes" vom 25.6.1948 gesetzlich untersagt ist. Doch die Ford-Administration schreitet nicht ein. In einem Rundschreiben des Chefrekruteurs Bufkin an seine "Kunden", das dem Tribunal in Luanda vorlag, heißt es: "Gegenwärtig besteht die Möglichkeit zu langfristigen Verträgen für Rhodesien." (Afrique Asie, ebenda)

Aber durch den Prozeß von Luanda ist das Aussehen einer Söldnerarmee heute bedeutend schwieriger geworden. Besorgt bekundet der britische Nigeria-Söldner Michael Hoare: "Das war der letzte Sargnagel für das Söldnertum." (Stern, 8.7.1976) Und die britische Regierung hat - sichtlich von der Konsequenz, mit der die VR Angola gegen das Söldnerwesen einschreitet, beeindruckt - die öffentliche Werbung von Söldnern noch während der Prozeß stattfand untersagt, allerdings nur die öffentliche.

So gestaltete sich der Prozeß von Luanda zum Triumph über das internationale Söldnertum. Für

Angola und ganz Afrika habe er eine außerordentliche Bedeutung im Kampf für die Befreiung, für die politische und ökonomische Unabhängigkeit, wie der Justizminister der VRA Diogenes Boavida zum Ausdruck brachte. (Afrique Asie, Nr. 111/14.6.1976) Daran änderten auch die Versuche der Ford-Administration, die Urteile als "Verstoß gegen internationales Recht" zu brandmarken, nichts.

Wie sich das Internationale Kriegsverbrechertribunal von Nürnberg nicht nur mit der Aburteilung der führenden deutschen Hitlerfaschisten befaßte, sondern mit seinen Urteilen Maßstäbe für das Völkerrecht setzte, so setzte das Luanda-Tribunal neue internationale Rechtsprinzipien.

Das Luandatribunal setzt neue Rechtsprinzipien

Am 29.6.1976, also einen Tag nach der Urteilsverkündung, übergab der angolische Justizminister der Öffentlichkeit den Entwurf einer internationalen Konvention zur Bekämpfung des Söldnertums, den die Internationale Untersuchungskommission, der 52 Persönlichkeiten aus 38 Nationen angehörten, in einer Tagung vom 7. bis zum 17.6.1976 in Luanda erarbeitet hatte. Der Konventionstext enthält eine juristische Definition des Söldnertums, die den Söldner als gewöhnlichen Verbrecher charakterisiert, und fordert international koordinierte Maßnahmen gegen das Söldnerunwesen.

Die VR Angola hat dieses Dokument bereits der OAU-Gipfelkonferenz vorgelegt, die kürzlich auf Mauritius ihre jährliche Sitzung abhielt. Sie wird es im August bei der V. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, zur Diskussion stellen und anschließend der XXXI. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die Ende des Jahres in New York zusammentritt, vorlegen.

Die junge Volksrepublik erweist sich so einmal mehr als eine der hervorragenden Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegung unserer Zeit. Damit diese ihre Bemühungen im Kampf gegen das internationale Söldnertum von Erfolg zum Nutzen nicht zuletzt der in Rhodesien, Namibia und der Republik Südafrika kämpfenden Befreiungsbewegungen gekrönt werden kann, müssen die fortschrittlichen Kräfte in aller Welt zunächst allerdings noch ein Zwischenziel erreichen: die Aufnahme Angolas in die Vereinten Nationen.

Diese wurde noch während das Tribunal in Luanda tagte von Washington im Verein mit der Pekinger Führung unter fragwürdigsten und sich fast wie ein Ei dem anderen ähnelnden Vorwänden verhindert. Die chinesische UNO-Delegation verunglimpfte die internationalistische Haltung Kubas und der UdSSR zum wiederholten Male als "fortgesetzte bewaffnete Intervention des sowjetischen Sozialimperialismus in Angola." Die USA bezog sich bei ihrer ablehnenden Haltung auf nichts anderes (NZZ, Fernausgabe, 26.6.1976). Aber die Kollaborateure standen vollkommen allein da. Alle anderen westlichen Verbündeten hatten sie verlassen.

Gabriele Brönnner, Wolfram Brönnner, Rainer Falk

Soweto und der Vorster-Besuch in der Bundesrepublik

I. Aufstand und Massaker in Soweto

Anlaß für die Kämpfe von Soweto war der Versuch der südafrikanischen Regierung, die verhaßte Buren-Sprache Afrikaans, die ca. 3 Mio Weiße der Republik Südafrika (RSA) sprechen, in die Schulen der schwarzen Vorstadt Soweto einzuführen.

Gezielte Todesschüsse gegen schwarze Schüler

Mit Arroganz und rassistischer Selbstgefälligkeit hatte die regierende Nationale Partei des Buren Balthasar Johannes Vorster diese Maßnahme begründet:

"Wenn wir für den Unterricht der Neger Geld ausgeben, bestimmen wir auch, was unterrichtet wird." (Stern, 24.6.1976)

Seit Mai d.J. widersetzten sich die Schüler der Oberschule Phefeni in Soweto durch Boykott der Einführung des Afrikaans, das an die Stelle ihrer Muttersprache und des Englischen treten sollte. Am Morgen des 16. Juni demonstrierten sie mit Tausenden anderen Schülern aus Soweto gegen dieses diskriminierende Vorhaben der Regierung. In diese Demonstration von Jugendlichen und Kindern hinein eröffnete die Polizei plötzlich und ohne jede Vorwarnung das Feuer:

"Die Polizisten kreisten die demonstrierenden Kinder ein. Inzwischen war die Menge auf etwa 12.000 angewachsen. Wieder feuerten die Polizisten Tränengaspatronen ab. Die Kinder wehrten sich mit Steinen gegen die Polizei. Einige umzingelten die Polizisten und deckten sie von allen Seiten mit einem Steinhagel ein. Da begann die Polizei zu schießen"

- berichtete ein Augenzeuge, der Photograph der südafrikanischen Zeitung Sunday Times, Alf Khumalo.



malo. Kaltblütig, ohne jede Warnung - so Alf Khumalo weiter - schoß die Polizei auf die Köpfe der Kinder:

"Es dauerte Sekundenbruchteile, bis ich begriff, daß die Polizei gezielt schoß. Rechts von mir fiel ein 13jähriger um, Hector Petersen hieß er. Gleich neben ihm ein kleines Mädchen. Beide hatten Kopfschüsse. Sie waren sofort tot. Andere Kinder fielen um, getroffen. Sie wälzten sich im Blut und schrien verzweifelt."

Allgemeiner Aufstand in den Gettostädten

Gegen das Morden der Polizei an wehrlosen Kindern und Jugendlichen erhob sich unter den Bewohnern Sowetos verzweifelte Wut und Protest. Aus dem Schülerstreik wurde ein allgemeiner Aufstand gegen die rassistische Unterdrückung und Ausbeutung durch die weiße Minderheit.

Auf Anordnung B.J. Vorsters: "Gesetz und Ordnung müssen hergestellt werden, was immer das auch kosten mag" (NZZ, Fernausgabe, 22.6.1976), wurden Polizei und "Sondereinheiten zur Terroristenbekämpfung" aus dem ganzen Land zusammengezogen. Ein Sprecher der Rassistenpolizei:

"Besser erschießen wir jetzt drei Afrikaner als nächste Woche zehn." (NZZ, Fernausgabe, 22.6.1976)



Soweto - eingeteilt in Planquadrate, umgeben von Gitterzäunen, die nur eine beschränkte Anzahl von Ausgängen haben - wurde systematisch abgeriegelt und durchkämmt. Unterstützt von Hubschraubergeschwadern (die Bundesrepublik lieferte Südafrika Hubschrauber vom Typ BO 105) schossen Polizei und Armee auf alles, "was sich bewegte" (Stern, 24.6.1976).

Die Empörung der schwarzen Bevölkerung über die brutalen Militäreinsätze war so groß, daß die Massenproteste auch die anderen schwarzen Gettos und einen Großteil des Landes erfaßten.

Die Studenten der schwarzen Universität von Zululand und in der Norduniversität von Turfloop, aber auch 1.000 weiße Studenten der weißen Witwatersrand-Universität von Johannesburg protestierten gegen den Terror. In fast allen um Johannesburg gelegenen Gettostädten, in Alexandra, Kagiso, Vosloosrus, Boksberg, Springs, Krugersdorp wie auch in den Townships bei Pretoria, Garankuwa und Mamelodi, erhob sich die Bevölkerung gegen die Massaker von Soweto und gegen das Rassistenregime Südafrikas.

Und auch dort reagierte die Polizei wie in Soweto. Schwerebewaffnete Armee- und Polizeieinheiten, eskortiert von Hundestaffeln und unterstützt von Panzerwagen, Flugzeugen und Hubschraubern, griffen die Demonstranten blindwütig an und eröffneten das Feuer. Der südafrikanische Polizeichef Prinsloo kommentierte: "Wir werden uns keine Blöße geben" (FAZ, 22.6.1976). Und Polizeiminister Kruger, der den Aufstand der schwarzen Afrikaner in Blut und Tränen erstickte, beschied sich mit den Worten:

"Ich möchte den Brandstiftern und Mördern von Soweto sagen, daß ich nicht länger bereit bin, sie mit der Störung von Ruhe und Ordnung fortfahren zu lassen." (FAZ, 29.6.1976)

Soweto: „eine Art Konzentrationslager“

Daß "das Sprachenproblem nur der Funke war, der die sich anstauende Verbitterung der schwarzen Bevölkerung entzündete" - wie es Winnie Mandela, die Frau des auf der Gefangeneninsel Robben Island eingekerkerten Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), beschrieb - macht allein die Situation der Bevölkerung in Soweto beispielhaft für alle südafrikanischen Townships deutlich:

In Soweto (Abkürzung für South-Western-Township), der fünftgrößten Stadt Afrikas südlich der Sahara, leben 1,5 Mio der insgesamt 18 Mio schwarzen Afrikaner der Republik Südafrika. Ursprünglich für vier Personen bestimmt, leben heute je 10-12 Menschen in den 200.000 Baracken. Nur 5% der Häuser haben fließend Wasser, lediglich 20% Stromversorgung. Den Bewohnern Sowetos ist es verboten, Land oder Häuser zu erwerben

oder zu besitzen und Fabriken zu errichten. Vier von fünf Arbeiterfamilien leben unterhalb des Existenzminimums.

"Soweto ist wie eine große Koppel, morgens bringen uns überfüllte Züge wie Vieh zur Arbeit, nachts bringen sie uns zurück" (Spiegel, 21.6.1976),

so beschrieb der Bewohner Sugar Mangani die Funktion der schwarzen Vorstädte. Der US-Staatssekretär H.R. Crawford nannte sie "eine Art Konzentrationslager" (Spiegel, 21.6.1976).

Entsetzen, Abscheu, Empörung haben die Morde des Rassistenregimes in aller Welt hervorgerufen und erneut unter Beweis gestellt, mit welcher Menschenverachtung das Regime jedem Aufbegehren begegnet: So war es im Jahre 1946, als die Polizei bei einem Minenstreik 30 Arbeiter erschoss; so war es 1960, als sie 69 Personen in Sharpeville ermordete und so war es 1973, als sie 12 Arbeiter eines Goldbergwerkes in Carltonville umbrachte. Die Reaktion des Regimes in Soweto war die gleiche wie vor 5, 10 oder 30 Jahren: kaltblütiger Mord.

Das Scheitern der Anpassungspolitik Südafrikas

Der Aufstand von Soweto aber illustriert: Das Beispiel, daß die historischen Siege der Völker von Moçambique und Angola dem Befreiungskampf im südlichen Afrika setzten, zeigt auch in der stärksten Bastion der Rassistenherrschaft, in der RSA, seine Wirkung.

"Wir haben daraus in gleichem Maße Mut und Selbstvertrauen geschöpft, wie die weißen Minderheitsregierungen in Panik geraten sind und ihr Vertrauen in die Zukunft ins Wanken geraten ist",

verdeutlichte dies der Repräsentant des ANC für Westeuropa, Reginald September (DVZ, 1.7.1976).

Darüber hinaus haben mit den Ereignissen von Soweto auch die Versuche des Vorster-Regimes Schiffbruch erlitten, durch die Aufgabe der "petty" oder "kleinen" Apartheid den eigentlichen Charakter seiner rassistischen Herrschaft und Unterdrückung zu verwischen.

Das gleiche gilt für die Bestrebungen Vorsters, die "Bantustans" oder "Heimatländer" in eine sogenannte Unabhängigkeit zu entlassen. Dagegen beschloß die OAU-Gipfelkonferenz Anfang Juli d. J., daß kein OAU-Mitgliedsland einen "unabhängig" gewordenen Bantustan (so im Oktober die Transkei) anerkennen wird und daß alles versucht werden soll, die internationale Anerkennung dieser Staaten zu verhindern.

Schon durch den Überfall auf Angola war die "Dé-tente" (Entspannung) bzw. "Dialog"-Politik der südafrikanischen Rassisten mit kollaborationsbereiten schwarzafrikanischen Regierungen unglaubwürdig geworden; nun hat sie sich durch das Massaker von Soweto vollends ad absurdum geführt.

Warum Soweto brannte

Das Fernsehen und die meisten Tageszeitungen dieser Republik vermittelten in der Berichterstattung über den "Neger-Aufstand" in Soweto den Eindruck, anarchische Slumbewohner hätten in einem Gewaltrausch wahllos öffentliche Einrichtungen angezündet und zerstört, die doch in ihrem Interesse unterhalten würden.

Die Absicht war klar: Mit der vom bürgerlichen Journalismus gepflegten Form der "action"-Reportage sollten Menschen, die ihre verzweifelte Lage nur mit Gegengewalt zu verändern können glauben, als unterentwickelte Exoten präsentiert werden, deren Selbstbestimmung bei Strafe des Untergangs von Ordnung und Recht zu verhindern sei. Tatsächlich - und dies wurde bewußt unterschlagen - war der Widerstand der unter Beschuß genommenen demonstrierenden Getto-Bewohner nicht nur ohnmächtiges Aufbegehren, sondern auch schon eine zielgerichtete Aktion, die besondere Aufmerksamkeit verdient.

Einzelheiten darüber berichtete der weiße Südafrikaner Horst Kleinschmidt, der in seiner Heimat mehrere Male wegen antirassistischer Manifestationen verhaftet worden war und schließlich seine Arbeit im Christian Institute in Johannesburg aufgeben mußte. (...)



Luftansicht des Gettos Soweto

Nach seinen Informationen, die auf verschiedenen Quellen in Soweto beruhen, wurden bei den "Unruhen" - die bekanntlich durch die beabsichtigte, doch mittlerweile abgesagte Einführung der Buren-Sprache Afrikaans als einzige Unterrichtssprache provoziert wurden - zuerst, und dies spricht für eine gezielte Handlung, die Amtsgebäude der "Bantu Administration" in Brand gesteckt, nachdem die Vorster-Polizei friedliche Demonstranten erschossen hatte. Sinn dieser Aktion war es offenbar, alle behördlichen Unterlagen des Rassistenregimes zu vernichten und damit auch die bürokratischen Voraussetzungen für die geplante Umsiedlung in die sogenannten "homelands" zunichte zu machen.

Als Nächstes, so berichtet Kleinschmidt unter Berufung auf verschiedene Informationen ihm bekannter Persönlichkeiten, seien die Bierhallen und die Lastwagen, die das Bier ausliefern, angezündet worden. Hintergrund hierfür sei die Tatsache, daß das gesamte Brauerei- und Gaststättengewerbe im Monopol-Besitz des Rassistenregimes sei, das aus dem Erlös des Alkoholkonsums wiederum seine repressiven Struktur in Soweto ökonomisch ausbaut. Offensichtlich erkannten die Brandstifter, daß sie der Alkohol nicht nur mit der Malaise ihres fremdbestimmten Lebens verschönen soll, sondern auch noch eine den Unterdrücker wirtschaftlich

stärkende Funktion hat.

Zu Berichten, wonach Krankenhäuser angezündet worden seien, erklärte Kleinschmidt, daß es sich dabei - nach übereinstimmenden Informationen - um Spezialkliniken handle, die "Aufgaben der Familienplanung" realisieren würden. Darin sähen die schwarzen Afrikaner einen Eingriff in ihre soziale und ethnische Integrität, weil nach ihren Erfahrungen "Familienplanung" unter den gegebenen Bedingungen ein repressives Instrument in der Hand der Herrschenden sei. Die Afrikaner wüßten schließlich, daß eine nach rassistischen Kriterien betriebene "Bevölkerungspolitik" darauf gerichtet ist, sie langfristig in einem Land zu dezimieren, in dem 18 Millionen Schwarze vier Millionen Weißen gegenüberstehen.

Nach Kleinschmidts Informationen wurden schließlich zwei Schulen angebrannt - und nicht etwa, wie verschiedentlich behauptet wurde, sämtliche "Bildungseinrichtungen". Der Grund für diese Brandanschläge sei die Tatsache gewesen, daß sie von schwarzen Lehrern geleitet würden, die sich bedingungslos den Forderungen der Rassisten-Administration unterworfen hätten. (...)

Kleinschmidt widersprach aufgrund ihm vorliegender Briefe aus Soweto auch der Behauptung der Behörden, es habe "nur" 176 Tote gegeben.

Ihm seien verschiedene Zahlen - zwischen 500 und 700 - übermittelt worden, die freilich nicht autorisiert seien, aber durch ihren deutlichen Unterschied zu der offiziell verlautbarten Zahl doch deutlich machten, daß die Behörden das Blutopfer der schwarzen Bevölkerung herunterspielten. In einem Brief sei ihm mitgeteilt worden, daß der Schreiber allein am ersten Tag des Aufstandes im Leichenschauhaus 140 Tote gezählt habe. Zudem müsse man mit einer hohen Dunkelziffer bei den Verletzten rechnen, weil sich unter den Bedingungen des "Ausstandes" nur Schwerverletzte in die Krankenhäuser wagen. Kleinschmidt: "Jeder Verletzte gilt für die Polizei, die am Eingang der Hospitäler kontrolliert, als Rädelführer und wird verhaftet." Mehrere verletzte Personen seien direkt ins Gefängnis gebracht und dort erschlagen worden.

Am letzten Wochenende, so berichtete Kleinschmidt weiter, hätten die Behörden die Beisetzung der ermordeten Afrikaner verboten, weil sie neue Demonstrationen befürchteten. Dies verstünde sich vor dem Hintergrund des afrikanischen Brauches, daß zu einer Beisetzung Verwandte aus dem gesamten Land zusammenkommen würden. Die black parents association habe deshalb als erstes "Geld für Särge und Reisebusse gesammelt". Die Beerdigungen seien unter Berufung auf das Versammlungsgesetz verboten worden.

Zu der Behauptung des südafrikanischen Premier Vorster während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik, "Schwarze haben auf Schwarze geschossen", erklärte Kleinschmidt: "Am ersten Tag schossen einige schwarze Polizisten noch mit, aber am Abend des zweiten Tages wurden ihnen schon die Gewehre wegen der wachsenden Gefahr der Illoyalität abgenommen." Nach den ihm zugegangenen Berichten hätten sich immerhin etliche Polizisten zumindest verbal mit den Aufständischen solidarisiert und keine Aggressionsmaßnahmen unternommen. Die Behörden hätten schließlich die schwarzen Polizisten völlig von diesem "Einsatz" abgelöst.

Kleinschmidt meinte in dem ED-Gespräch zusammenfassend, daß der Aufstand von Soweto Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewußtseins der unterdrückten Schwarzafrikaner sei. Mit weiteren Erhebungen müßte das Rassistenregime rechnen.

(Quelle: Berliner Extra Dienst, 9.7.1976)

II. Der Vorster-Besuch in der BRD

Am 21. Juni 1976 traf der Chef des südafrikanischen Rassistenregimes Balthazar Johannes Vorster zusammen mit seinem Außenminister Hilgard Müller in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Sechs Tage zuvor hatte er gerade vor seinem "Parlament" in Pretoria verkündet:

"Ich habe der Polizei die Anweisung gegeben, ohne Rücksicht auf Personen alle Mittel anzuwenden, um die Ordnung wieder herzustellen." (Afrique Asie, Nr. 113/ 28.6.1976)

Ein Mörder bei guten Freunden

Die BRD war nicht umsonst von Vorster zum Schauplatz seines Treffens mit US-Außenminister Kissinger auserkoren worden. Schon früher hatte der Direktor der rassistischen Südafrika-Stiftung in der BRD, Gruber, das offizielle Bonn gelobt und verkündet:

"Die politischen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika liegen ebenfalls recht günstig. Obwohl die Bundesrepublik von einer sozial-liberalen Koalition regiert wird, bestehen von Seiten des Kabinetts keine großen Hindernisse und Schwierigkeiten. Diese unter sozial-liberalen Parteien Europas einmalige Einstellung ist sogar freimütiger und konstruktiver in ihrem Ausdruck als man es bei einigen konservativen Parteien und Regierungen findet." (Afrika-Post, Nr. 6/ 1973, S. 231)

Und so hatte denn auch Bundesaußenminister Genscher "freimütig und konstruktiv" dafür gesorgt, daß für den Rassistenchef und sein Gefolge in der Bundesrepublik zumindest äußerlich alles nach seinem Geschmack bereitet wurde:

- Die Konferenz südafrikanischer Botschafter aus Westeuropa, Nordamerika und dem Nahen Osten in Bonn, die Vorster eröffnete, wurde unter massiven Polizeischutz gestellt. Eigens errichtete Polizeibarrikaden von 3 Meter Höhe schirmten die Rassisten von der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes ab.
- Im bayerischen Bodenmais und Grafenau, wo die Begegnungen und Gespräche zwischen Kissinger und Vorster stattfanden, sorgten gleich vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei für den "effektiven" und "angemessenen" Schutz der Abordnung aus der Rassistenrepublik am Kap der Guten Hoffnung.

Ganz nach dem Geschmack Vorsters, dessen Polizei eine Woche vorher das Blutbad von Soweto angeordnet hatte, war es auch, daß die westdeutsche Polizei mehrmals gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vorging. Geschützt werden mußten auf diese Art die Interessen des Imperialismus.

Der Dialog Vorster-Kissinger: Teil der US-Afrikapolitik

Das Ziel seines Treffens mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten am 23. und 24. Juni 1976 hatte Kissinger in der Woche zuvor vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-amerikanischen Re-



Eltern mit ihrem erschossenen Kind in Soweto

präsentantenhauses so beschrieben:

"Ich will die Frage ergründen, ob Südafrika bereit ist, seine eigene Zukunft von Rhodesien und Namibia zu trennen." (Die Zeit/ Nr. 27, 25.6. 1976)

Die Zukunft der Rassistenrepublik Südafrika also rückt nach dem infolge des historischen Sieges der MPLA und der VR Angola grundlegend veränderten Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika zusehends in den Mittelpunkt der Überlegungen und Aktivitäten des außenpolitischen Sachwalters des US-Imperialismus.

Die Außenpolitik der USA sieht sich dabei dem nur schwer aufzulösenden Widerspruch gegenüber, einerseits zur Sicherung der imperialistischen Wirtschaftsinteressen in Rhodesien, Namibia und der Republik Südafrika die Aufrechterhaltung der rassistischen Systeme zu verfolgen, andererseits eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Staaten Schwarzafrikas um ihrer neokolonialistischen Ziele willen anzustreben, was langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich zumindest verbal von den weltweit geächteten Unrechtssystemen im Südlichen Afrika absetzen. Um den Erfolg dieser zweigleisigen Politik garantieren

zu können, fordert man die Rassisten zu kosmetischen Korrekturen an ihrem System auf. Zu diesem Zwecke auch braucht man solche Gespräche wie die zwischen Vorster und Kissinger im Bayerischen Wald. In diesem Sinne hat man beschlossen, den "konstruktiven Dialog" - so das weitgehend nichtssagende Pressecommuniqué - weiter fortzusetzen und die Kontakte aufrechtzuerhalten.

Das offizielle Bonn . . .

Bonn steht hier in nichts nach. Den zahlreichen und intensiven Kontakten und Zusammenkünften zwischen hohen Repräsentanten der Bundesrepublik und Südafrikas (außer der BRD gibt es keinen Staat auf der Welt, der seit dem Massaker von Sharpeville 1960 derart viele führende Politiker und Wirtschaftsführer direkt in die Rassistenrepublik geschickt hat) sind mit den Gesprächen Genscher/Muller am 22. Juni, Genscher/Vorster am 24. Juni und als Höhepunkt Schmidt/Vorster/Muller am 25. Juni 1976 drei weitere hinzugefügt worden. Zwar sollten diese Gespräche nach der offiziellen Regierungsversion dazu genutzt werden, den südafrikanischen Gästen "sehr deutlich" die Meinung zu sagen über die "weltpolitische Gefährdung", die von der Innenpolitik Südafrikas ausginge (FAZ, 25.6.1976). Vorster allerdings hatte davon offensichtlich nichts gemerkt, bezeichnete er doch seine Unterredung mit Schmidt als "aufschlußreich und fruchtbar" (FAZ, 26.6.1976).

An den Grundpfeilern des Bündnisses zwischen der BRD und Südafrika sollte allerdings in den Gesprächen von vornherein nicht gerüttelt werden:

- In einem Spiegel-Interview vom 21.6.1976 betonte der Entwicklungshilfeminister Egon Bahr, er könne die Investitionen der bundesdeutschen Unternehmen in der RSA nicht verbieten, er halte sie allerdings gegenwärtig "für ein Risiko".



Bundeskanzler Schmidt beim Empfang des Rassistenchefs Vorster in Bonn

- Bundeskanzler Schmidt lehnte am 24.6.1976 vor Schülerzeitungsredakteuren einen Wirtschaftsboykott Südafrikas durch die Bundesrepublik, wie er zahlreichen Beschlüssen der Vereinten Nationen entsprechen würde, ab. Bei Wirtschaftsbeziehungen handele es sich um die Zusammenarbeit von Unternehmen. Wider besseres Wissen behauptete der Kanzler, die BRD sei daran nicht beteiligt (FAZ, 25.6.1976).
- Regierungssprecher Bölling stellte schon vor den Gesprächen mit den Rassisten klar, worum es hierbei nicht gehen könne: Es gehe nicht darum, jemanden "auf die Anklagebank zu zeren und wirtschaftliche Sanktionen anzudrohen" (UZ, 23.6.1976). Allerdings meinte auch er, daß sich "das Klima für Investitionen in Südafrika verschlechtert" habe (FR, 26.6.1976).

. . . brüskiert die Weltöffentlichkeit

Es störte die Bundesregierung nicht, daß ihre Verhandlungspartner und das Regime, das sie repräsentieren, just zu der Zeit, als sie sich in der BRD aufhielten, internationale Verurteilung erfuhren.

Die Empörung über das Soweto-Massaker war derart, daß sich selbst die USA im Sicherheitsrat der UNO einer Verurteilung der RSA nicht mehr entziehen konnten. Der Sicherheitsrat bezeichnete die Apartheid-Politik als "Verbrechen gegen das Bewußtsein und die Würde der Menschheit" und anerkannte ausdrücklich die "Rechtmäßigkeit des Kampfes der südafrikanischen Bevölkerung für die Beseitigung der Apartheid und der Rassendiskriminierung." (NZZ, Fernausgabe, 22.6.1976; UZ, 21.6.1976)

Auch das Vierpunkteprogramm, das die OAU-Außenministerkonferenz beschloß und das effektive Boykottmaßnahmen gegen das südafrikanische Regime auf wirtschaftlichem, politischem und diplomatischem Gebiet sowie eine verstärkte Unterstützung der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika forderte, scherte die Bundesregierung wenig.

Sorge um den Profit im Apartheidstaat

Allenfalls ist man verärgert über die Plumpheit, mit der die Rassisten in Soweto gegen die schwarze Bevölkerung vorgingen. Die Sorge um Südafrika ist die Sorge um das "Investitionsklima" für die über 400 Filialen westdeutscher Konzerne, die in der RSA ansässig sind und sich an der Ausplünderung des Landes beteiligen. Getragen von dieser Sorge waren wohl auch die Gespräche, die eine Gruppe südafrikanischer Parlamentarier zur selben Zeit und kaum bemerkt von der Öffentlichkeit im Bundeswirtschaftsministerium über die "Ver-

tiefung der bilateralen Handelsbeziehungen" und über verstärkte Investitionstätigkeit bundesdeutscher Konzerne in der RSA führten (NZZ, Fernausgabe, 24.6.1976).

Gerade diese Sorge um das Investitions- und Profitparadies Südafrika steht wohl auch dahinter, wenn Gräfin Dönhoff in der Zeit vom 25.6.1976 vom Rassistenchef Vorster "mehr Weitsicht" fordert und zu der bezeichnenden Schlußfolgerung gerät, daß die vollständige Ausschließung der Schwarzen von der politischen Repräsentation, das Mischehenverbot und andere größtenteils Erscheinungen der Apartheidpolitik, was ihren "Nutzen" für die Rassisten betrifft, "in keinem Verhältnis zu dem Schaden (ständen), den sie sich selbst zufügen". Allerdings darf die Partizipation der schwarzen Mehrheit laut FAZ nicht zu weit gehen:

"Man kann verstehen, daß sich die Weißen weigern, der Forderung nachzugeben, jedem Bürger eine Stimme zu geben. Das wäre kollektiver Selbstmord. Mit "one man one vote" sind die südafrikanischen Probleme nicht zu lösen; die Weißen können sich nicht jedem Beschluß der Majorität unterwerfen." (FAZ, 26.6.1976)

Einen schrittweisen Abbau der größten Auswüchse der Apartheidpolitik fordert ähnlich wie der Chef des Anglo-American/De-Beers-Konzerns, Harry Oppenheimer, der FAZ-Kommentator Siegfried Starner,

"wenn die südafrikanische Wirtschaft - und damit die Republik - eine Zukunft haben soll." (FAZ, 23.6.1976) Allerdings:

"Man sollte sich auch hüten, Maßstäbe der eigenen Zivilisation, des eigenen Horizontes unbedacht zu übertragen. Diese Afrikaaner, diese Buren, die 60 Prozent der weißen Bevölkerung ausmachen, sind auch heute noch überwiegend fromme Calvinisten. Sie sind keine Kolonialherren, sondern Patriarchen. Wie die Bibel sie lehrt, hat der Herr für seinen Knecht zu sorgen. Angesichts dieser Wurzel der Einstellung der Weißen zu den Schwarzen ist eine radikale Veränderung der Situation von heute auf morgen undenkbar." (Ebenda)

Diese Beweihräucherung des mörderischen Apartheidsystems ist nur noch von CDU-Kanzlerkandidat Kohl und von CDU-MdB Prof. Zeitel übertroffen worden. Kohl erklärte im Anschluß an eine Bundesvorstandstagung der CDU, seine Partei sehe keinerlei Notwendigkeit, eine Entschließung des UN-Sicherheitsrates zu unterstützen, in der die

Anti-Apartheid-Bewegung zur fortgesetzten

(...) Die Bundesregierung hat die Dokumentation des ANC (vom September vorigen Jahres; siehe AIB Nr. 11-12/1975, d.Red.) bisher mit Verleumdungen und Diffamierungen beantwortet, aber keinen der gegen sie erhobenen Vorwürfe entkräftet oder gar eine Änderung ihrer gefährlichen Politik in die Wege geleitet.

Lizenzvergabe des bundesdeutschen Trenndüsenverfahrens

Die Urananreicherungsanlage in Pelindaba/Transvaal, die das militärisch eigentlich relevante Projekt darstellt, wird unter großem polizeilichem Sicherheitsaufgebot weitergebaut und entgegen den offiziellen Aussagen, die als Jahr der Fertigstellung 1984 angegeben, vermutlich schon 1979 in Betrieb genommen werden.

Dafür sprechen:

1. Der Terminplan für die Erprobung der großen Trennstufe "SA 500" (= die für Südafrika von STEAG entwickelte Trennstufe mit 500.000 m³ Uranhexafluorid-Gasgemisch/h Durchsatz) durch STEAG und MAN, Neue Technologie/München sieht den Abschluß der Versuche mit der großen Trennstufe, auf dem Gelände der MTU/München am Rande des Allacher Forstes, bis Ende 1979 vor. Die Montage der Trennstufen bzw. Ausrüstung der in Südafrika installierten Trennstufen mit Trennelementen der Firma MBE/München soll bis Ende 1980 durchgeführt sein.
2. Bis 1980 sollen in der Provinz Transvaal in Südafrika die drei größten Kohlekraftwerke der Welt Kriel, Matla und Duvha mit zusammen 10.200 Megawatt (MW) Erzeugungskapazität errichtet werden. Sie sind vorrangig für den Betrieb der Anreicherungsanlage geplant (von 18.600 MW Kraftwerksleistung pro Jahr, die bis 1980 von Südafrika zusätzlich bezogen werden sollen, sollen 15.000 MW für die Pelindaba-Provinz Transvaal gebaut werden).

Die von MAN/Nürnberg für die Anlage in Valindaba zu liefernden Verdichter sollen aufgrund

einer Entscheidung der Bundesregierung tatsächlich geliefert werden trotz ihrer militärischen Bedeutung, die aus der Auflistung in der Internationalen Kernenergieliste Nr.0130 ersichtlich ist. Aufgrund der Veröffentlichung der ANC-Dokumentation hatte es vorübergehend Widerstand gegen diese Lieferung in Regierungskreisen gegeben.

Diese Kompressoren erhalten vom Bundesverteidigungsministerium NATO-Kodifizierungsnummern. Diese Kodifizierung wird vom Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin durchgeführt in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Botschaft. (...)

Die Bundesregierung aber hat weder die Lizenzvergabe des deutschen Trenndüsenverfahrens noch den STEAG-Technologie-Transfer, noch die STEAG-Beteiligungspläne je beanstandet oder gar verhindert.

Die fortdauernde bundesrepublikanische Unterstützung der Urananreicherungsanlage von Pelindaba ist der hauptsächlichste Angriffspunkt gegenüber der Bundesregierung, wie er vom ANC in seiner Dokumentation in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt worden ist. Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen, die die fast ausschließlich militärische Funktion von Pelindaba als eindeutige Tatsache feststellen lassen:

Die militärische Funktion der Atomanlage in Pelindaba

1. Es gibt bisher keine zivile Verwendung für das in Pelindaba anzureichernde Uran. Selbst der eigene Koeberg-Reaktor wird angereichertes Uran nur aus den USA und aus Frankreich/Belgien beziehen. Und es gibt keine bekannten Exportverträge für das erwartete Produkt.
2. Atomstrom ist laut offiziellen südafrikanischen Angaben 100% teurer als Kohlestrom in Südafrika (Dr. I. Straszacker, ESCOM-Chef, Journal Südafrika 3/1973, offizielles Organ der südafrikanischen Botschaft, Köln). Es

Gewaltakte des Vorster-Regimes am Kap verurteilt werden. Kohl verstieg sich zu dem Vorwurf an die Demokraten der Bundesrepublik, sie würden "nur eine Seite diffamieren" (Tat, 25.6.1976). Prof. Zeitel bezeichnete nach seiner kürzlichen Südafrika-Reise die RSA als ein "uns freundlich gesinntes Land", über das er positive Eindrücke gewonnen habe und das die volle Unterstützung der BRD verdiene (FAZ, 22.6.1976; UZ, 22.6.1976).

Trotz Soweto: die atomare Kollaboration geht weiter

Die "volle Unterstützung der BRD" erhält die Rassistenrepublik am Kap allerdings schon lange. Als größter Handelspartner der RSA und zweitgrößter Investor stabilisieren die BRD-Monopole mit Unterstützung der Bundesregierung das System der Rassendiskriminierung mit. Auch nach der Vergabe des Baus zweier Atomreaktoren in Südafrika an ein französisches Firmenkonsortium ist die Bundesregierung mitverantwortlich für die Gefährdung des Weltfriedens, die von der RSA heute ausgeht: Wenn sich die Rassisten heute

rühmen, Atomwaffen herstellen zu können, dann deshalb, weil sie mit Billigung der bundesdeutschen Regierung das technologische know how, das von Prof. Becker von der bundeseigenen Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe entwickelte Trenndüsenverfahren zur Atomanreicherung, erhielten. Gerade während des Vorster-Besuches bewies die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) mit einer Dokumentation erneut die Zusammenarbeit bundesdeutscher Konzerne mit der RSA beim Bau von Anlagen zur Produktion einer Atombombe.

Die Dokumentation, die mit "Die Öffentlichkeit sollte vorläufig nicht unterrichtet werden (Kabinettsvorlage für die Bundesregierung 14. Januar 1976)" überschrieben ist, bringt mit ihren Tatsachenenthüllungen (siehe beigefügten Text) die Bundesregierung - die durch ihren Sprecher Bölling erst kürzlich wieder behaupten ließ, lediglich Anfang der 70er Jahre hätten "unverbindliche Gespräche" zwischen der bundesbeteiligten STEAG und offiziellen südafrikanischen Stellen stattgefunden - in den Geruch der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit.

atomaren Zusammenarbeit BRD-Südafrika

gibt daher keine wirtschaftlichen Gründe zur Entwicklung atomarer Aktivitäten in Südafrika, die Vorster als Begründung für die Uran-Anreicherungsanlage unterstellt.

3. Die Größe der bereits existierenden Hallen in Pelindaba läßt erkennen, daß dort weit mehr als 100 Trennstufen untergebracht werden sollen, die zur Anreicherung von 5.000 t/Jahr auf 3% U 235 nötig wären. Die Hallen sind für 1.500 Trennstufen angelegt.
4. Das Trenndüsenverfahren ist das bei weitem unwirtschaftlichste Anreicherungsverfahren. Es wurde bisher nirgendwo eingesetzt. Seine Anwendung kann nicht wirtschaftlich motiviert sein.
5. Die Besichtigung der Anlage durch General Rall im Oktober 1974.
6. Die NATO-Kodifizierung von Zulieferungen der Firma MAN/Nürnberg für die Anlage durch die Bundeswehr.

Wenn Vorster und andere südafrikanische regierungsamtliche Stellen immer wieder zu ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkten betonen, daß Südafrika in der Lage sei, Atombomben zu bauen, so beziehen sie sich auf die Anlage von Pelindaba. Auf diese und nicht auf das Kernkraftwerk in Koeberg/Kap konzentrieren sich die Bemühungen der südafrikanischen Regierung und der westeuropäischen und nordamerikanischen Regierungen, die an einer Erhaltung der Machtverhältnisse in Südafrika interessiert sind.

In der Urananreicherungsanlage wird direkt bombentaugliches Uran 235 gewonnen und zwar schon bis 1981. Das im Koeberg-Reaktor ab 1984 vorliegende Plutonium müßte in einer weiteren Aufbereitungsanlage bombentauglich gemacht werden. Der Bau des Koeberg-Reaktors, zu dessen Errichtung Siemens/AEG schon 1970 bei Ankündigung des südafrikanischen Anreicherungsverfahrens eine Firma in Südafrika gründeten, dürfte ein Tarnungsmanöver für die militärisch-nuklearen Ambitionen Pretorias sein. Nukleare Komponenten für Pelindaba können als für Koe-

berg bestimmt deklariert werden. Die Firma Alstom z.B., Mitglied des französischen Reaktor-Konsortiums, liefert auch gemeinsam mit MAN für die Urananreicherungsanlage.

Nur noch Frankreich im Atomkomplott dabei?

Auch wenn Koeberg nicht gebaut wird, so haben die lautstarken Auseinandersetzungen darum den Eindruck hinterlassen, daß außer Frankreich keine weiteren Staaten nuklear mit Südafrika zusammenarbeiten. Gestützt auf die Lüge, einen sicheren Auftrag von 2,4 Mrd DM bzw. 1 Mrd DM verloren zu haben, bereiten KWU, General Electric, Rijnschelde, BBC und die Regierungen in Bonn, Washington, Den Haag und Bern verstärkte Stützungsmaßnahmen für das Apartheid-Regime vor. Die Hinweise, daß das Auseinanderbrechen der holländischen Regierung wegen einer Koeberg-Beteiligung von Rijnschelde, amerikanische Regierungsvorbehalte wegen einer General Electric-Beteiligung so wie die breit beschworenen Irritationen zwischen Bonn und Pretoria Theater für eine demokratische Öffentlichkeit waren, sind zahlreich.

Das Apartheid-Regime hat ohne "Wunderwaffen" keine Chancen mehr. Das Treffen von Vorster, Kissinger und Schmidt und das gleichzeitige Eintreffen von Allon hier in der Bundesrepublik signalisieren, daß die führenden NATO-Staaten ihre im Apartheid-Staat investierten Milliarden mit dieser unverantwortlichen atomaren Aufrüstung Pretorias bewahren wollen.

Unsere 18 Appellen an die Bundesregierung und an STEAG, die nukleare Zusammenarbeit sofort zu unterbinden, fügen wir einen weiteren hinzu:

Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche militärische, insbesondere jegliche nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika sofort zu unterbinden.

(Quelle: Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin, Bonn, 21. Juni 1976)

III. Die bundesdeutsche Protestbewegung

Der von den Befreiungsbewegungen ANC (Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika) und SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) am 11. Juni d.J. an die demokratische Öffentlichkeit Westeuropas gerichtete Appell,

"eine breite und wirkungsvolle Mobilisierung gegen den Besuch Vorsters zu gewährleisten" (AIB, Nr. 6/1976, S. 4),

stieß in der Bundesrepublik auf verhältnismäßig große Resonanz. Unter dem Eindruck des Massenmordes der Rassistenadministration in Soweto häuften sich in den letzten Tagen vor der BRD-Visite Vorsters die Proteste gegen die Einreiseerlaubnis wie gegen die "Höflichkeitsgespräche", die die Bundesregierung mit den Vertretern des Rassistenregimes, Vorster und Muller, plante.

Proteste gegen Einreiseerlaubnis für den „Mörder von Soweto“

In Briefen an die Bundesregierung und Stellungnahmen protestierten u.a. die im Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) zusammengeschlossenen Organisationen, die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), der 8. Gewerkschaftstag der ÖTV (siehe beigefügten Text), der Bundesvorstand der Jungsozialisten, die Präsidien der Deutschen Friedensunion (DFU), der VVN/Bund der Antifaschisten und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), 32 Bundestagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und die evangelische Kirchliche Bruderschaft im Rheinland. In einem Aktionsaufruf der Mitgliederversammlung des ASK am 17. Juni wurden die beabsichtigten Treffen Schmidts, Genschers und Kissingers mit Vorster namentlich verurteilt und erklärt:

"Das Antimperialistische Solidaritätskomitee erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein Mann wie Vorster in die Bundesrepublik einreisen darf und von der Bundesregierung empfangen wird.

Nachdem die BRD zu einem der bedeutendsten Kreditgeber, Handelspartner und Waffenlieferanten Südafrikas geworden ist und nachdem die Bundesregierung durch die Lieferung von technischem know how zur atomaren Aufrüstung des Apartheidregimes beigetragen hat und noch immer beiträgt, bedeutet der Besuch Vorsters eine neue Eskalation der Unterstützung für die Rassisten.

Dieser Herausforderung müssen alle demokratisch gesinnten Menschen entgegentreten. Wir fordern die Bundesregierung auf, entsprechend den Beschlüssen der UNO, das Apartheidregime zu boykottieren, Vorster keine Einreise zu gewähren und alle Gespräche mit dem Rassistenchef abzusa-gen.

Das ASK ruft deshalb die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu Protestaktionen gegen den Besuch Vorsters auf."

Ungeachtet dieser Proteste und der Verurteilung des Apartheidregimes als akute Gefahr für den Frieden durch den UN-Sicherheitsrat am 20. Juni



konnte John Vorster tags darauf unbehelligt in die Bundesrepublik einreisen - allerdings schon am Flughafen Düsseldorf und vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn/Bad Godesberg empfangen von Sprechchören Hunderter Demonstranten: "Rassisten raus aus der BRD" und "Mörder von Soweto - Verbündete der NATO". Unmittelbar nach seiner Ankunft erstattete das ASK bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Ministerpräsident Vorster wegen Verdachts auf Völkermord und rief zu Demonstrationen u.a. am 23. Juni in Hamburg auf, wo US-Außenminister Kissinger und Vorster zunächst zusammentreffen sollten.

Bonn muß die Entscheidung der UNO respektieren!

Der Vorsitzende der Anti-Apartheid-Bewegung, Pfarrer Markus Braun, bezeichnete am 21. Juni auf einer Pressekonferenz Vorster als "Vertreter eines verbrecherischen Systems" und legte eine aktualisierte Dokumentation zur atomaren Zusammenarbeit BRD - Südafrika vor. Die AAB veranstaltete Protestkundgebungen gegen den Vorster-Besuch am 21. Juni in Bonn/Bad Godesberg und am 23. Juni gegen die atomare Zusammenarbeit BRD - Südafrika in Essen vor der Hauptverwaltung des STEAG-Konzerns. In dem von der AAB verbreiteten Flugblatt wird die fortgesetzte nuklear-militärische Zusammenarbeit BRD - Südafrika aufgewiesen und gefordert:

- "1. Klage gegen Südafrika aufgrund der 'widerrechtlichen' Anwendung des deutschen Trenndüsenverfahrens!"
2. Keine bundesdeutschen Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage!"

In einem Protesttelegramm an den in der BRD weilenden Ministerpräsidenten B.J. Vorster schloß sich am 23. Juni - wie zuvor auch die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) - auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Heinz O. Vetter, den Protesten gegen die Apartheidpolitik an.

Höhepunkt der Protestaktionen: VDS-Kundgebung in Bonn

Offenbar unter dem Eindruck der starken Protestbewegung verlegte die Bundesregierung kurzfristig aus "Sicherheitsgründen" das Treffen Vorster-Kissinger von Hamburg in den Bayerischen Wald, wo in den Konferenzorten Bodenmais und Grafenau durch besondere Vorkehrungen für völlig ungestörte Verhältnisse gesorgt werden sollte.

Gegen eine Gruppe von rund 100 Demonstranten gingen in Bodenmais Polizeieinheiten brutal zu Werke; über 10 Personen wurden festgenommen.

Reginald September, Repräsentant des ANC in Westeuropa, hatte auf der Pressekonferenz der AAB an die Bevölkerung und Regierung der BRD die Forderung gerichtet, die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates zu respektieren, die die Apart-

heidpolitik

"jetzt als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als eine Gefahr für den Frieden bezeichnet ...

Wir appellieren daher selbst zu diesem Zeitpunkt noch an Sie, die diplomatischen und wirtschaftlichen Bindungen mit dem weißen Minderheitsregime zu lösen, alle Waffenlieferungen einzustellen und die atomare Zusammenarbeit zu beenden; mit anderen Worten, alle Kontakte zu diesem Regime abzubrechen.

Wir können nicht genügend betonen, wie sehr wir beunruhigt sind über die Tatsache, daß die Regierung der BRD sich bereit gefunden hat, Vorster in diesem Land zu beherbergen."

Reginald September verband bei seinem Auftreten in Bonn auf der Demonstration der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) wie auf der im Anschluß an eine Protestaktion vor dem südafrikanischen Konsulat in Hamburg veranstalteten Solidaritätskundgebung die Forderung nach dem Boy-

Rede Reginald Septembers auf der VDS-Kundgebung

"Während wir hier zu Euch sprechen, bereiten sich die besten Kräfte unserer Jugend darauf vor, den Kampf aufzunehmen, einschließlich des bewaffneten Kampfes. Es sind jene jungen Menschen, die im Kontakt mit unserer illegalen Bewegung stehen.

Macht Euch aber keine Illusionen. Dies wird ein langer und dornenreicher Weg sein! Denkt daran, daß wir in einem besetzten Land kämpfen, ganz ähnlich den Völkern Europas während des letzten Krieges.

Der einzige Unterschied besteht darin, daß es sich bei unserer Besatzungsmacht um ein weißes südafrikanisches Minderheitsregime handelt, um den Hauptvertreter des Imperialismus in Afrika.

Dieses Südafrika wird politisch, kulturell, wirtschaftlich, diplomatisch und durch Waffenlieferungen von außen unterstützt; insbesondere durch die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Einmischung und Beteiligung an unserer Unterdrückung müssen wir gemeinsam ein Ende bereiten.

Diplomatisch verklausuliert nehmen die Regierungen dieser Mächte gegen die Apartheid Stellung. Aber sie tun genau das Gegenteil! Und damit nicht genug! Sie liefern Südafrika nun auch Atomreaktoren und eine Urananreicherungsanlage. Dies bedeutet eine Bedrohung des Friedens und der Unabhängigkeit der Staaten Afrikas.

Außerdem unterstützen diese Mächte das "Bantustan-System" und die Idee einer sogenannten "unabhängigen" Transkei. All dies bedeutet nichts anderes als die Rückkehr zu finsterstem Tribalismus.

Liebe Freunde!

Den Kurs in den Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika zu ändern, dies ist eine große Herausforderung für Euch und Eure Verbündeten.

Wir in Afrika haben beobachtet, daß die imperialistischen Mächte zunehmende Schwierigkeiten haben, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Deshalb warnt man Euch vor den Gefahren einer wachsenden Arbeitslosigkeit, falls Ihr es ablehnt, an der Herstellung von Waffen für Südafrika mitzuwirken. Aber dies ist nichts anderes als ein moderner Sklavenhandel - und sie sollten nicht mit Eurer Zustimmung rechnen dürfen. Gerade so wie wir erwarten, daß keine Bürger dieses Landes nach Südafrika auswandern, um dort auf unsere Kosten zu leben.



Wir möchten Euch schließlich versichern, daß wir gemeinsam mit dem African National Council von Zimbabwe, gemeinsam mit der SWAPO von Namibia, gemeinsam mit dem unabhängigen Moçambique und Angola, den Faschismus im Südlichen Afrika zerschlagen werden.

An seine Stelle werden wir eine Regierung der nationalen Befreiung und demokratische Rechte für alle setzen. Keine Monopole - aber Frieden!

Jeder muß sich darüber klar sein, daß wir die künftige Regierung in Südafrika stellen werden.

Schließlich muß ich Euch, zusätzlich zu Eurer politischen Unterstützung, auch um materielle Solidarität bitten. Gerade heute bedürfen wir ganz besonders Eurer Hilfe.

Wir sehen uns vor die Aufgabe gestellt, vielen Menschen, die unter den Polizeiaktionen der letzten Tage zu leiden hatten, zu helfen. Vor allem aber tragen wir die Verantwortung für die Vorbereitung des Kampfes um die Macht in unserem Land.

Wir gehen in diesen Kampf mit der Zuversicht des Sieges!

Wir sind überzeugt, daß Euer und unser Volk eine neue Welt aufbauen werden - gemeinsam!"

kott des Rassistenregimes durch Bonn mit dem Ersuchen um Solidarität mit den Opfern von Soweto, mit der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC.

Die Abschlußkundgebung der zentralen Studentendemonstration der Vereinigten Deutschen Studentenschaften am 22. Juni in Bonn gegen den Abbau politischer und sozialer Rechte wurde zweifelsfrei zugleich zum Höhepunkt der Protestaktionen gegen die Massaker von Soweto und den Vorster-Besuch. "Wir verurteilen es", erklärte Rudolf Hartung für den VDS-Vorstand, "daß Bundeskanzler Helmut Schmidt diesen Herrn Vorster empfängt", wäre es doch unvorstellbar, daß etwa die sozialdemokratischen Regierungschefs Hollands oder Schwedens dergleichen täten.

Vor rund 35.000 Kundgebungsteilnehmern prangerte Reginald September die Ereignisse von Soweto und das legalisierte System der Rassenunterdrückung an, gegen das das südafrikanische Volk - obwohl unbewaffnet - nun erstmals zurückgeschlagen habe.

Die VDS-Demonstration bildete auch mit einem Sammelergebnis von mehreren Hundert Mark einen hoffnungsvollen Auftakt für die Inangsetzung einer Spendenaktion zugunsten der Opfer von Soweto und der Befreiungsbewegung ANC, die an mehreren Orten in den Tagen danach weitergeführt wurde im Sinne des gemeinsamen Solidaritätspells von ANC und ASK (vgl. AIB Nr. 6/1976, Beilage).

Sonderkonto Prof. Erich Wulff

PSchA Frankfurt, 527055 - 602, Kennwort: Südafrika

Resolution der Gewerkschaft ÖTV

Der Regierungschef des südafrikanischen Rassistenregimes, das von der UNO wegen Mißachtung der elementaren Menschenrechte laufend scharf verurteilt wird und heute bereits von einem großen Teil der Weltöffentlichkeit isoliert ist, will zur sogenannten "Krisenberatung" noch in diesem Monat mit US-Außenminister Kissinger in der Bundesrepublik zusammentreffen.

Sollte die Bundesregierung Außenminister Kissinger das Gastrecht für das Treffen mit Vorster nicht verweigern können, erwartet die Gewerkschaft ÖTV, daß der Bundeskanzler und der zuständige Außenminister dem südafrikanischen Ministerpräsidenten unmißverständlich klarmachen, daß die Bundesrepublik voll hinter den Beschlüssen der UNO hinsichtlich der Boykottierung des Apartheidsystems in Südafrika steht, und sie gewillt ist, die Boykottauforderung der UNO gegenüber Südafrika voll zu unterstützen. Die Bundesrepublik Deutschland wird alles tun, um der unterdrückten Mehrheit der schwarzen und farbigen Bevölkerung Südafrikas zu dem Anspruch auf Gleichberechtigung zu verhelfen, der ihr nach unserer Auffassung über Demokratie zusteht.

Wir Gewerkschafter erklären unsere Solidarität mit dem schwarzen und farbigen Bevölkerungsteil Südafrikas, der einem System von Zwangsarbeit und Polizeiterror ausgeliefert ist. Wir fühlen uns verpflichtet, alles daranzusetzen, daß die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter Südafrikas die Möglichkeit erhalten, freie Gewerkschaften aufzubauen.

Der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV fordert die Bundesregierung auf, diese Grundhaltung, die der Mehrheit der deutschen Bevölkerung entspricht, in allen politischen Situationen gegenüber dem jetzigen südafrikanischen Terrorssystem zu vertreten.

(Initiativantrag Nr. 202/A an den 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV)

Namibia

In einem Schauprozeß wurden am 12.5.1976 in Swakopmund vier Mitglieder der Befreiungsbewegung von Namibia, der SWAPO (South West Africa People's Organisation of Namibia), von einem illegalen "Hohen Gericht" der südafrikanischen Rassisten verurteilt. Die vier Patrioten waren im August 1975 im Zuge einer Kampagne des Apartheidregimes gegen namibische Freiheitskämpfer zusammen mit mehr als 200 SWAPO-Mitgliedern und -Sympathisanten unter dem Vorwand verhaftet worden, an der Ermordung von Filemon Elifas, dem Bantustan-Chief von Ovamboland, beteiligt gewesen zu sein. Während die meisten der Verhafteten wieder freigelassen werden mußten, nachdem auch mit wochen- und monatelangen Foltern keine "Geständnisse" aus ihnen herausgepreßt werden konnten, ging das Rassistenregime dazu über, gegen Aaron Mushimba und Hendrik Shikongo auf der Grundlage des berüchtigten "Terroristengesetzes" und unter Berufung auf mehr als zweifelhafte Indizien einen exemplarischen Mord vorzubereiten.

Die jetzt erlassenen Terrorurteile stehen in engem Zusammenhang mit einer Reihe anderer annexionistischer Maßnahmen: So wurden die Gebiete Ovamboland, Kavangoland und Ostkaprivi zu "Sicherheitsdistrikten" gegen die auch militärisch zusehends erstarkende SWAPO erklärt. Ein Abschluß der "Verfassungsgespräche" von Windhoek, die ursprünglich erst 1978 beendet sein sollten, wird nunmehr offensichtlich bereits bis zum 31.8.1976 mit der Annahme einer "Verfassung", die die Herrschaft Südafrikas über Namibia festschreibt, angestrebt, um laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.1976, "einem von den Vereinten Nationen befürworteten Erfolg der Guerillabewegung 'Südwestafrikanische Volksorganisation' (SWAPO) und der Errichtung einer 'Republik Namibia' zuvorzukommen". Die im Tribunal von Swakopmund erlassenen Urteile haben starke internationale Proteste ausgelöst. U.a. hat die Internationale Juristenkommission die Rechtsgültigkeit der Urteile angefochten und die Wiederaufnahme des Verfahrens gefordert. Der UN-Namibia-Rat forderte die unverzügliche Freilassung von Mushimba und Shikongo sowie der beiden Frauen.

Mit ihrem "Appell an die internationale Gemeinschaft" wendet sich die Londoner Vertretung der SWAPO an die demokratische Öffentlichkeit der Länder Westeuropas, alles zu tun, um das Leben der verurteilten Patrioten Namibias zu retten.

Appell der SWAPO

Verhindert den Mord an Mushimba und Shikongo !

Aaron Mushimba, der Nationale Organisationssekretär der SWAPO in Namibia, und Hendrik Shikongo sind von einem illegal im besetzten Namibia tätigen südafrikanischen Gericht zum Tode verurteilt worden. Gleichzeitig wurden zwei junge Frauen, Rauna Nambinga und Anna Ngaihondjwa, die ebenfalls Mitglieder der SWAPO sind, zu insgesamt 12 Jahren Gefangenschaft auf Robben Island (der KZ-Insel des südafrikanischen Rassistenregimes, d.Red.) verurteilt.

Todesurteile und Folter

Ihr Verbrechen ist es, Mitglied der SWAPO zu sein und Widerstand gegen die anhaltende Besetzung Namibias durch Südafrika zu leisten. Mushimba und Shikongo wurden zum Tode verurteilt, weil sie für die Unabhängigkeit und Freiheit Namibias eintreten.

Diese Urteile sind der grausame Höhepunkt der südafrikanischen Unterdrückung in Namibia. Während des Gerichtsverfahrens kamen entsetzliche Berichte über Foltern an das Licht der Öffentlichkeit, die an mehreren hundert SWAPO-Mitgliedern, die zusammen mit Mushimba und Shikongo im August letzten Jahres eingekerkert worden waren, verübt wurden. Die namibischen Patrioten, Männer und Frauen, zum großen Teil noch Jugendliche, wurden mit Elektroschocks gefoltert, tagelang an ihren Handgelenken an der Zimmerdecke aufgehängt, geschlagen und ohne Essen und Schlaf in Einzelhaft gehalten. Die südafrikanische Polizei und Armee versuchten so, die Moral des namibischen Volkes, das mit und in der SWAPO für die nationale Befreiung kämpft, zu brechen. Das Gerichtsverfahren sollte ein Instrument zur Zerschlagung der SWAPO sein. Nur mit solch brutalen Methoden glaubt Südafrika, den wachsenden Widerstand des namibischen Volkes unterdrücken zu können. Aber keine noch so harten Foltern und Einschüchterungen können den Fortschritt des Kampfes des Volkes von Namibia aufhalten. Selbst in den Todeszellen sind Mushimba und Shikongo mehr denn je mit der Sache der Freiheit Namibias.

Die ungeheuerlichen Urteile für Mushimba und Shikongo zielen darauf ab, den Widerstand Namibias gegen die auf der Grundlage der Bantustan-Politik von Südafrika in Windhoek eingeleiteten Verfassungsgespräche zu brechen. Durch diese Gespräche glaubt Südafrika, eine schwarze Mario-



nettenregierung in einem ethnisch geteilten Namibia errichten zu können und so die Aufrechterhaltung der südafrikanischen Kontrolle über unser Land zu garantieren. Die SWAPO und das Volk von Namibia lehnen diese betrügerischen Gespräche grundsätzlich ab. Unsere Ziele sind der völlige Rückzug Südafrikas aus Namibia und die Errichtung der Unabhängigkeit Namibias in einem einheitlichen Staat.

Die Besetzung Namibias durch Südafrika ist von der internationalen Gemeinschaft, den Vereinten Nationen unter Berufung auf den Internationalen Gerichtshof, für illegal erklärt worden. Südafrika hat kein Recht, Namibier zu inhaftieren oder zu verurteilen. Diejenigen, die die illegalen Urteile gegen Mushimba und Shikongo ausführen, sind als Mörder zu betrachten und von der internationalen Gemeinschaft für ihre Verbrechen verantwortlich zu machen.

Südafrika provoziert die internationale Gemeinschaft

Die von Vorsters illegalen Gerichten gefällten Urteile in Namibia sind eine ungeheure Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Die Resolution 385 des UN-Sicherheitsrates, die im Januar d.J. einstimmig verabschiedet wurde, verlangt den schrittweisen Rückzug Südafrikas aus Namibia bis zum 31.8.1976 und fordert freie nationale Wahlen in Namibia unter Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen.

Die Todesurteile, die in Namibia verhängt wurden, zeigen, daß Südafrika nicht die Absicht hat, in irgendeiner Weise diesen Forderungen der internationalen Gemeinschaft nachzukommen. Die SWAPO fordert deshalb bindende Maßnahmen gegen das illegale Regime in Namibia.

Die SWAPO fordert zu nationalen Protestkampagnen auf, um die Vollstreckung der Todesurteile in Namibia zu verhindern. Wir rufen alle Kreise der Gesellschaft auf - die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen, die Kirchen, die Studenten und alle fortschrittlichen Kräfte -, die Solidarität mit unseren Genossen in Namibia voranzutreiben.

Weg mit den Todesurteilen!
Freiheit für Namibia!

(Quelle: Namibia News, Nr. 1-2/1976, Beilage)

Seit der syrischen Militärintervention haben sich ungeachtet der Schlichtungsvorstöße der Arabischen Liga besonders in der zweiten Junihälfte d.J. die militärischen Kämpfe im Libanon weiter ausgeweitet, stiegen die Todesopfer im libanesischen Bürgerkrieg mittlerweile auf über 30.000. Die Großangriffe der rechtsgerichteten libanesischen Milizen auf palästinensische Flüchtlingslager, die durch die andauernden syrischen Militäroperationen im Libanon begünstigt werden, haben zu einer existentiellen Bedrohung der 200.000 im Libanon lebenden Palästinenser wie der militärpolitischen Basis der palästinensischen Widerstandsbewegung geführt. Über die Motive der syrischen Militärintervention, die Gründe ihres Scheiterns und die Konsequenzen der syrisch-palästinensischen Konfrontation gibt die Erklärung der KP Israels vom Juni d.J. wertvollen Aufschluß.

Erklärung der KP Israels

Die syrische Intervention im Libanon wird scheitern

Die herrschenden Kreise Israels und die mit ihnen verbündete imperialistische Flottenadmiralität im Mittelmeer sind von den letzten libanesischen Ereignissen überrollt worden. Die Entwicklung verlief genau in entgegengesetzter Richtung, als diese Kreise es vorausgeplant hatten.

Die arabischen Völker und ihre fortschrittlichen nationalen Kräfte haben bewiesen, daß sie imstande sind, der antiimperialistischen, gegen die Aggression gerichteten Solidarität treu zu bleiben, insbesondere der Solidarität mit dem arabisch-palästinensischen Volk und seiner gerechten Sache. Diese Solidarität erwies sich als viel stärker als jede Verschwörung gegen die gerechte arabische Sache, stärker als jede defätistische rechte Abweichung.

Das Scheitern Syriens im Libanon . . .

Es gibt Kreise in Damaskus und in Amman (Hauptstadt Jordaniens, d.Red.) und selbstverständlich auch in Israel und in den USA, die die Illusion hegten, man könne die syrische Armee zu einem neuen "Schwarzen September"¹⁾ veranlassen.

Das Scheitern der syrischen militärischen abenteuerlichen Intervention hat die Ehre des syrischen Volkes gerettet. Es bestätigte sich von neuem, daß arabische Patrioten es ablehnen, ihre Waffen gegen ihre palästinensischen Brüder zu richten.

Für das Scheitern der syrischen militärischen Intervention gibt es mehrere Gründe.

Vor allem war es nicht der Zweck der syrischen Intervention, die Ruhe im Libanon herzustellen, wie die Drahtzieher der Intervention behaupten. Sie bezweckte die Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes und der libanesischen nationalen Bewegung mit dem Ziel, sie für die Pläne der rechten Kreise in der regierenden syrischen Baath-Partei gefügig zu machen. Das Wasser lief

diesen Kreisen förmlich im Munde zusammen, bei der Vorstellung über das, was sie profitieren würden, nähmen sie an dem Spiel des "US-Friedens" und der Kissinger'schen "kleinen Schritte" teil.

. . . schuf eine neue Situation im Nahen Osten

Seit diese Kreise ein Bündnis mit dem monarchistischen Regime in Jordanien geschlossen haben, träumen sie davon, einen Block unter ihrer Führung zu schaffen, bestehend aus Syrien, Jordanien, Libanon und dem palästinensischen Widerstand. So ein Block würde diese Kreise in den Augen der US-"Vermittler" aufwerten. Damit erhoffen sie, sich einen größeren Teil der "Tischreste"²⁾ zu erhalten als Sadat mit seinem defätistischen Sinai-Abkommen.

Die Sowjetunion und alle Freunde der gerechten arabischen Sache - einschließlich uns - haben sich bemüht, der gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten und sie zu bannen.

Die rechte Führung der regierenden syrischen Baath-Partei arbeitet trotzdem an der Verwirklichung ihres wahnwitzigen Planes weiter. Dabei unterschätzt diese Führung die Bewußtheit des syrischen Volkes selbst und die der beiden anderen Völker, des palästinensischen und des libanesischen, sowie aller anderen arabischen Völker.

Das Scheitern der syrischen Intervention durch die Festigkeit des palästinensischen Widerstandes und die der libanesischen nationalen Bewegung, sowie die Solidarität der arabischen Völker mit den beiden, schuf eine neue Situation im Nahen Osten, die weitgehende Konsequenzen haben wird.

Die Loyalität der palästinensischen Organisation Al Saika zur syrischen Baath-Partei überwog die Interessen der Einheit der palästinensischen Front. Die Saika richtete ihre Waffen gegen ihr eigenes Volk und wurde vernichtend geschlagen³⁾. Dieser Zusammenbruch soll eine Mahnung an jede

palästinensische Organisation sein, die nach der Pfeife dieses oder jenes arabischen Regimes tanzt.

Die Entwicklung unterstreicht die existentielle Notwendigkeit der Einheit und Unabhängigkeit der palästinensischen Bewegung. Zugleich bestätigt diese Entwicklung die Pflicht der arabischen Regimes und der nationalen Kräfte, sich mit der gerechten palästinensischen Sache zu solidarisieren, sie zu schützen und nicht ihre Reihen zu spalten.

Vorrangig für die PLO: Unabhängigkeit und Einheit

Wieder einmal hat das arabisch-palästinensische Volk - das Volk des legendären Widerstands - alle Pläne der Feinde zum Scheitern gebracht. Es hat mit seinem heldenhaften Widerstand, der die Sympathien der Welt besitzt, bewiesen, daß es keine Kraft gibt, die es daran hindern kann, seinen Platz unter den Völkern - in seiner Heimat - einzunehmen.

Die rasch fortschreitende Entwicklung der libanesischen Krise konfrontiert die herrschenden Kreise Israels und die ganze Welt mit dem Recht des arabischen palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und vor allem auf Errichtung eines unabhängigen Staates neben Israel.

Wir Kommunisten haben dieses unabdingbare Ergebnis vorhergesehen, weil wir dieses Volk und seine Geschichte kennen und weil wir an das Bewußtsein der Völker glauben und weil wir die entscheidende Rolle hoch einschätzen, die die ara-



PLO-Demonstration in Beirut

bischen Völker in der Stunde der Niederlagen und der Gefahr spielten.

Wir lehnen die Position der Resignation und des Jammerns über "die Zukunft der arabischen Völker" ab, welche heute nichts außer Abweichungen von Abtrünnigen und nur die nachgeordneten, vorübergehenden Auseinandersetzungen zwischen den arabischen Führern zu sehen vermag.

Warnung vor neuen Abenteuern Israels und der USA

Vor ein paar Tagen warnten wir an dieser Stelle die herrschenden Kreise Israels vor einer verfrühten Schadenfreude über die innerarabischen Auseinandersetzungen. Wir sagten ihnen, daß das Glockengeläut des Leidens im Libanon ihre abenteuerliche und aggressive Politik anklagt.

In dieser schweren Stunde betrachten wir es als unsere Pflicht, die herrschenden Kreise (und den hinter ihnen stehenden US-Imperialismus) vor gefährlichen Abenteuern zu warnen. Für die israelischen Verantwortlichen wäre es an der Zeit, sich darüber klar zu werden, daß jegliche militärische Intervention ihrerseits ernsthafte internationale Verwicklungen und große Gefahren für sie selbst zur Folge haben wird.

Wir raten ihnen, jedes Wort in der letzten offiziellen sowjetischen Erklärung genau zu überdenken, in der die Sowjetunion erneut ihre prinzipielle Haltung und Weitsicht beweist: Die Araber sollen ihre Probleme selbst lösen. Keine ausländische Einmischung, keine Konzession in der Frage der legitimen Rechte des arabischen palästinensischen Volkes. Kein Einfrieren des Problems. Eile bei der Verwirklichung eines gerechten und umfassenden Friedens ist geboten.

(Quelle: Al-Izihad, Tel Aviv, 11.6.1976)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) "Schwarzer September" bezieht sich auf das Massaker, das von Husseins Armee im September 1970 in Jordanien unter den Palästinensern angerichtet wurde, dem rund 20.000 Menschen zum Opfer fielen und das mit der Liquidierung aller PLO-Militärbasen auf jordanischem Territorium endete.
- 2) Gemeint ist hier das Bemühen dieser Kreise darum, mehr finanzielle Zuwendungen seitens der Ölstaaten und mehr politische Zugeständnisse seitens der USA zu erhalten als dies bei Sadat der Fall war.
- 3) Al Saika war als eine der führenden palästinensischen Organisationen unter dem Vorsitz von Zuheir Mohsen, einem Mitglied des ZK der syrischen Baath-Partei, bis zum offenen Ausbruch des syrisch-palästinensischen Konfliktes im PLO-Exekutivkomitee mit einem Sitz vertreten. Während der letzten Kämpfe schlossen sich große Teile der Saika-Verbände den PLO-Einheiten und den Milizen der libanesischen nationalen Bewegung an. Der Rest wurde während der Kämpfe in Beirut aufgegeben. Im Mai d.J. wurde die Saika auf Beschluß des PLO-Exekutivkomitees aus der PLO ausgeschlossen.

Dieter Boris

Bericht vom 3. Internationalen Seminar in Bagdad zu "Problemen der Entwicklung und des Kampfes für eine neue Weltwirtschaftsordnung" (1.-4. Juni 1976)

Nach den beiden ersten Seminaren in Bagdad vom November 1972 und November 1974 über Probleme der nationalen Kontrolle der Rohstoffressourcen der Entwicklungsländer, insbesondere des Erdöls, war das Thema des dritten Kolloquiums - entsprechend der realen politischen Entwicklung - noch weiter gefaßt. Vier Tage lang beschäftigten sich ca. 100 Wissenschaftler und Politiker aus 24 Ländern, vor allem aus den jungen Nationalstaaten - auf Einladung der irakischen Sektion des Weltfriedensrates und der AAPSO (Afro-Asian Peoples Solidarity Organisation) - mit den wichtigsten Problemen der Entwicklung und dem Stand der Diskussion um eine "Neue Weltwirtschaftsordnung", wie sie sich nach der gerade erst zu Ende gegangenen IV. UNCTAD-Konferenz von Nairobi¹⁾ darstellte.

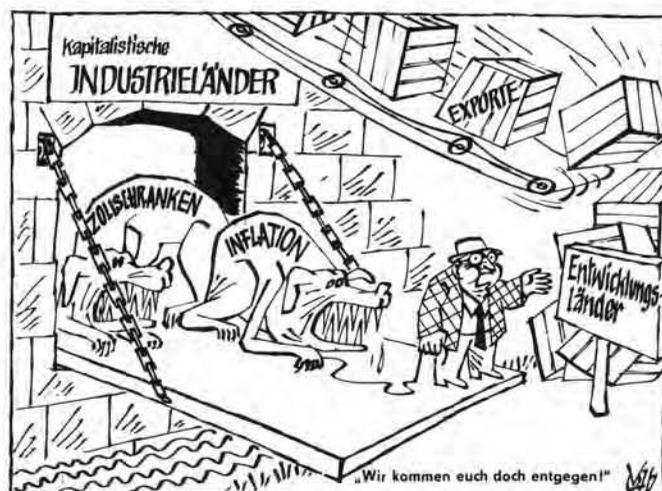
Die vorgelegten Papiere und die sich daran anschließenden Diskussionen wurden in drei Gruppen gegliedert:

- Probleme der Unterentwicklung und ihrer Überwindung,
- Rolle der internationalen Konzerne beim Kampf um ökonomische Unabhängigkeit und Entwicklung,
- Diskussion der Vorschläge zur "Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung".

Beachtliche Fortschritte im Unabhängigkeitskampf...

Ohne hier auf Einzelbeiträge eingehen zu können, läßt sich doch als Resultat der Konferenz soviel zusammenfassen:

Die unterentwickelten Länder haben in den letzten Jahren enorme Fortschritte in ihrem Kampf um die Konsolidierung der politischen Souveränität und die Erweiterung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit - als den wichtigsten Voraussetzung zur Aufhebung der Unterentwicklung - gemacht. Dies war aufgrund des global zugunsten der progressiven Kräfte und der sozialistischen Länder verschobenen Kräfteverhältnisses, der zugespitzten Krisenentwicklung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und vor allem aufgrund des verstärkten und vereinheitlichten Kampfes der unterentwickelten Länder möglich.



Deutlichster Ausdruck dieser Positionsverbesserung ist das Bündel von Forderungen, die in dem Begriff "Neue Internationale Wirtschaftsordnung" zusammengefaßt werden (Integriertes Rohstoffprogramm, Anbindung der Rohstoffpreise an die Preisentwicklung für Industriegüter, Erleichterung des Marktzugangs zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, Lösung des Verschuldungsproblems im Interesse der Entwicklungsländer und ungehinderter Zugang der Entwicklungsländer zu neuen und entwicklungsadäquaten Technologien). Allerdings wurde betont: Selbst wenn diese Forderungen erfüllt würden (wobei es immer auch auf die Modalitäten ankomme), wäre dies noch keine endgültige Garantie für die Beseitigung der Unterentwicklung, sondern würde dies lediglich einen - allerdings notwendigen - Zwischenschritt hierzu darstellen. Denn es ist festzustellen, daß trotz dieser insgesamt für die Entwicklungsländer günstigen Tendenzen die internationalen Konzerne und die jeweiligen Regierungen der imperialistischen Länder mit allen Mitteln versuchen, ihre Positionen in den Entwicklungsländern zu konsolidieren und sogar auszubauen.

... aber neue Versuche zur Stabilisierung der neokolonialen Abhängigkeit

Diese Versuche, die sich neuer Mittel bedienen, und die sich zum Teil auf anderen als den traditionellen Ebenen abspielen, zu analysieren, war

die Hauptabsicht der Konferenz. Es wurde deutlich, daß der Versuch, die unterentwickelten Länder stärker an das kapitalistische System zu binden (z.B. durch "Recycling"²), verstärkte Waffenexporte oder stärkere Einschaltung in den Industrialisierungsprozeß), immer wieder zu (neuen) Abhängigkeiten, damit auch zu Ausbeutung und Perpetuierung von Unterentwicklung führen müsse. Daher müsse immer wieder auf bestimmte widersprüchliche Positionen in den Forderungen der Entwicklungsländer aufmerksam gemacht und auf die - vielfach nicht ohne weiteres sichtbaren - Gefahren einer verstärkten Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft hingewiesen werden.

Vorrang nationaler Technologieentwicklung

Besonders ein Themenkomplex rückte häufig in den Mittelpunkt der Diskussion: Technologietransfer und technologische Abhängigkeit. Daß diese Problematik ständig an Rang und Gewicht zunehme, wurde auf die verstärkten Industrialisierungsanstrengungen der Entwicklungsländer, die Anpassungsstrategie der imperialistischen Länder (die in einer modifizierten internationalen Arbeitsteilung zum Ausdruck kommt) und schließlich auf den Umstand zurückgeführt, daß bezüglich des technologischen Standards und auch der jeweiligen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Technologie die Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industrieländern am größten sind. Nur 2% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der nicht-sozialistischen Welt entfallen auf die Entwicklungsländer.

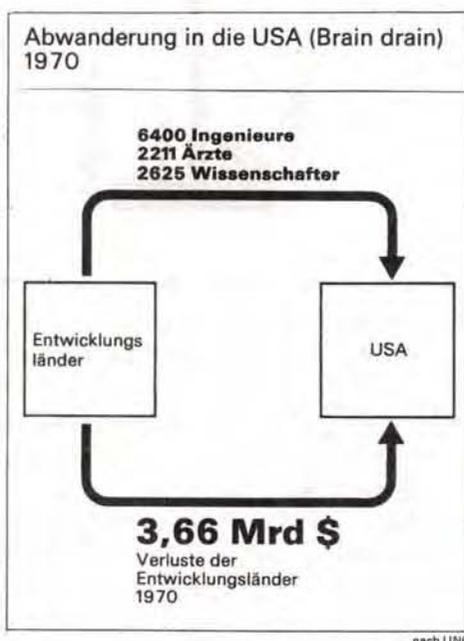
Die damit verbundenen Abhängigkeitsebenen und Ausbeutungsgelegenheiten sind selbstverständlich außerordentlich vielfältig. Sie reichen von der

Lieferung veralteter Technologie über die höheren Gebühren für Patente und Lizenzen, die "Paket-Technologien" (d.h. die Verpflichtung, gesamte Technologie-Komplexe übernehmen zu müssen, ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf in dem jeweiligen Entwicklungsland), bis hin zu den mit der Lieferung verbundenen Verboten des Exports von Gütern (restriktive Geschäftspraktiken), die mit dieser Technologie hergestellt werden. Die häufig mit der Lieferung von "schlüsselfertigen" Anlagen verknüpfte Festlegung auf bestimmte Ersatzteile, Betriebsmittel etc. aus dem imperialistischen Lieferland sind wichtige Hebel der langfristigen Bindung an bestimmte Firmen bzw. Länder und zugleich ständige Quelle stets neu reproduzierter Übervorteilungsbeziehungen. Die häufig zu groß dimensionierten Anlagen, die zu Unterauslastung der Kapazitäten und Verlusten führen, sind ebenso wie die mit solchen Projekten einhergehenden "Consulting-Teams" Ausdruck der Verschwendung knapper finanzieller Mittel (z.B. werden die Aufwendungen für diese technischen Berater aus den imperialistischen Ländern auf ca. 10% der gesamten Investitionskosten durchschnittlich geschätzt). Kritik wurde daran geübt, daß gerade auch progressive Regierungen im Zeichen ihrer sprunghaft angewachsenen Importkapazität diese - an sich abgelehnte - Form des Technologietransfers z.T. wieder aufgenommen haben (wie z.B. der Irak), weil sie glaubten, hierdurch die technologische und industrielle Entwicklung forcieren zu können.

Verluste der Entwicklungsländer durch „brain drain“

Demgegenüber wurde besonders hervorgehoben, daß es zuallererst auf die eigenständige, nationale Technologieentwicklung ankomme, die dann auch in Kooperation mit anderen Entwicklungsländern einer Region oder mit den Entwicklungsländern insgesamt abgestimmt sein müsse. Erst auf dieser Basis könnten die Kosten und die Verschwendung bei der Auswahl und der Übernahme von Technologien aus den kapitalistischen Ländern reduziert werden. Eine besondere Rolle komme bei diesen grundsätzlich neuen Formen von Technologietransfer auch den Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu: einmal, weil sie einen Teil der technologischen Bedürfnisse kostengünstiger abdecken können, zum anderen aber helfen können, den Informationsstand zu erhöhen und damit auch die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer zu stärken.

Eine andere Seite dieses Problems wurde mit dem Phänomen des sogenannten "brain drain" (also dem ständigen Abzug von qualifizierten Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern in die entwickelten kapitalistischen Staaten) erörtert. Die Ver-



luste der Entwicklungsländer sind auf diesem, ebenfalls immer wichtiger werdenden Feld enorm. So hat z.B. eine UNCTAD-Studiengruppe errechnet, daß die finanziellen Verluste (Ausbildungsleistungen plus spätere Wertschöpfung in den kapitalistischen Industrieländern) so hoch anzusetzen sind, daß sie beispielsweise 10% höher liegen als die gesamte staatliche "Entwicklungshilfe" der USA, Kanadas und Großbritanniens von 1961-1972 (öffentliche "Entwicklungshilfe": 46 Mrd US-Dollar; "brain drain"-Verluste: 51 Mrd US-Dollar). Gerade der Abzug von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern aus Ländern der "Dritten Welt" ist u.a. eine Folge einer bislang fast völlig fehlenden nationalen Technologiepolitik und unzureichender nationaler Wirtschaftsplanung.

Das Seminar hat deutlich gemacht, welche Möglichkeiten, aber auch welche Gefahren in den jeweiligen Interpretationen und Umsetzungsweisen der Forderungen nach einer "Neuen Internationalen

Wirtschaftsordnung" stecken. Es wurden den Teilnehmern klar, daß es gerade für progressive Wissenschaftler und Politiker darauf ankomme - jenseits der kruden, unrealistischen und unpolitischen Alternative: Autarkie oder vollkommene Integration in den kapitalistischen Weltmarkt -, die einzelnen Ebenen und möglichen Schritte auf dem langen und zäh zu führenden Kampf gegen die Unterentwicklung konkret zu bestimmen und damit noch bestehende Unklarheiten und Ambivalenzen in den Forderungen der Entwicklungsländer über sich hinauszutreiben. Dies kann aber erst in ausreichendem Maße geschehen, wenn die konkrete, politische Auseinandersetzung um die ersten Schritte aufgenommen wird.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Siehe auch: AIB, Nr. 6/1976
- 2) Mit dem Begriff des "Recycling" wird der Rückfluß der Ölmilliarden in die entwickelten kapitalistischen Länder bezeichnet.

Deklaration des 3. Internationalen Seminars in Bagdad

Der Kampf der Völker hat besonders während der letzten zehn Jahre große Siege errungen: Das Kolonialsystem des Imperialismus ist zerbrochen, die Politik des Kalten Krieges - eine Politik, die auf aggressive militärische Blockbildung und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker gerichtet ist - hat eine Niederlage erlitten. Das internationale Kräfteverhältnis hat sich stark zugunsten der Sache der nationalen Unabhängigkeit, der internationalen Entspannung, der friedlichen Koexistenz, der Zusammenarbeit und der Festigung des Friedens, basierend auf Freiheit und Gerechtigkeit, entwickelt. Dank ihrer Einheit und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Gemeinschaft waren die Entwicklungsländer imstande, viel zu den internationalen Ereignissen beizutragen. Diese Tatsache wird durch die Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit auf dem Weg der antiimperialistischen Befreiung genauso wie durch die wachsende Rolle der Entwicklungsländer innerhalb der Vereinten Nationen unterstrichen.

Verbesserte Position der Entwicklungsländer

Die Aussichten des Kampfes für die ökonomische Befreiung und zur Rettung von Millionen Menschenleben in den Entwicklungsländern vor den Folgen des Elends, der Unterentwicklung, der Krankheit



und des Hungers, die Jahrhunderte fremdländischer und imperialistischer Herrschaft und Ausbeutung hinterlassen haben, haben sich so verbessert; desgleichen wurden bessere Beziehungen für Entwicklung und sozialökonomische Umgestaltungen geschaffen.

Es ist heute zu einem unbestreitbaren Recht der Völker geworden, daß sie ihre natürlichen Ressourcen befreien und diese unter ihre nationale Souveränität stellen, ein Recht, das in zahlrei-

chen Resolutionen unterstrichen und festgelegt wurde, die von der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit und von der VI. und VII. Sondertagung der UNO, 1974 und 1975, angenommen wurden.

Die Völker haben einen gewissen Fortschritt bei der Befreiung ihrer natürlichen Ressourcen erzielt. Ein wichtiger Beweis dafür ist die Befreiung der Erdölreichtümer.

Die Aggressionspolitik des Imperialismus

In jedem Fall ist der Kampf der Völker für dieses Ziel auf heftigen Widerstand seitens der imperialistischen Staaten gestoßen, die zwei Arten von Methoden anwenden:

1. Die traditionellen Methoden des Kolonialismus, darunter die bewaffnete Einmischung, die Drohung mit Krieg sowie die Organisation reaktionärer Staatsstreichs und Komplote. Dies beweisen die bitteren Erfahrungen, bei denen wir Zeuge waren, wie beispielsweise:

- der amerikanische Aggressionskrieg in Vietnam;
- die zionistischen Bestrebungen und die expansionistische und aggressive Politik Israels, die sich gegen das arabische Volk von Palästina und die arabischen Nachbarstaaten richtet;
- die Entfesselung des zerstörerischen Bürgerkriegs im Libanon;
- die Drohung der US-Führer gegen die erdölexportierenden arabischen Länder, ihre Erdölquellen zu besetzen, und die Eskalation der reaktionären imperialistischen Militärpolitik im arabischen Golfgebiet, die auf die Einnahme und Ausplünderung der Ressourcen dieser Länder abzielt, anstatt sie für die Entwicklung zu nutzen;
- die Organisation ausländischer Einmischung gegen das Volk von Oman;
- der Militärputsch in Chile;
- die von den rassistischen Regimes mit zionistischer Unterstützung betriebene Apartheidpolitik im südlichen Afrika.

Das Seminar betrachtet die Republik Südafrika und Israel als die Bastionen der monopolkapitalistischen Expansion in Afrika und im Nahen Osten, als die Hauptstützen der multinationalen Konzerne; es betrachtet die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika als Bedrohung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der arabischen und afrikanischen Länder sowie der gesamten "Dritten Welt".

Im Kampf für die nationale Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit fordert das Seminar zur Verstärkung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den arabischen und afrikanischen Staaten auf.

Skala verfeinerter imperialistischer Praktiken

2. Andererseits nutzen die imperialistischen Mächte ihre im Verhältnis zu den Entwicklungsländern privilegierten Positionen aus, insbesondere ihre Kontrolle des kapitalistischen Weltmarktes, von dem die Entwicklungsländer immer noch abhängig sind.

Mehr noch, der Imperialismus greift verstärkt zu Methoden, um der Entwicklung und ökonomischen wie sozialen Umgestaltungen entgegenzuwirken.

Die Regierungen der imperialistischen Mächte, deren Interessen organisch mit denen der multinationalen Konzerne verbunden sind, setzen ihre Machenschaften weiterhin fort, um ihren Einfluß auf die Völker aufrechtzuerhalten, um deren menschliche Potentiale auszubeuten und ihre finanziellen Ressourcen durch die verschiedensten Mittel einzuschränken, darunter:

- Der Export von Folgen der Inflation, die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnet, in die Wirtschaft der Entwicklungsländer.
- Die Schaffung von Institutionen und wirtschaftlichen Gruppierungen wie die Energieagentur oder anderer Einrichtungen, die dazu geeignet sind, die Errungenschaften der Entwicklungsländer, was ihre natürlichen Reichtümer betrifft, zu zerstören und die Verwirklichung neuer Fortschritte zu verhindern.
- Die Zerschlagung der Einheit der Entwicklungsländer dadurch, daß man auf einige über die reaktionären Regimes Druck ausübt und ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausnutzt.
- Die Diskriminierungen der Entwicklungsländer auf der Ebene des Außenhandels und der internationalen Arbeitsteilung.
- Der Widerstand gegen die Schaffung einer Infrastruktur, die es ermöglicht, eine nationale Technologie in den Entwicklungsländern zu entwickeln, durch den Abzug geistiger Kapazitäten und Fähigkeiten in die imperialistischen Länder und durch derart übermäßig hohe Preise für Projekte und Ausrüstungen sowie für den Technologietransfer in die Entwicklungsländer, daß die Inangriffnahme notwendiger Entwicklungsprogramme verhindert wird.
- Die Preisanhebung für Fertigwaren, Nahrungsmittelerzeugnisse, Agrarprodukte und Baumaterialien, die von den Entwicklungsländern eingeführt werden und die keineswegs der bescheidenen Erhöhung der Rohstoffpreise entspricht, die durch den Kampf der Völker erreicht worden ist.

Der Weltimperialismus wird in der Verfolgung dieser den Bedürfnissen der Völker gegenüber feindlichen Politik durch die Politik der Vergeudung in den nichtproduktiven Sektoren unterstützt, die von den sich an der Macht befindlichen reaktionären Kräften betrieben wird, so durch die Anlage der Rohstoffeinkommen, besonders der Erdölgewinne auf dem kapitalistischen Markt und die immensen Ausgaben für die Rüstung, die die Erfordernisse der nationalen Verteidigung keineswegs rechtfertigen.

Parallel dazu bemühen sich die imperialistischen Mächte, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit beruhen, zu schwächen; sie zählen dabei auf die reaktionären Kräfte, die mit der Ausführung ihrer Politik in den Entwicklungsländern beauftragt sind.

Die kapitalistischen Mächte bemühen sich andererseits darum, die Tendenzen einer kapitalistischen Entwicklung in bestimmten Entwicklungsländern zu fördern, indem sie auf die Allianz mit den verbürgerlichten und ehemals feudalen Klassen sowie anderen reaktionären Elementen bauen.

Elemente einer progressiven Entwicklungsstrategie

Daraus ergibt sich, daß der Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern eine Politik erfordert, die konsequent gegen den Imperialismus und seine Monopole gerichtet ist, die die nationalen

Ressourcen im Rahmen eines Systems der wissenschaftlichen und umfassenden Planung für gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung einsetzt, die die Fähigkeiten der Massen freisetzt, um radikale soziale und demokratische Veränderungen durchzuführen und die die Teilnahme der Frauen und der jungen Generation, der Jugend und Studenten am Prozeß der kulturellen Entwicklung sicherstellt. Der Entwicklungsprozeß fordert gleichzeitig, die Einheit der Kräfte in den Entwicklungsländern zu stärken und sich den Versuchen der imperialistisch-reaktionären Kräfte zu widersetzen, die darauf abzielen, ihre Einheit zu zerbrechen. Ebenso ist die Stärkung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und die Festigung ihrer antiimperialistischen Stoßrichtung erforderlich.

Der Entwicklungsprozeß erfordert die Einheit der Kräfte, die für den Fortschritt kämpfen, der Völker und Massen in den Entwicklungsländern, der internationalen Arbeiterklasse und der sozialistischen Staaten. Der Entwicklungsprozeß erfordert ganz besonders eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Weltsystem, nicht nur zur Abwehr der imperialistisch-reaktionären Aggression, sondern auch zur Sicherung unabhängiger gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungsprogramme und zur Entwicklung neuer Modelle gleichberechtigter Beziehungen auf internationaler Ebene, im Interesse des Kampfes für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Gemeinsam mit den sozialistischen Staaten

Die ganze Menschheit ist mehr noch als bisher mit Herausforderungen und ernstzunehmenden Gefahren konfrontiert, was durch das Verhältnis zwischen den Wachstumsraten der Nahrungsmittel und Rohstoffproduktion und der demographischen Wachstumsrate beleuchtet wird. Sie leidet gleichermaßen unter den Gefahren der Umweltverschmutzung und unter dem Mißbrauch natürlicher Ressourcen.

Das alles erfordert gemeinsame internationale Anstrengungen und einen koordinierten Kampf aller Staaten und aller fortschrittlichen Kräfte der Welt, um diese Schwierigkeiten im Interesse der Völker und der Sache des Friedens und des Fortschritts zu überwinden und zu lösen. Es ist unerlässlich, daß die sozialistischen Staaten und die Entwicklungsländer zusammenarbeiten, um in den unterentwickelten Ländern eine nationale Technologie zu entwickeln, die der Situation und den sozialökonomischen Erfordernissen dieser Länder entspricht.

Das größte Hindernis auf dem Wege dieser Anstrengungen und dieser internationalen Zusammen-

arbeit stellen die imperialistischen Monopolsellschaften dar, die nicht damit aufhören, den Frieden zu gefährden und die internationale Zusammenarbeit sowie die internationalen Beziehungen überhaupt negativ zu beeinflussen.

Die Abhängigkeit vom Imperialismus durchbrechen

Die Schaffung gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen ist eine Frage des gemeinsamen von den Völkern der Entwicklungsländer zu führenden Kampfes. Sie stützen sich dabei auf die Hilfe der sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt, insbesondere auf die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, im Interesse eines höheren Lebensniveaus der Völker der Entwicklungsländer, der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft und im Interesse eines angemessenen Beitrages zum Sieg der Sache des Friedens, der Freiheit, der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit sowie einer unabhängigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Die Völker dieser Länder müssen große Anstrengungen unternehmen, um die Bindungen, die sie an den kapitalistischen Weltmarkt fesseln, beständig zu reduzieren, um ihre eigene nationale und unabhängige Wirtschaft wieder aufzubauen und den Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung fortzusetzen.

Den sozialistischen Ländern kommt aufgrund ihrer Erfahrung mit Beziehungen auf dem internationalen sozialistischen Markt und mit den Entwicklungsländern eine beträchtliche Rolle beim Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu.

Das Dritte Internationale Seminar von Bagdad begrüßt die Initiative des Weltfriedensrats zur Einberufung einer Weltkonferenz über Entwicklung im nächsten Oktober in Budapest (Ungarn). Es drückt seine Unterstützung und Würdigung für die Vorbereitungen und bei der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für ihren Erfolg aus.

Die Völker stehen heute vor der dringenden Notwendigkeit, dem Wettrüsten ein Ende zu setzen und zur Verwirklichung der Abrüstung beizutragen, um so die enormen Potentiale freizumachen, die durch das Wettrüsten verschlungen werden und sie in den Dienst der Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit zu stellen; sie müssen die Versuche der Imperialisten, Spannungen zu schaffen und Kriege zu provozieren, zu Fall bringen; sie müssen den Alptraum eines zerstörerischen Weltkrieges voll und ganz ausmerzen und erfolgreich auf dem Weg der Vollendung der nationalen Befreiung und der Festigung des Friedens voranschreiten.

(Quelle: Hektographiertes Konferenzmaterial, Bagdad, 4. Juni 1976)

Während die VI. Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Santiago tagte, hielt sich eine internationale Juristen-Delegation in Chile auf. Ihr gehörten aus der Bundesrepublik an: Prof. Gerhard Stuby, Professor an der Universität Bremen, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und Mitherausgeber des Chile-Schwarzbuches; Peter Becker aus Marburg, Rechtsanwalt und FDP-Stadtverordneter; sowie Joachim Schwammborn aus Frankfurt, Rechtsanwalt, SPD-Kreistagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen. Joachim Schwammborn schildert in dem Interview mit dem AIB die Aufgaben, Erfahrungen und Erkenntnisse der Juristen-Delegation.

Interview mit Joachim Schwammborn

Die Reise der bundesrepublikanischen Juristendelegation nach Chile

Frage: Vom 4. bis 10. Juni reisten Sie im Rahmen einer internationalen Juristendelegation nach Chile. Wer gehörte der Delegation an und in wessen Auftrag reiste sie? Welche Aufgabe stellte sie sich?

J. Schwammborn: Die Delegation reiste im Auftrage der Auslandsvertretung der Unidad Popular, Chile Democrático, der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile und auf Bitten der Angehörigen der in Chile inhaftierten Personen.

Aus der Bundesrepublik gehörten der Delegation an Prof. Gerhard Stuby, Rechtsanwalt Peter Becker und ich.

Aus Frankreich nahm die Rechtsanwältin Colette Auger teil, aus Belgien Dr. Pierre Mertens, Professor für öffentliches Recht in Brüssel und aus Italien Rechtsanwalt Calvi.

Aufgabe: Suche nach verschwundenen Personen

Die Aufgabe der Delegation war es, nach vermißten oder verschwundenen Personen zu suchen, die von den chilenischen Behörden verhaftet worden sind und deren Verhaftung von den Behörden bestritten wird. Wir haben eine Liste mit uns geführt, die von den chilenischen Emigranten zusammengestellt worden war und die die Namen einer Reihe von solchen vermißten Personen enthielt. Unsere Aufgabe hierbei war es, die Liste zu vervollständigen, genaue Angaben über die einzelnen Fälle zu machen; wozu es erforderlich war, die Angehörigen aufzusuchen und Beweismittel über die Zusammenhänge und Umstände der Verhaftungen zusammenzutragen.

Unsere Aufgabe war es ferner, mit diesen Ermittlungsergebnissen an die chilenischen Behörden heranzutreten, ihnen unsere Ermittlungsergebnisse vorzulegen und darauf hinzuwirken, daß die Verhaftungen dieser Personen zugegeben und mitgeteilt wird, wo sie sich befinden.

Sodann bestand unsere Aufgabe darin, Kontakt aufzunehmen mit den Delegationsleitungen der OAS-Delegationen, die sich wegen der zu dieser Zeit in Santiago stattfindenden Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) dort aufhielten.



Rechtsanwalt J. Schwammborn

Schließlich hatten wir die Aufgabe, Gefangene zu besuchen und Kontakte mit Persönlichkeiten der früheren Allende-Regierung aber auch mit Persönlichkeiten des öffentlichen und politischen Lebens, welche in Opposition zum Allende-Regime gestanden hatten, jetzt aber auch gegen die Junta kämpfen, aufzunehmen.

Was die Kontaktaufnahme zu den OAS-Delegationen betrifft, so ist vielleicht hinzuzufügen, daß das selbstverständlich von vornherein nicht mit allen OAS-Delegationen möglich war. In Frage kamen nur einige Delegationen, u. a. die Delegationen von Jamaika, von Kostarika, von Venezuela und Kolumbien, sowie die Delegation von Ecuador.

Das Mysterium der Vermißten

Frage: Worin bestand die Tätigkeit der bundesrepublikanischen Vertreter?

J. Schwammborn: Wir haben aufgrund der uns zur Verfügung gestellten Listen mit Anwälten in Santiago und mit Angehörigen der vermißten Personen sowie mit dem Vicaria de la Solidaridad, einer Sektion der Katholischen Kirche Chiles, Kontakt aufgenommen.

Man hat uns dort bestätigt, daß es seit Beginn des Jahres 1976 eine ausgedehnte Verhaftungswelle in Chile gibt, deren Besonderheit es ist, daß die Verhaftungen von den Behörden nicht zugegeben werden und über den Verbleib dieser Personen keinerlei Angaben von den Behörden zu erhalten sind.

Frage: Brachten Sie über diese Verschwundenen neue Informationen und Zeugenaussagen in Erfahrung? Können Sie ein Beispiel nennen?

J. Schwammborn: Da wir natürlich nicht alle Fälle von bekanntgewordenen Verhaftungen, die nicht zugegeben worden sind, untersuchen konnten, mußten wir uns exemplarisch auf 8 Fälle beschränken, in denen wir versuchten, ganz konkrete Nachweise zu führen.

Darunter befanden sich die Fälle: Victor Diaz, Mario Zamorano, Jorge Munoz, José Weibel, Jaime Donato, Uldaricio Donaire, Lenin Diaz Silva und Ida Amelia Vera Almarza, deren Fallschilderung vom Vikariat schriftlich aufgezeichnet wurde.

Der Fall Ida A. V. Almarza

Ida Amelia Vera Almarza, eine Architektin chilenischer und bolivianischer Staatsangehörigkeit, wurde am 19. November 1974 um 17.00 auf dem Heimweg vor ihrer Wohnung von DINA-Agenten verhaftet. Sie erlitt eine Schußverletzung am Bein und eine Schädelverletzung durch einen Schlag mit dem Gewehrkolben. In der Nacht wurden die Wohnungen ihrer Familienangehörigen mit den Schlüsseln von Ida geöffnet und durchsucht.

Ebenfalls am 19. November 1974 wurde der Architekt Luis Humberto Canobra verhaftet und bis zum 29. 4. 1975 in Tres Alamos gefangengehalten. Der Grund für die Verhaftung: Er hatte sein Auto öfters an Ida ausgeliehen.

Eingaben der Angehörigen an alle Behörden blieben ergebnislos, die offizielle Auskunft war, Ida sei nicht verhaftet. Der Oberste Gerichtshof ordnete eine richterliche Untersuchung an. Der Prozeß Nr. 1302 ergab, daß Ida am 19. November verhaftet worden war und daß sie zusammen mit anderen Personen in Gefängnissen und Folterstätten war, ebenfalls in einer Klinik der DINA. Unter den Zeugen, die namentlich genannt sind, befand sich unter anderem ein Hauptmann der Carabineros (Polizei).

Trotz aller vorliegenden Beweise gaben das Innen- und Außenministerium gegenüber der bolivianischen Regierung und der OAS an, daß Ida nicht durch eine der Regierung untergebene Stelle verhaftet worden sei und daß keine Anklage gegen sie vorläge.

Vera Almarza ist allerdings insofern eine Besonderheit, als in diesem Fall die Verhaftung schon vor längerer Zeit stattgefunden hat, also nicht im Rahmen der neuerlichen Verhaftungswelle seit Beginn dieses Jahres; aber das Verschwinden dieser Person und ihre Verhaftung werden gleichsam von den Behörden bestritten.

Frage: Gelang es Ihrer Delegation, Einzelheiten über die Umstände der Verhaftung und das Schicksal der anderen erwähnten Demokraten zu ermitteln?

J. Schwammborn: Die anderen, zunächst genannten sieben Fälle fallen in den Rahmen der Verhaftungswelle seit Beginn des Jahres 1976.

Die Spuren des Victor Diaz

Im Fall des Victor Diaz konnten wir folgendes ermitteln: Er lebte seit dem 11.9.73 versteckt, gab aber seiner Familie ständig und in regelmäßigen Abständen Nachricht über sei-



Jagd auf chilenische Patrioten in Santiago



Zwei der Verschwundenen: Jorge Munoz und José Weibel (r.)

nen Verbleib; zuletzt informierte er seine Familie am 9.5.1976. Am 10.5.1976 wurde er in der Avenida Colon in Santiago verhaftet; am 15.6.1976 erfuhr seine Familie von der Verhaftung. Für diese Verhaftung stehen Zeugen zur Verfügung, und zwar eine Person, die ebenfalls im Untergrund lebt aber ihren Namen nicht nennen kann.

Wir haben diese Person gesprochen und von ihr die glaubhafte Zusicherung der Verhaftung bekommen. Ferner ein Ehepaar, das jetzt ebenfalls in der Illegalität lebt.

In der gleichen Nacht wurde eine größere Anzahl von Personen inhaftiert. Der bereits vorher verhaftete Rechtsanwalt Faudich Castillo hörte im Konzentrationslager Tres Amalos ein Gespräch von Wachen mit, in dem diese über die Verhaftung von Victor Diaz sprachen und ihrer Freude darüber Ausdruck gaben.

Die Häftlinge des Lagers Tres Amalos stellten anhand der Anzahl der Essensrationen fest, daß im Zusammenhang mit der Verhaftung von Diaz dreizehn Personen in Tres Amalos eingeliefert worden waren, diese wurden allerdings, bevor der Gerichtspräsident, und zwar der Präsident des Obersten Gerichtshof, das KZ inspizieren konnte, wieder abtransportiert.

Gruppenverhaftung in der Callie Conferencia 1537

Die Fälle Zamorano, Donato, Donaire und Munoz fallen zusammen. Die Verhaftung dieser vier Personen hat im selben Haus stattgefunden, und zwar in der Callie Conferencia 1537. Im Zusammenhang mit dieser Verhaftungsaktion waren in der Callie Conferencia zwei nebeneinanderliegende Häuser besetzt worden, und zwar das Haus, in dem die Verhaftung später vorgenommen wurde und das Nachbarhaus.

Mario Zamorano wurde bei der Verhaftung angeschossen, später in die Callie Portugal zur Ambulanz gebracht.

Im Fall Jorge Munoz gibt es Informationen darüber, daß er nach der Verhaftung in der Villa Grimaldi, einem Folterzentrum, gefoltert worden ist und anschließend ins Militärlazarett gebracht wurde in der Absicht, ihn wieder herzurichten. Aber seit der Wegschaffung aus dem Militärlazarett gibt es keine Spur mehr von ihm.

Im Zusammenhang mit diesen vier Verhaftungen ist der Bischof Enrique Alvear im Nebenhaus, das ebenfalls besetzt war, verhaftet worden. Er hatte offenbar von der Aktion des Geheimdienstes DINA gehört und sich in eines der Häuser begeben; er wurde drei Stunden festgehalten. Von Bischof Alvear liegt eine schriftliche Erklärung zu diesen Vorfällen vor.

Das Haus bzw. die Werkstatt in der Callie Conferencia 1537 war den verhafteten Personen von einem Freund Mario Zamoranos zur Verfügung gestellt worden. Der Hauseigentümer und seine Ehefrau waren ebenfalls Zeugen der Verhaftung. Sie haben nunmehr Angst, gegenüber den Behörden auszusagen, weil sie bereits vom Geheimdienst bedroht worden sind.

Entführung José Weibels und Lenin D. Silvas

Im Fall Weibel hat die Verhaftung folgendermaßen stattgefunden. José Weibel fuhr mit seiner Frau in einem öffentlichen Bus und plötzlich schrie eine vor Weibel sitzende Frau, ihre Handtasche sei weg — offenbar eine abgesprochene Aktion. Vier Männer sprangen auf, stürzten sich auf José Weibel, ein PKW fuhr vor den Bus, stoppte diesen, Weibel wurde aus dem Bus hinausgeführt, in das Auto gesetzt und weggefahren. Seit der Zeit gibt es keine Nachricht mehr über seinen Verbleib.

Im Falle des Lenin Diaz Silva spielte sich die Verhaftung folgendermaßen ab:

Lenin Diaz Silva lebte im Haus seines Schwiegervaters, weil er es schon nicht mehr riskieren konnte, mit seiner Frau in der früheren Ehwohnung zusammenzuleben, da er ständig mit seiner Verhaftung rechnen mußte. Am Tag der Verhaftung, dem 9.5.1976, klingelten vormittags zwei Personen am Haus des Schwiegervaters. Der Schwiegervater sah, wie Lenin Diaz Silva zur Tür ging und sich mit zwei Personen unterhielt. Er ging daraufhin in einen Nebenraum, hielt sich dort kurz auf, und als er zurückkam, war Lenin Diaz Silva verschwunden, ohne eine Nachricht zu hinterlassen, ohne seine Jacke mitzunehmen, ohne Frühstück, ohne sich zu verabschieden. Auf dem Tisch lag noch ein Kreuzworträtsel, das er gerade zu lösen im Begriff war. Seit dieser Zeit liegen auch keine Nachrichten mehr über den Verbleib von Lenin Diaz Silva vor.

Es muß mit großem Nachdruck betont werden, daß für alle diese Verschwundenen höchste Lebensgefahr besteht.

Die Unterstützung durch Jamaikas Außenminister Thompson

Frage: Zur Zeit Ihres Chile-Aufenthaltes fand in Santiago eine OAS-Tagung statt. Stand die Reise der Juristendelegation mit dieser Tagung in direktem Zusammenhang?

J. Schwammborn: Wir haben diese Ermittlungsergebnisse zunächst den Delegationen der OAS-Konferenz, zu denen wir Kontakt aufnehmen konnten bzw. bei denen es sinnvoll war, diesen Kontakt herzustellen, zu unterbreiten versucht. Dies ist uns in der Konsequenz nur in einem Fall gelungen, und zwar im Fall des Außenministers von Jamaika, Thompson, der uns zu mehreren Gesprächen empfangen hat, der den von uns bearbeiteten Problemen sehr offen gegenüberstand und uns erklärte, er sei ohnehin nur nach Santiago gekommen, um das Problem der Menschenrechte bzw. der Menschenrechtsverletzungen anzuschneiden.

Außenminister Thompson hat unsere Untersuchungsergebnisse zur Grundlage seines Antrages in der OAS-Konferenz gemacht, in dem er forderte, daß erstens eine Liste aller Gefangenen und zweitens eine Liste aller KZs veröffentlicht wird; drittens beanspruchte er das Recht, alle KZs zu besuchen und viertens das Recht, nach verschwundenen Personen zu suchen. Außenminister Thompson hat sich sehr dezidiert verhalten und — um das näher zu illustrieren — die Äußerung getan, daß, wenn man die Angehörigen aller verschwundenen Personen zusammenhole, eine größere Menschenmenge zusammenkäme als jene Menschenmenge, die sich eingefunden hatte, um den US-Außenminister Henry Kissinger zu begrüßen.

Juntaminister Schweitzer und die Menschenrechtsfrage auf der OAS-Tagung

Wir sind mit unseren Ermittlungsergebnissen dann an den derzeit amtierenden chilenischen Justizminister Schweitzer herangetreten, bei dem wir auch eine Audienz erhalten haben.

Als ihm Prof. Stuby unsere Ermittlungsergebnisse vorlegte, war Schweitzer praktisch nicht in der Lage, unseren konkreten Äußerungen auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Er ging auf einzelne Fragen und auf Einzelheiten gar nicht ein, tat praktisch alles, was wir vorbrachten, als kommunistische Lügenpropaganda ab. Dagegen behauptete er, die Angehörigen, die uns die Verhaftungsumstände geschildert hatten, würden sich verstellen.

Schweitzer schämte sich nicht, als Beispiel anzuführen, daß auch während des Widerstandes gegen das NS-Regime in Deutschland Personen verschwunden seien, weil sie in den Untergrund gegangen seien. Als Prof. Stuby ihn daraufhin fragte, ob er das derzeitige chilenische Regime mit den Nationalsozialisten in Deutschland vergleichen wolle, blieb ihm nichts anderes übrig, als das Thema kurzerhand zu beenden.



The New York Times

Frage: Die OAS-Tagung sollte nach den Vorstellungen Washingtons doch wohl Pinochet zu internationaler Salonfähigkeit verhelfen. Andererseits hat die Konferenz aber in einer Resolution namentlich die Menschenrechtsverletzung in Chile verurteilt. Wie war die Resonanz der OAS-Konferenz in Chile selbst?

J. Schwammborn: Die Tatsache, daß die OAS-Konferenz in Santiago stattgefunden hat, ist ja von einigen südamerikanischen Staaten scharf kritisiert worden. Natürlich zu Recht, da die Tatsache, daß die Konferenz in Santiago stattgefunden hat, für das Militärregime in Santiago eine Aufwertung bedeutete.

Auf der anderen Seite hatte das Stattfinden dieser Konferenz in Santiago allerdings auch einen positiven Aspekt — und zwar deshalb, weil praktisch keine Delegation an den Menschenrechtsverletzungen, die es in Chile gibt, vorbeigekommen ist. Es gab praktisch keinen Tag, an dem die Schlagzeilen der chilenischen Zeitungen nicht das Wort Menschenrechtsverletzungen enthielten.

Die Resonanz der OAS-Tagung in Chile

So wurde der chilenischen Öffentlichkeit klar gemacht, daß alle Welt die Menschenrechtsverletzungen in Chile beobachtet und schärfstens kritisiert. Vor allem aber erhielten die Journalisten Möglichkeiten, auf diesem Wege überhaupt erst einmal die Information in die chilenische Bevölkerung hineinzutragen; denn aufgrund der sonst herrschenden absoluten Zensur ist dies praktisch gar nicht möglich.

Es konnte natürlich im Zusammenhang mit der Konferenz auch nur insofern geschehen, daß die zensurierten Journalisten

die Berichte von der OAS-Konferenz kritisierten. Aber es gab eben nur über diese kritischen Berichte die Möglichkeit, die tatsächlichen Informationen und die Tatsache, daß eben vom Ausland die Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden, zu verbreiten. Von daher hat also die OAS-Konferenz durchaus zwei Seiten in ihrer Beurteilung.

Frage: Sie erwähnten, daß Ihre Delegation auch mit Vertretern der Pinochet-Junta sprach. Lag das am Stattfinden der OAS-Tagung oder erhielten Sie Unterstützung seitens der BRD-Botschaft in Santiago?

J. Schwammborn: Unsere Reise hat auch sehr bewußt zur Zeit der OAS-Konferenz stattgefunden, und zwar aus zwei Gründen:

Einmal deshalb, weil es uns schien, daß es im Windschatten dieser Konferenz, unter den Augen der Weltöffentlichkeit erheblich leichter sein würde, unsere Recherchen anzustellen. Zu einem solchen Zeitpunkt hatten die chilenischen Behörden nicht die Möglichkeit, unsere Arbeit in dem Maße zu behindern, wie es zu anderen Zeitpunkten möglich gewesen wäre. Auch unsere persönliche Gefährdung, die natürlich bestand, war zu dem Zeitpunkt der OAS-Konferenz weit geringer, als zu einem anderen Zeitpunkt.

Zum anderen hatten wir eben damit gerechnet, daß wir mit den Delegationsleitern der OAS-Delegationen Kontakt aufnehmen und diesen unsere Untersuchungsergebnisse vor Ort unterbreiten konnten.

Keine Hilfestellung der BRD-Botschaft

Zur Zusammenarbeit mit der bundesdeutschen Botschaft in Santiago ist zu sagen:

Wir haben nach unserer Ankunft sofort mit der Botschaft Kontakt aufgenommen, unsere Anwesenheit bekanntgegeben, unsere Aufgabenstellung und unsere Ziele mitgeteilt und gebeten, uns bei dieser Aufgabe behilflich zu sein.

Von Seiten der Botschaft wurde uns daraufhin mitgeteilt, daß man nicht die Möglichkeit habe, uns bei unserer konkreten Aufgabe zu helfen. Man werde sich zwar, wenn wir Schwierigkeiten mit den Behörden hätten, etwa verhaftet würden, selbstverständlich um uns kümmern, aber eine darüberhinausgehende Unterstützung könne man uns nicht ange-deihen lassen.

Im krassen Gegensatz dazu stand das Verhalten der Botschafter der anderen Delegationsteilnehmer. So läßt sich berichten, daß der italienische Kollege Calvi in seiner Botschaft beherbergt wurde, dort übernachten konnte; der belgische Kollege bekam durch seine Botschaft Kontakte zu den chilenischen Behörden vermittelt, und die Botschaft verschaffte ihm praktisch die Besuchserlaubnis für die Gefangenen in Tres Alamos; die französische Kollegin wurde vom Presseattaché ihrer Botschaft am Flughafen abgeholt und wieder hingebbracht bei ihrer Abreise.

Man kann also sagen, daß die Botschaften der anderen Delegationsteilnehmer zumindest aktive Unterstützung geleistet haben, während die bundesdeutschen Delegationsteilnehmer in ihrer Arbeit faktisch auf sich alleine gestellt waren.

Frage: Seit Jahren ist die Junta bemüht, eine Anklage gegen Luis Corvalan und andere eingekerkerte UP-Führer zustande zu bringen. Gibt es neue Informationen über den Stand dieser Verfahren und sehen Sie einen Zusammenhang zu der anschwellenden Zahl von Verschwundenen?

J. Schwammborn: Es ist in der Tat so, daß es der Junta bis heute nicht gelungen ist, eine Anklage gegen Luis Corvalan und die anderen führenden Mitglieder der UP-Regierung, die Häftlinge seit September 1973 sind, zusammenzustellen und zwar allein deshalb, weil es keine Anklagepunkte gibt und weil die Junta befürchten muß, daß ein solcher Prozeß zu einem zweiten Reichstagsbrandprozeß und zu einer weltweiten Blamage für die Junta wird.

Das Vorzeige-KZ Tres Alamos

Für die beteiligten chilenischen Anwälte, auf die ich später noch zu sprechen komme, ist es natürlich in diesem Prozeß besonders schwierig, weil schon mehrere Anwälte Corvalans verhaftet worden sind. Über diesen Prozeß aber läßt sich überhaupt nichts sagen; auch die von uns befragten Anwälte konnten keine Angaben über den Stand der Prozeßvorbereitungen machen.

Aber gerade dies ist der Grund für die Vorgehensweise der Behörden in den Verhaftungen, die seit Anfang dieses Jahres stattfinden. Eben weil es nicht gelingt, eine Anklage gegen Luis Corvalan und die mit ihm inhaftierten führenden Politiker zusammenzubekommen, versucht man jetzt, Widerstandskämpfer, wenn man ihrer habhaft wird, einfach verschwinden zu lassen und ihre Verhaftung zu bestreiten.

Das ist der konkrete Hintergrund der Vorgehensweise der Junta in den von uns untersuchten Fällen.

Frage: War es Ihnen möglich, Veränderungen in der Unterbringung und Behandlung der politischen Gefangenen, darunter der angeklagten UP-Führer in Erfahrung zu bringen?

J. Schwammborn: Es ist uns bekannt, daß Luis Corvalan gegenwärtig gemeinsam mit José Cademartori (Wirtschaftsminister), Fernando Flores (Minister der MAPU/CO), Jorge Montes (Senator der KP), und Daniel Vergara (Staatssekretär im Innenministerium) im KZ Tres Alamos untergebracht ist.



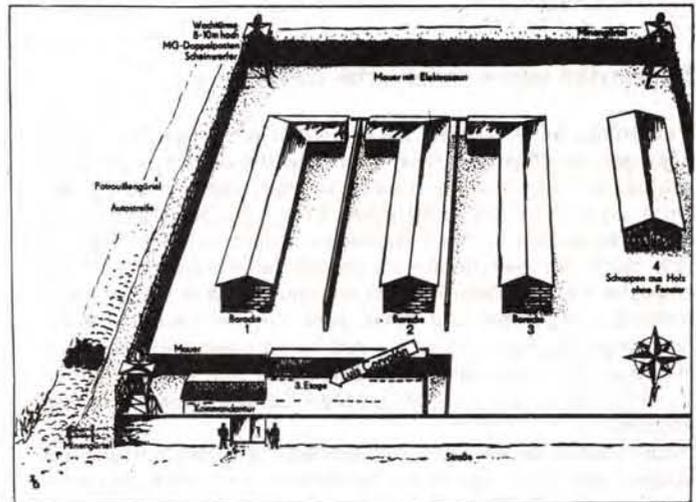
Angeklagter Luis Corvalan im KZ

Die Situation der in Tres Alamos gefangengehaltenen Inhaftierten ist — so makaber es klingen mag — noch relativ gut, weil man Tres Alamos als eine Art Vorzeige-KZ ausgestattet hat, in dem es noch relativ gutes Essen, relativ ordentliche Betten und Räume gibt. Das liegt selbstverständlich daran, daß verhältnismäßig häufig auch ausländische Besucher nach Tres Alamos kommen. Dieses KZ liegt etwa eine halbe Autostunde vom Stadtkern Santiagos entfernt und ist natürlich deshalb für Besucher relativ leicht erreichbar und steht eben unter der Kontrolle der Weltöffentlichkeit. Die Junta kann es sich also nicht erlauben, dort Zustände sichtbar werden zu lassen, die sie noch mehr in Mißkredit bringen würden.

Verfeinerte Verhaftungs- und Foltermethoden

Gefährdet sind in Leben und Gesundheit noch stärker die Gefangenen, deren Verhaftung bestritten wird, weil bei diesen Verhafteten keine Kontrolle ausgeübt werden kann. Es sind selbstverständlich in akuter Gefahr jene Gefangenen in den nichtbekannten oder nicht zugegebenen Lagern, die

überall im Land bestehen, von denen ständig neue errichtet werden und wo eben diese Kontrolle auch nicht stattfindet. In sehr großer Gefahr befinden sich schließlich auch solche Leute, die bereits eine Strafe verbüßt haben und wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Denn bei diesen Leuten besteht die ständige Gefahr einer erneuten Verhaftung eben in der seit Anfang dieses Jahres gehandhabten Art und Weise, bei denen dann eine weit größere Lebensbedrohung besteht.



Aufbau von Tres Alamos

So makaber es klingt, kann man also sagen, daß die Häftlinge, die offiziell in den Lagern und Gefängnissen sitzen, von denen man es weiß und bei denen die Behörden es zugestanden haben, noch am sichersten sind.

Schlimm an der Lage der Gefangenen ist die Tatsache, daß sich die Foltermethoden erheblich verfeinert haben.

Die Folterungen werden nicht mehr direkt im KZ vorgenommen, sondern in Folterzentren wie z.B. in der Villa Grimaldi (die allerdings jetzt nicht mehr in Betrieb ist), einem Haus in der besten Villengegend Santiagos, wo man die Gefangenen hingebacht, sie dort gefoltert hat, um sie nach den Folterungen dann in Hospitäler abzutransportieren und sie wieder einigermaßen herzurichten, bevor man sie dann ins KZ zurückbringt.

Unheilvolle Rolle der DINA

Am meisten gefährdet sind bei der derzeitigen Verhaftungswelle Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftsführer.

Frage: Können Sie zu der Struktur des staatlichen Repressionsapparates und zu den Arbeitsbedingungen der chilenischen Anwälte einiges erläutern?

J. Schwammborn: Eine besonders unheilvolle Rolle im Unterdrückungsmechanismus spielt die DINA, der chilenische Geheimdienst, der nur Pinochet unterstellt und vergleichbar mit dem Reichssicherheitshauptamt während des Dritten Reiches vielleicht ist.

Auf diese DINA haben alle anderen staatlichen Behörden gar keinen Einfluß; wer also einmal in die Hände der DINA gefallen ist, dem kann praktisch auch keine andere Behörde helfen. Wir haben das in den Gesprächen mit den anderen Autoritäten feststellen können. Sowohl der Justizminister, der Innenminister als auch die Präsidenten des Appellationsgerichtshofes und des Obersten Gerichtshofes sind machtlos gegenüber der DINA und können die elementarsten Rechte nicht durchsetzen.

Eine Bemerkung noch dazu, daß auch die Dekrete der Junta, die ohnehin schon gegen die Verfassung verstoßen, ihrerseits

nicht eingehalten werden. Es ist deutlich zu erkennen, daß auch die offiziellen Behörden sich in dieser Rolle höchst unwohl fühlen, weil sie selbst erkennen müssen, daß die DINA zu einem Instrument geworden ist, das von allen anderen staatlichen Institutionen völlig unkontrolliert zu arbeiten vermag.

Besonders erschütternd war es für uns, als Juristen und Anwälte zu erleben, in welcher persönlichen Gefahrenlage sich unsere chilenischen Kollegen befinden, die politische Häftlinge verteidigen.

Repression gegen chilenische Anwälte

Von früher 64 Anwälten, die in politischen Prozessen Verteidigungen durchgeführt haben, sind mittlerweile nur 14 übriggeblieben. Die Anwälte sind praktisch nicht in der Lage, Unterlagen über die politischen Prozesse, Beweismittel zu diesen Prozessen in ihren Kanzleien aufzubewahren, weil sie sich sonst der Gefahr aussetzen, daß bei etwaigen Durchsuchungen diese Beweismittel als kommunistisches Propagandamaterial bezeichnet und ihnen zum Vorwurf gemacht wird. Die Anwälte sagten uns z.B., daß sie uns gerne einmal nach Hause einladen würden, aber daß sie es sich nicht erlauben könnten, weil das zu den größten Schwierigkeiten führen könnte.

Insbesondere wurde von Anwaltsseite die Befürchtung geäußert, daß nach der OAS-Konferenz die Junta zu einem weiteren großen Schlag ausholen werde und alle, insbesondere alle Personen, die sich mit den OAS-Delegationen in Verbindung gesetzt hätten, dann schwersten Repressionen ausgesetzt würden.



Wir haben die Gefährdung der Anwälte an einem exemplarischen Fall auch überprüfen können, und zwar an dem Fall des Rechtsanwalts Hernan Montealegre.

Dieser Rechtsanwalt, der lediglich für die Kirche arbeitete, war politisch völlig unabhängig und hatte sogar die Verteidigung von Leuten übernommen, denen der Vorwurf der Folterung gemacht worden war.

Montealegre verteidigte im Kriegsgerichtsprozeß in Valparaiso und wurde acht Tage vor Beginn der Verhandlung festgenommen. Er wurde zunächst vierzehn Tage von der Außenwelt isoliert, seine Verhaftung wurde erst nach drei Tagen zugegeben, sieben Tage wurde er mit verbundenen Augen in einer Zelle von ein mal zwei Meter eingesperrt.

Die ihm gegenüber erhobenen Vorwürfe waren völlig absurd. So wurde ihm u.a. vorgeworfen, vor einigen Jahren dem chilenischen Konsul in London mehrere Millionen Dollar geraubt zu haben. Die Verhöre, zu denen er aus seinem Verlies herausgeholt wurde, bezogen sich denn auch nicht auf etwaige Vorwürfe, die ihm gemacht wurden, sondern alleine auf Vorgänge im Zusammenhang mit den Prozessen, in denen er verteidigte. Montealegre war zum Zeitpunkt unserer Abreise in Tres Alamos noch inhaftiert.

Frage: Ist es den Angehörigen unter diesen Umständen überhaupt möglich, etwas zugunsten der Verschollenen zu unternehmen? Haben Sie mit Verwandten oder Freunden von Widerstandskämpfern gesprochen?

J. Schwammborn: In allen Fällen der verschwundenen Personen wurden von den Angehörigen sogenannte „recurso de amparo“ eingeleitet. Dies sind Anträge auf Einleitung von Verfahren nach habeas corpus, also Verfahren, in denen man sich auf das Recht beruft, daß ein Verhafteter nach Ablauf einer bestimmten Zeit einem Haftrichter vorgeführt und daß ihm mitgeteilt wird, aufgrund welchen Vorwurfs seine Verhaftung vorgenommen worden ist. Doch in allen Fällen der verschwundenen Personen sind diese „recurso de amparo“ abgelehnt worden mit der Begründung, eine Verhaftung habe nicht stattgefunden, die Gefangenen befänden sich seit Jahren im Ausland oder seien tot.

Zeichen mutigen Widerstandes

Unser Besuch hat den im Widerstand tätigen Personen, wie wir feststellen konnten, sehr starken Auftrieb verliehen; jeder betrachtete es als ein sehr wichtiges Ereignis, daß die Weltöffentlichkeit in dieser Form an den Ereignissen in Chile teilnimmt.

Für uns war es sehr beeindruckend und ein großes Erlebnis, die Tapferkeit der Angehörigen der Widerstandskämpfer, die ja auch zum Widerstand zu zählen sind, zu erleben. So hat beispielsweise die Frau von José Weibel, nachdem sie von einer Behörde zur anderen gelaufen war und man die Verhaftung überall bestritten hatte, obwohl sie selbst ja Zeuge der Verhaftung gewesen war, das Gespräch mit dem Justizminister — der die Verhaftung ebenfalls bestritt — mit dem Satz beendet:

„Lieber bin ich die Witwe eines Helden, als daß ich mit einem solchen Feigling wie mit Ihnen verheiratet wäre.“

Angesichts der starken persönlichen Gefährdung fordert auch das einen sehr großen Mut. Z.B. haben wir Kinder von Widerstandskämpfern kennengelernt, die bereits im Alter von 14 Jahren bereits so eng mit dem Widerstandskampf verbunden waren und mitarbeiteten, daß man ihnen ganz offensichtlich jede politische Aufgabe anvertrauen konnte. Der Mut und der persönliche Einsatz der betroffenen Personen hat uns jedenfalls die Gewißheit vermittelt, daß der Widerstand in Chile ungebrochen ist und sich ständig verbreitert.

Frage: Fanden Sie auch Gelegenheit, politische Gefangene oder nichtinhaftierte Persönlichkeiten aus oppositionellen Kreisen in Chile zu sprechen?

J. Schwammborn: Wir hatten aus Zeitgründen keine Gelegenheit, selbst mit politischen Gefangenen zu sprechen.

Aber die Delegationsteilnehmer aus Belgien, Italien und Frankreich haben diese Aufgabe wahrgenommen und das Lager Tres Alamos besucht, mit Luis Corvalan und den anderen Mitgefangenen, mit dem inhaftierten Rechtsanwalt Montealegre gesprochen sowie mit dem dort ebenfalls inhaftierten Rechtsanwalt Faudich Castillo.

Wir führten insbesondere eine ganze Reihe von Gesprächen mit ehemaligen Politikern der Allende-Regierung aber auch mit Angehörigen der Christdemokraten, die in Opposition zur Regierung Allende standen.

Dabei konnten wir auch eine ganze Reihe von sehr interessanten Kenntnissen über die aktuelle Situation und derzeitige Repression in Erfahrung bringen.

Wir hatten u. a. ein sehr ausführliches Gespräch mit dem früheren Fischereiminister, Alberto Cueller; mit einem Minister, der früher der rechten Sozialdemokratie angehörte; sodann mit Prof. Maximo Pacheco, dem früheren Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Chile, Erziehungsminister und früheren chilenischen Botschafter in Moskau, der Christdemokrat ist und uns die Situation in der Wissenschaft und an den chilenischen Universitäten geschildert hat.



Familienbild mit Lücken: der Mann, Vater dieser Kinder, ist nun seit zwei Jahren von ihnen getrennt: Stadion Chile, KZ Tres Alamos, KZ Puchuncavi . . . Der Schwiegersohn wurde, von Kugeln zerfetzt, in einem Erdloch aufgefunden.

Wir haben ferner ein sehr interessantes und sehr umfangreiches Gespräch geführt mit Professor Eugenio Velasco Letelier, dem ehemaligen Dekan der juristischen Fakultät der Universität von Chile.

Bedeutende Rolle des katholischen Vikariats. . .

Frage: Das von der Junta verbotene evangelische Komitee für den Frieden in Chile, das von Bischof Frenz bis zu seiner Ausweisung geleitet wurde, spielte eine wichtige Rolle bei der Suche, Betreuung und Verteidigung politischer Gefangener. Ist das von Ihnen genannte katholische Vikariat eine vergleichbare Organisation?

J. Schwammborn: Die Arbeit der sogenannten Vicaria de la Solidaridad der Katholischen Kirche ist in der Tat bewundernswert, ja das Vikariat stellt heute das Sammelbecken und den Stützpunkt für alle von der Junta Verfolgten dar. Hier treffen sich die Angehörigen der Verhafteten, der Verschwundenen. Hier werden Informationen ausgetauscht, Listen geführt über Verhaftete, über Verschwundene, über Leute, die Visa benötigen, über Folterungen, hier werden Fallbeschreibungen gesammelt, hier können Anwälte ihre Beweismittel für die Prozesse lagern — kurzum das Vikariat ist der Stützpunkt der Opposition.

Das Vikariat hat praktisch in vollem Umfang die Arbeit des früheren Komitees für die Zusammenarbeit für den Frieden übernommen, ist jedoch wie vormals das Komitee ständig von der Schließung bedroht.

Wir haben auch ein Gespräch mit dem Stellvertreter des Kardinals von Santiago, Bischof Valech, geführt, der ebenfalls bestätigte, daß die Kirche mit großer Sorge die neuerliche Repressionswelle beobachtet und der ankündigte, daß die Kirche nach Abschluß der OAS-Konferenz eine offizielle Verlautbarung zu dieser Problematik abgeben wird.

. . . und breiteste Zusammenarbeit gegen die Junta

Frage: Wie schätzen Sie im nachhinein die Ergebnisse Ihrer Reise ein? Stehen sie in Einklang mit den Ermittlungen der UN-Menschenrechtskommission und der Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile?

J. Schwammborn: Zusammenfassend kann man sagen, daß der Widerstand gegen die Junta steht, die Organisationen des Widerstandes in Takt sind, daß die Personen, die im Widerstand arbeiten, mit sehr großen Einsatz, persönlichem Mut an der Arbeit sind. Wir gewannen den Eindruck, daß der Widerstand ungebrochen ist und sich ständig verbreitert und heute selbst von den konservativsten Christdemokraten bis hin zu den Kommunisten, von den höchsten sozialen Schichten bis zu den niedersten sozialen Schichten eine ausgezeichnete Zusammenarbeit gegen die Junta stattfindet. Man kann davon ausgehen, daß es wirklich nur noch wenige, sozusagen Kriegsgewinnler aus den Reihen der Christdemokraten sind, die mit der Junta zusammenarbeiten.

Es ist, wie uns speziell die chilenischen Anwälte versicherten, von außerordentlicher Bedeutung, daß vom Ausland alles unternommen wird, um die Tatsache des innerchilenischen Widerstandes in Chile bekannt zu machen, was eben vom Land selbst aus nur sehr schwer möglich ist.

Unsere Untersuchungen haben die Ermittlungen der UN-Menschenrechtskommission vollauf bestätigt. Und obwohl die Reise sehr aufwendig war, würde ich sagen, daß sie sich absolut gelohnt hat; und zwar schon deshalb, weil sie den dort arbeitenden Widerstandskämpfern einen starken Auftrieb geben konnte, wie ich bereits erwähnte. Positiv war die Reise schließlich auch deshalb, weil sich die konkreten Einzelinformationen aus erster Hand doch — auch hinsichtlich des Presseechos — als sehr wertvoll erwiesen und eben für die Verbreitung der Wahrheit für Chile sehr wichtig sind.

Im Rahmen der PDI-Schriftenreihe **UNTERRICHTSEINHEITEN / ARBEITSHEFTE FÜR DIE JUGENDBILDUNGSARBEIT** erschien:

Andreas Müller / Hans Müller / Werner Nutt / Peter Rath:

CHILE

Heft 2

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Rainer Kabel

INHALT: Didaktische und methodische Hinweise zur Unterrichts- / Seminarorganisation / Literatur und Medien / Begriffserklärungen / Chronik / Lernziele mit Begründung und-Eingrenzung

Unterrichts- / Seminarabschnitte:

- (1) GEOGRAPHIE UND GESCHICHTE CHILES (Überblick — geographische Daten — Agrarordnung und Landwirtschaft — Industrialisierung und wirtschaftliche Machtkonzentration — Einfluß der US-Konzerne — Lebensverhältnisse — Informationen zur Wirtschaftsgeschichte und zur Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung — Unabhängigkeitskampf im 19. Jahrhundert — Schaltjahre der chilenischen Politik — Die Periode Frei)
- (2) DIE REGIERUNG ALLENDE (Chronik zu drei Jahren UP-Politik — Die Parteien und Ziele der Unidad Popular — Regierungsprogramm und Erstmaßnahmen — Was die UP-Regierung vorfand — Berichte und Zwischenbilanzen zur Politik der UP)
- (3) VOM BOYKOTT ZUM PUTSCH (Wie Allende gestürzt werden sollte — Die Rolle von CIA und ITT — Mit Mord und Terror gegen die gewählte Regierung — Das programmierte Chaos — Allende schoß bis zuletzt mit — Ausländische Putschhelfer)
- (4) LEHREN AUS CHILE (Chile nach dem Putsch: Die Politik der Junta und die Lage der Bevölkerung — Wirtschaftliche Reaktionen auf den Putsch — Erstaunliche Gemeinsamkeiten — Welche Fehler wurden gemacht? — Die UP und die wichtigsten Aufgaben des chilenischen Volkes — Der Putsch in Chile: Vorbild oder Warnung für die Bundesrepublik? Berichterstattung der Rechts-Presse in der BRD — Sympathie für die Junta — Ist die Bundeswehr zuverlässig demokratisch?)

Ferner: Quellentexte, Schaubilder, Comic, Chroniken, Karikaturen und Materialien, die traditionelle Schul- und Geschichtsbücher verschweigen.

128 Seiten, 4,80 DM + Versandkosten (1,- DM)

In Vorbereitung:

VON DER HAUPTSCHULE ZUR ARBEITSWELT (Zur Lage der Schulabgänger) / MENSCHENRECHTE / DIE ÄRA ADENAUER / GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG / USA / SPIELPLÄTZE / ARBEIT UND HERRSCHAFT (Urgesellschaft, Antike, Feudalismus, Frühkapitalismus) / OBdachlosigkeit / DIE URSACHEN DES I. WELTKRIEGES u.a.

Bestellung und Informationen:

PRESEDIENST DEMOKRATISCHE INITIATIVE
4600 Dortmund 12, Postfach 120 143

PDI

Schreiben chilenischer Anwälte an die Außenminister der OAS-Konferenz in Santiago de Chile

Herr Minister!

Wir, die Unterzeichnenden dieses Entwurfes, sind eine Gruppe von Anwälten, die in Chile leben und dort ihren Beruf ausüben.

Wir verfolgen mit Interesse und Beklemmung die weltweite Debatte über das Problem der Menschenrechte. Wir schließen uns vollkommen der universellen Erklärung der Vereinten Nationen an und sind bereit, dafür zu kämpfen, daß sie in allen Ländern der Welt Wirklichkeit wird. Infolgedessen sind wir kategorisch dagegen, daß man unter dem Vorwand gegebener Tatbestände, seien sie doktrinäer, Regierungs- oder parteilicher Art, die Menschenrechte im weitesten Sinne der oben erwähnten Erklärung außer Kraft setzt.

Maßstab: Strenge der Wahrheit

Wir beobachten, daß in Bezug auf Chile, die Debatte so vor die Weltmeinung gestellt wird, als ob sie lediglich zwischen zwei Kontaktleuten geführt würde: einerseits, die im Ausland lebenden ehemaligen Chilenen, Anhänger der Regierung des Herrn Salvador Allende, die in direkter Weise unter bestimmten repressiven Maßnahmen leiden; andererseits, die Chilenen, die im Lande leben und die die Existenz jedweden Problems bezüglich der Menschenrechte leugnen.



Solche Gegebenheiten sind unserer Meinung nach lediglich ein Teil der Wirklichkeit. Wir sind überzeugt, daß eine riesige Mehrheit der Bürger im Inneren des Landes die Lage tief und besser als sonst jemand kennt und konkret, objektiv und unanfechtbar Zeugnis über das Problem ablegen kann.

Die Unterzeichnenden glauben sich dieser letztgenannten Gruppe zugehörig. Wegen unserer beruflichen Erfahrung sind wir in der Lage, diese Zeugenaussage zu machen. Nicht aus irgendwelchen persönlichen Gründen, sondern weil wir das Gesetz kennen, weil wir vor den Gerichten stehen, weil wir in Kontakt mit den administrativen und politischen Instanzen stehen, weil wir an den sozialen und juristischen Beistandsaufgaben der Kirchen teilnehmen und besonders, weil wir täglich mit einer großen Anzahl konkreter Fälle in Berührung kommen.

Anläßlich der VI. Tagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Santiago, haben wir geglaubt, daß wir nicht schweigen sollten.

Wir unterstützen dabei keine vom Ausland geführte Kam-

pagne und wir verfolgen auch keine gegen die Regierung gerichteten politischen Interessen. Sowohl die Regierung Chiles als auch diese Kampagne müssen sich der Strenge der Wahrheit unterziehen. Wenn man die systematische und breite Verletzung der Menschenrechte feststellt, dann soll sich die Regierung Chiles dafür verantworten. Wenn aber im Gegenteil, eine solche Verletzung nicht gegeben ist, fällt die Verantwortung für solche Behauptungen auf diejenigen, die sie aufgestellt haben. Aber dies erfordert eine freie und breite Untersuchung mit dem Recht der angeklagten Regierung auf eine angemessene Verteidigung und mit der Pflicht ihrerseits, den unmenschlichen Praktiken ein Ende zu setzen, sollten sie bewiesen werden.

Das vorliegende Dokument ist kein Untergrund-Dokument. Es ist öffentlich. Wir möchten, daß im Rahmen der OAS-Tagung die chilenischen Vertreter die hier enthaltenen Kritiken und Anklagen beantworten. Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt und erwarten, daß jedermann seine eigene Verantwortung übernimmt.

1. Der Belagerungszustand als dauerhafte und systematische Lage

Seit dem 11. September (1973, d. Red.) lebt das Land unter Belagerungszustand und als Notstandsgebiet. Bis zum 11. September 1975 herrschte auch noch das Kriegsrecht. Solche Maßnahmen, die als Ausnahmen geplant waren und begrenzt werden sollten, werden systematisch beim Erreichen der verfassungsmäßigen Frist von 6 Monaten verlängert. Die Norm, die diese Frist auferlegt, wird somit de facto annulliert. Der Gesetzes-Erlaß Nr. 1281 vom 11. September 1975 wandelte den Belagerungszustand in ein Dauerregime um.

Im Einklang mit dem Grundgesetz soll der Belagerungszustand im Falle eines inneren Konfliktes erklärt werden; und die Exekutive kann den Belagerungszustand nicht gegen den Willen des Kongresses aufrechterhalten.

Aber heute übernimmt die Regierung all diese Obliegenheiten. Sie beschränkt sich auf die Verabschiedung von Gesetzeserlassen, um diese Maßnahme von Ausnahmecharakter in die Länge zu ziehen, und so entspricht das Land nicht der Normalität. Eine solche Situation widerspricht den wiederholten Erklärungen der Regierung, die besagen, daß im Lande eine vollkommene Ruhe herrsche.

Der Belagerungszustand wird durch eine repressive Politik entstellt. Dazu ist folgendes festzustellen:

- a) Es besteht heute keine Situation eines inneren Konfliktes mehr und jene Erklärungen, die dies dennoch wiederholen, stellen in der Tat einen Machtmißbrauch dar.
- b) Der Belagerungszustand gibt der Exekutive lediglich das Recht, Personen zu transportieren oder an Plätzen festzuhalten, die keine Gefängnisse sind. Aber heutzutage verhaftet man Menschen in so großer Zahl, daß Gefangenenlager aufgebaut werden müssen, in denen die Sicherheitsorgane die Gefangenen für absolut willkürliche Zeiten in Isolationshaft behalten. Sie verhören sie in illegaler Weise, sie zwingen sie zu einem Gefangenendasein, oder sperren sie an der Bevölkerung und oftmals sogar höheren Autoritäten vollkommen unbekanntem Orten ein.
- c) Der Belagerungszustand ist vorgesehen zur präventiven Vermeidung von Taten gegen die Sicherheit des Staates, aber er kann unter keinen Umständen als Strafaffe, als Ersatz für die Justizgerichte gebraucht werden. Dennoch ist dies leider die tatsächliche Zielsetzung bei einer großen

Anzahl von Verhaftungen auf der Grundlage dieses Belagerungszustandes.

So ist es im Falle des Juristen, Herrn Herna Montealegre geschehen, der in illegaler Weise verhaftet wurde, denn es wurde ihm keinerlei Erlaß höchster Instanzen vorgelegt; ohne irgendeine politische Tätigkeit ausgeübt zu haben, ohne Mitglied irgendeiner Partei gewesen zu sein, ohne daß man ihm das Motiv seiner Verhaftung erläutert hätte. Verhaftet wurde er allein wegen der Tatsache, daß er die Verteidigung von Angeklagten vor dem Kriegsgericht übernommen hatte.



Loaliza Mancilla wurden von DINA-Folterern Hammer und Sichel in die Haut eingegraben

d) Im Geiste der Verfassung bedeuten die Rechte, die durch den Belagerungszustand eingeräumt werden, keineswegs eine Vollmacht zu massiven Verhaftungen von Bürgern; einem Phänomen, das in anderen Ländern als eine ständige und dauerhafte Säuberung bezeichnet wird. Was in Chile heute geschieht, ist aber so.

Heute geht es nicht darum, daß es aufgrund des 11. Septembers notwendig geworden wäre, solche Maßnahmen für eine bedeutende Menge gefährlicher Personen zu ergreifen, eine Menge, die heute im Abnehmen begriffen wäre. Es sind schon 3 Jahre vergangen, und der Prozeß der Verhaftungen wird fortgesetzt. Jetzt werden solche als gefährlich verhaftet, die es während dieser ganzen Zeit nicht gewesen sind: Eltern anderer Inhaftierter, Unzufriedene, Mitglieder von Parteien, die der Unidad Popular fremd waren, solche die nur verhaltene minimale Kritik üben oder innerhalb sozialer Einrichtungen arbeiten, in den Universitäten, in den Gewerkschaften usw. Die Verhafteten gehen ununterbrochen in den Gefängnissen ein und aus. Es gibt keine beständige Zahl. In dieser Weise ist der Begriff des Belagerungszustandes im vorher erwähnten Sinne entstellt worden.

2. Die Umwandlung der Geheimdienste in eine geheime, verantwortungslose und allmächtige Polizei

Niemand zweifelt daran, daß die innere Sicherheit der Nationen einen geheimen Dienst benötigen — wegen der komplexen Probleme der Gegenwart. Aber niemand zweifelt auch daran, daß die finstere Geschichte der geheimen Polizeien, die sich im Schatten totalitärer Staaten der Gegenwart entwickelt haben, nicht weiter bestehen kann, ohne daß die Menschheit zu einem neuen Primitivismus geführt wird.

Solche Folgeerscheinungen können in unserem Land festgestellt werden. Die Sicherheitsorgane begannen, sich Obliegenheiten anzumaßen, die nicht mehr der Information dienen, sondern die zum Zwecke außergesetzlicher Untersuchungen und sogar zur Bestimmung der Schicksale der Menschen angestellt werden — und das seit dem Beginn der jetzigen Regierung. Später wurden die Geheimdienste unter dem Namen Nationale Sicherheitsdirektion (DINA) zusammengefaßt.

Die Etablierung dieser neuen Macht wurde lediglich durch den Gesetzerlaß Nr. 521 vom 14. Juni 1974 bekanntgegeben. Dort wird festgestellt, daß die Aufgabe der DINA in der Informationsbeschaffung zum Zwecke der Aufnahme von Vorsichtsmaßnahmen für die nationale Sicherheit und die Entwicklung des Landes besteht.

Die Organisationsstruktur der DINA soll sich nach einem Reglement richten, das niemand in Chile kennt. Das Personal besteht aus Angehörigen der Streitkräfte, aber die DINA kann ebenfalls Individuen, die den Streitkräften nicht angehören, aufnehmen — durch höchsten Erlaß und ratifiziert durch das Finanzministerium. Niemals wurden diese höchsten Erlasse einem einzelnen bekannt, aber ein zahlreiches ziviles Personal arbeitet für die DINA und niemandem, der mit ihr zu tun hatte, ist es entgangen, daß es rekrutiert wird aus der strafrechtlich, kulturell und moralisch niedrigsten Schicht des Landes.

Der Haushalt der DINA soll in grobem Umfang, im Rahmen des Nationalen Haushaltes debattiert werden. Die Wahrheit ist, daß niemand etwas darüber weiß und daß es niemand wagt, darüber Nachforschungen anzustellen. Der Gesetzerlaß Nr. 521, als logische Folge dieser anormalen Institution in einem Rechtsstaat, führt zu einer juristischen Abenation; nämlich daß 3 Artikel dieses Gesetztextes nichtöffentlichen Charakter tragen (bezüglich einzelner transitorischer Artikel). Die Bürger fallen also unter Verfügungen, die sie nicht kennen. Diese Tatsache, juristisch völlig unhaltbar, wurde niemals dem Präsidenten der Republik, weder von der Justizgewalt noch von der Anwaltskammer, zur Kenntnis gebracht.

Die DINA: eigenmächtig und nur Pinochet unterstellt

Die DINA untersteht ausschließlich der Militärjunta und heutzutage — faktisch — dem Präsidenten der Republik. Ihre Entscheidungen werden nicht vom Innenministerium kontrolliert, sondern ihm nur im nachhinein und mit großem zeitlichen Abstand mitgeteilt.

Den Mitgliedern der DINA ist es untersagt, vor Gerichten auszusagen, auch wenn sie bestellt werden. Dies gilt für die wiederholten Aussagen des Direktors dieser Behörde vor den Richtern oder militärischen Staatsanwälten, und ebenfalls vor den Gerichtshöfen, wobei er sich auf einen Befehl des Präsidenten der Republik bezieht.

Die strafrechtlichen Prozesse, die wegen Mord, Entführung, Verschwinden, Vergewaltigung usw. nach Fällen von Verhaftungen durch Mitglieder der DINA begangen oder veranlaßt werden, enden immer mit einem Nichtbefassen der Angelegenheit, weil die Richter nie das Erscheinen von Funk-

tionären dieser Behörde erreichen.

Die Regierung ihrerseits gibt alle Untersuchungen für abgeschlossen aus, sobald sie den entsprechenden Bericht der DINA erhält, worin diese leugnet, die ermordete, verschollene, entführte oder vergewaltigte Person verhaftet zu haben. Schließlich begnügen sich die Appellationsgerichte und der Oberste Gerichtshof immer mit dem Bericht des Innenministeriums, verfaßt auf der Grundlage der Aussagen der DINA, und so endet jede Klage, jede Sorge, jede Tragödie in der Welt des absoluten Schweigens und der heimlichen Trauer der betroffenen Familien.

Die Presse des Landes berichtet nichts darüber, mit Ausnahme von sehr außergewöhnlichen Fällen, und die Feindseligkeit der Zensurbehörden gegenüber einigen Massenmedien basiert größtenteils darauf, daß sie sich erlaubt haben, diese Norm zu überschreiten.

Es ist außerdem notwendig hinzuzufügen, daß die DINA — entsprechend dem eigenen Entstehungserlaß — nicht die Eigenschaft besitzt, von sich aus tätig werden zu können, sondern nur auf Anweisung der Justiz oder durch einen höchsten Erlaß des Innenministeriums. Dennoch handelt sie gewöhnlich ohne diese Vorbedingungen. Sie hat faktisch eine juristisch anormale Situation geschaffen, die nicht einmal die Regierung selbst — wie wir es später sehen werden — zu regeln in der Lage gewesen ist.

3. Die unmittelbaren Folgen des beschriebenen Systems

Unsere Erfahrung als Verteidiger führt uns in der heftigsten Weise dazu, eine Reihe von Fakten, die wir tagtäglich feststellen und die dem Geist der universell von den Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechte zuwiderlaufen, zu bezeugen.

Hier eine sehr kurze Zusammenfassung dieser Fakten: Die Verfassung, die Gesetze, die Rechtswissenschaft und die Gesetzeskommentatoren Chiles stellen eindeutig fest, daß die Verhaftungen im Belagerungszustand nach bestimmten Kriterien zu geschehen haben, unter denen sich die Herausgabe eines höchsten Erlasses, unterschrieben vom Herrn Innenminister, befindet. Wenn dies nicht geschehen sollte, kann die Festnahme durch den „recurso de amparo“ oder nach habeas corpus¹ angegangen werden.

Solche Formalitäten wurden praktisch während einer langen Periode nach dem 11. September 1973 nicht mehr eingehalten. Dennoch wurden die „proceso de amparo“² von den Gerichten ohne andere Argumente als den Hinweis auf den bestehenden Belagerungszustand abgelehnt.

Die Regierung selbst mußte, wegen der Häufigkeit der Mißbräuche den Gesetzerlaß Nr. 228 vom 24.12.1973 verfügen, in dem sie den richtigen juristischen Standpunkt ratifizierte und dabei die Erfüllung der Formalitäten verlangte. Leider sprach sie in dem zweiten Artikel — die Kompetenz der Justiz mißachtend — all jene frei von Schuld, die sich gesetzeswidrig verhalten hatten, wodurch das Tor weit geöffnet wurde für eine Weiterbestehung der Situation. Denn in der Tat werden die Verhaftungen weiterhin von der DINA vorgenommen, ohne Interventionen des Innenministeriums, d. h. ohne höchsten Erlaß im Namen der Regierungsjunta. Diese Praxis wird im nachhinein durch dieses Ministerium ratifiziert, womit das Schicksal des Verhafteten besiegelt und die Justiz gelähmt wird.

Das System illegaler Verhaftungen von Bürgern führte — was natürlich ist — zu der Illegalität der Dauer und Form der Verhaftungen. Drei sehr gravierende Umstände müssen erwähnt werden:

Erstens wird die Haftzeit in den Händen der Sicherheitskräfte unbegrenzt und willkürlich gehandhabt.

Zweitens wird die Benutzung von Maßnahmen, die die Verhaftung verschlimmern, wie z. B. die illegale und unbegrenzte Isolierung zur Gewohnheit.

Drittens wird das außergerichtliche Verhör — verfas-

sungswidrig und auf der Grundlage von Nötigung — zu einem wesentlichen Bestandteil des Systems.

Die „Milderungen“ der Regierung blieben tote Buchstaben

Die Regierung — noch einmal vor eine Lawine von Mißbräuchen gestellt — versuchte eine formell abschwächende Maßnahme.

Sie verabschiedete in der Tat die Gesetzerlasse Nr. 1008 und Nr. 1009, mit denen sie die Haftbedingungen milderte und den Familien der Inhaftierten größere Garantien einräumte. Man bestimmte, daß die zur Verhaftung befugten Autoritäten jene aufgrund der inneren Sicherheit verhafteten Personen innerhalb von 5 Tagen auf freien Fuß zu setzen oder den Gerichten oder dem Innenministerium vorzustellen hätten und außerdem die Familie von der Verhaftung innerhalb von 48 Stunden benachrichtigen müßten. Ebenfalls — auch dies ist eine seltsame Gedankenverbindung — wurde die Strafandrohung erneuert für alle, die illegale Zwangsmittel gegen Inhaftierte anwenden.

Leider sind auch diese Bestimmungen tote Buchstaben geblieben.

Die Verhaftungen geschehen weiterhin ohne höchsten Erlaß oder Unterschrift des Innenministeriums. Die Familien werden in zahlreichen Fällen keineswegs benachrichtigt. Die Betroffenen verbleiben mehr als fünf Tage in Haft, ohne daß ihr Fall durch die im Gesetzerlaß erwähnten Autoritäten entschieden würde.

Außerdem muß man hinzufügen, daß diese Frist ein Bruch der von der Verfassung vorgesehenen Frist von 48 Stunden ist, innerhalb derer die ermächtigten Autoritäten die verhaftete Person dem Richter vorzuführen hätten.

Mehr noch: dies bedeutet, daß die DINA während der fünf Tage einen Bürger verhaften kann, obwohl sie formell — wie gesagt — dazu von sich aus nicht ermächtigt ist. Der Gesetzerlaß Nr. 1009 wäre, falls er Anwendung fände, eine Verbesserung der Lage der Verhafteten, aber er ist kein Fortschritt bezüglich der geltenden Gesetze Chiles, sondern lediglich gegenüber den geheimen Praktiken der DINA. Diese Behörde wird darüber hinaus insgeheim zum wahren Verwalter des Belagerungszustandes, denn das Innenministerium meldet sich bestenfalls erst fünf Tage nach der Verhaftung — und zwar, um dann zuzustimmen, daß diese Obliegenheit, die ihm die Verfassung und das Gesetz in ausschließlicher Weise zugestehen, von jemand anderem ausgeübt wird.

Letztlich geschehen die Verhaftungen einfach so, daß zivilgekleidete Männer, bewaffnet, die Bürger in ihren Wohnungen oder auf der Straße verhaften, ohne Spuren zu hinterlassen. Es gibt keinerlei Belege ihrer Handlungen. Das Innenministerium kennt die Vorfälle nicht. Die DINA leugnet sie. Aber eine große Anzahl von Personen ist aus ihren Heimen verschwunden, nachdem bewaffnete Männer sie dort verhafteten.

Die Sicherheitsdienste haben diese Entführungen nicht als die Tat subversiver extremistischer Banden registriert, und das Ganze wird durch eine Erklärung im nachhinein gedeckt: Diese Handlungen geschähen planmäßig, um auf die Meinung der in Santiago versammelten Außenminister einzuwirken.³

4. Weitere äußerst gravierende Folgen des beschriebenen Systems

a) Geheime Haftlager

Die Verfassung besagt, daß die aufgrund des Belagerungszustandes Verhafteten an einem Ort behalten werden sollten, der weder ein Gefängnis noch seine eigene Wohnung ist. Darunter hat man immer verstanden, daß dies keineswegs bedeutet, daß dieser Platz minderwertiger als ein Gefängnis oder Gemeinschaftshaft sein soll.

Dennoch ist die Wirklichkeit in Chile sehr unterschiedlich. Es



KZ Puchuncavi nahe Valparaiso mit 4000 Gefangenen

gibt bekannte Haftplätze, die heute auf Tres Alamos, Cuatro Alamos und Puchuncavi (Regierungserlaß Nr. 187) reduziert sind. Dazu muß man sagen, daß Cuatro Alamos — bis vor wenigen Monaten nie erwähnt — für Menschen bestimmt ist, die in vollkommener Isolierung gehalten und einer unbekanntem Prozedur für eine Dauer, die ausschließlich von der DINA bestimmt wird, unterworfen werden. Das ist nicht alles. Dieselbe Behörde unterhielt und unterhält eine enorme Anzahl geheimer Haftplätze, deren Namen in internationalen Berichten erwähnt wurden, ohne daß die chilenische Regierung sie dementiert hätte. Im Gegenteil hat sie sie in einigen Fällen sogar zugegeben, wie zum Beispiel das Haus in Santiago, Straße Lonches Nr. 38, wo eine Besichtigung der Kommission der OAS nicht zugelassen wurde und das seitdem geschlossen ist.

Es gibt außerdem als geheimen Haftort die sogenannte Villa Grimaldi in der Avenida José Arrieta, in Santiago, wo systematisch viele Gefangene gehalten wurden, bevor eine Intervention des Innenministeriums oder irgendeiner sonstigen Autorität stattfand.

Diese Behauptung wird durch zwei unmittelbare Argumente bekräftigt:

Erstens müßte die Regierung selbst den Regierungserlaß Nr. 187 verabschieden, indem die Haftlager auf vier begrenzt werden und dem Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und dem Justizminister die Erlaubnis erteilt wird, sie auf Wunsch zu besichtigen und andere Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben und die Gesundheit der Inhaftierten zu sichern.

Zweitens bestätigten danach durchgeführte Besichtigungen durch diese hohen Funktionäre — auf der Grundlage jener Ermächtigung — in öffentlichen Kommuniqués, daß die Villa Grimaldi zum Zweck des Verhörs von Gefangenen gebraucht wurde. Mindestens ein Gefangener wurde vom Minister selbst gesehen und vor ihm verhört.

Man muß noch darauf hinweisen, daß trotz solcher Besichtigungen (welche im übrigen einen großen Fortschritt dar-

stellen), die Bedingungen in Cuatro Alamos keinerlei Veränderungen erfahren haben und die Aktivität der Villa Grimaldi weiter besteht.

b) Folterungen

Eine beeindruckende Anzahl von Zeugen erlaubt die fundierte Behauptung, daß in Chile Folterungen praktiziert werden — an geheimen Orten und auch in Cuatro Alamos. Diese Möglichkeit wird außerdem mächtig bestärkt durch die Art von Personal, das die DINA hat, durch die Bedingungen völliger Schutzlosigkeit der Gefangenen, durch die Abwesenheit von juristischen Magistraten, die die Fälle kennen, durch die Ignoranz, in die sich das Innenministerium hüllt, durch die Isolierungspraxis, durch die illegalen Bedingungen der Verhaftungen, durch den Mangel an Prozessen gegen Folterer und an deren öffentlicher Bestrafung, durch die juristische Verantwortungslosigkeit, die dem DINA-Personal erteilt wird usw.

Wir glauben, daß ein Besuch dieser Haftlager genügen würde, um festzustellen, wie in zahlreichen Fällen die Verhafteten die Spuren dieser Behandlung am eigenen Körper aufweisen.

c) Verschwinden von Personen

Eine ebenfalls beeindruckende Anzahl von Zeugen sowie jede Menge juristische Beweise erlauben die Schlußfolgerung, daß eine große Anzahl von Personen, die von militärischen Einheiten oder von der DINA verhaftet wurden, danach verschwunden sind.

Es gibt verschiedene Fälle absoluter Sicherheit über eine andere Art von nicht den Feinden (des Regimes, d.Red.) anlastbarer Schuld für ihren gewaltsamen Tod (wie es geschah mit Lumi Videla); es gibt andere Fälle, wo die Verhaftung vor Mitgliedern der Familie geschah, oder mit Zeugen während der Verhaftung an geheimen Orten usw.

Die ganze Welt wurde hellhörig, als in der argentinischen und

brasilianischen Presse Meldungen über den Tod oder das Verschwinden von 119 Chilenen bei Guerilla-Gefechten mit den Streitkräften auftauchten. Diese Nachricht war eine Fälschung. Es handelte sich in Wirklichkeit um junge Leute, die vorher durch chilenische Autoritäten oder ihre Vertreter verhaftet worden waren.

Die Verhaftungsmethode war illegal, die Haftorte wurden niemals den Familien bekannt gemacht. Die Gesuche um Bekanntgabe der Haftorte ernteten lediglich Ablehnungen. Die offizielle Untersuchung des Innenministeriums lehnte sich strikt an den Bericht der DINA an, d. h. derjenigen Stellen, die strafrechtlich für die illegale Verhaftung und moralisch für das Leben dieser Personen verantwortlich waren. Das Problem besteht bis heute in ihrer Aufrichtigkeit, denn bislang hat die Regierung von Chile, trotz offiziellen Versprechungen weder eine Erklärung noch eine Zusage, noch Angaben über die angeordnete Untersuchung geliefert.

Heute ist die Zahl der verschwundenen Personen viel höher. Die Justiz, vertreten durch den Obersten Gerichtshof, hat sich geweigert, einen Verantwortlichen (Minister en Visita) zu ernennen, der sich dieser und anderer Klagen wegen massiven Verschwindens von Personen annehmen soll. An der Gegenwart gibt es ernsthafte Studien über dieses Problem, die der Regierung zur endgültigen Klärung vorgelegt werden.

d) Die offizielle Antwort der Regierung auf die erwähnten Klagepunkte

Die Länder Amerikas und der Welt kennen schon die Argumente der Regierung Chiles zugunsten der These, daß auf unserem Territorium die öffentlichen Organe die entsprechenden Garantien für die Rechte der Bürger achteten.

Das erste Argument ist der Hinweis auf die Bedingungen, unter denen das Land während der vorherigen Regierung gelebt hat.

Wir sagten schon, daß die Unterzeichner dieses Dokuments, Gegner jener Regierung gewesen sind. Deshalb können wir annehmen, daß diese Argumentation dazu dient, das heutige Geschehen im Lande nicht zu untersuchen.

Das zweite Argument besagt, daß andere Länder die Menschenrechte verletzt und daher keinerlei Recht hätten, gegen Chile zu protestieren.

Wir meinen, daß auch dieses ein fadenscheiniges Argument ist. Kein Fehler anderer erlaubt Chile, diese Grundrechte zu verletzen. Das Land soll die Ankunft von Untersuchungskommissionen erlauben, eben um sich von denjenigen, die es zu Unrecht kritisieren sollten, zu unterscheiden.

Das dritte Argument lautet, daß die Anklage gegen Chile eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten darstelle und daß daher das Prinzip der Nichteinmischung verletzt werde. Diese Überlegung ist ebenfalls nicht statthaft. Die internationalen Organisationen von Weltcharakter wie die Vereinten Nationen oder von regionalem Charakter wie die OAS müssen sowohl das Prinzip der Nichteinmischung wie die Respektierung der Menschenrechte beachten. Diese widersprechen sich nicht, sondern ergänzen sich.

Die Menschenrechtsfrage und die UNO

Das vierte Argument führt an, daß die Berichte auf der Basis von außerhalb Chiles erlangten Zeugenaussagen verfaßt seien. Dieses Argument muß abgelehnt werden. Die chilenische Regierung verweigerte einer von dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen entsandten Gruppe die Einreise. Wie sollte sie dann Zeugen in Chile vernehmen?

Die chilenische Regierung übt außerdem eine strenge Überwachung — und sie läßt sogar Repressalien zu — über Personen aus, die Kontakt mit ausländischen Beobachtern haben — wie im Fall des Anwalts José Zalaquett, der verhaftet und ausgewiesen wurden, nachdem er mit drei Mitgliedern des Kongresses der Vereinigten Staaten in Kontakt gekommen war. Die Erklärung, die der Botschafter Chiles vor der OAS darüber abgab, ist eine andere als die, die

die Regierung innerhalb Chiles abgab. Selbst in diesen Augenblicken konnten die chilenischen Delegierten, bei einer Unterredung mit Mitgliedern der designierten Gruppe der Vereinten Nationen, keinerlei konkrete Garantien für die Personen, die vor dieser Gruppe aussagen sollten, für den Fall abgeben, daß sie nach Chile kämen.

Das fünfte Argument besteht in der Verneinung der Echtheit der angeführten Klagepunkte.

Dennoch ist es unmöglich, die offizielle Stellungnahme der Regierung ausgehändigt zu bekommen, nachdem man ihre Antwort auf den Bericht der Gruppe der Vereinten Nationen gelesen hat. (Die jetzige Antwort auf den Bericht der OAS-Kommission ist in unserem Land unbekannt.)

Niemand, der die Lage kennt und eine Einschätzung der Dokumente vornehmen kann, wird zu dem Schluß kommen, daß die Regierung ihre These bewiesen hat. Im Gegenteil springen die Lücken, die Ungenauigkeiten, die bedeutungslosen Argumente und die erdrückende Existenz gegenteiliger Beweise ins Auge.

Für die mangelnde Beweiskraft ihrer Antwort genügt es, folgende ungläubliche Tatsache anzuführen:

Die Regierung Chiles führte in ihrem Anhangteil sieben eidesstattliche Erklärungen von Gefangenen an, die bei ihrer Freilassung aus dem Lager Cuatro Alamos vor einem Notar bezeugt hätten, daß sie korrekt behandelt wurden und daß der Hinweis auf Folterungen das Ergebnis einer internationalen Kampagne gegen Chile sei.

Aber schon eine Untersuchung dieser Dokumente beweist eindeutig, und so würde jedes Gericht urteilen, daß sie das Objekt einer ideologischen Fälschung wurden, um die Gefangenen zu der Aussage, die die Lagerautoritäten haben wollten, zu bringen. Der Versuch, dies vor dem Forum der Vereinten Nationen beweisen zu wollen, ist in der Tat ein Delikt. Dies ist ein Beweis mehr für unsere Behauptungen.

Die Justizgewalt und die Anwaltskammer Chiles

Es ist für uns peinlich, eine Analyse über das Verhalten der Justizgewalt und unserer Anwaltskammer im Lichte dieser Tatsachen anzufertigen.

Unter der Regierung Allende, und auch vorher, manifestierten beide eine annehmbare Tendenz, Unabhängigkeit gegenüber den politischen Interessen der Exekutivgewalt zu wahren. Es ist hinzuzufügen, daß während der Periode 1970—1973 die Gerichte eine besondere Eile zur Verteidigung der Bürgerrechte durch diese Verwaltung aufwiesen und sich sogar an öffentlichen Polemiken gegen den Präsidenten der Republik beteiligten, bei denen die Begriffe politischer Art ohne Umschweife zur Schau getragen wurden. Wir unterstützen diese Haltung. Aber heute geschieht nichts dergleichen.

Die Justizgerichte Chiles haben seit dem 11. September 1973 bis heute keinem Chilenen Schutz gewährt, dessen Verhaftung unter den vorher erwähnten Umständen geschah. Das Verfahren nach habeas corpus ist null und nichtig geworden in unserem Land vorbildlicher demokratischer Tradition.

Der Oberste Gerichtshof hat freiwillig auf sein Recht verzichtet, unter Mißachtung seiner eigenen Geschichte und der geltenden Gesetze die Klagen gegen grausame Urteile der Militärgerichte zu behandeln, und das ganz besonders während der ersten zwei Jahre der jetzigen Regierung.

Die Gerichte der Ersten Instanz sind — manchmal durch Mangel an Interesse oder aus Angst, manchmal wegen der außergerichtlichen, durch den geheimen Sicherheitsdienst verursachten Umstände — nicht weiter gegangen als Schnellgerichtsverfahren wegen Mordes, Entführung, Vergewaltigung usw. abweisend zu bescheiden. Meist besteht die einzig mögliche Haltung für die Richter und anderen Justizfunktionäre darin, sich für nicht kompetent zu erklären.

Sogar die Journalisten des Regimes scheinen das Recht zu genießen, die Bürger beleidigen und verleumden zu können. Nichts und niemand hält sie zurück. Nur sehr wenige Richter

haben ihre Ehre als solche behalten und sehen sich daher der Feindseligkeit der unterwürfigen Richter gegenüber.

Auch die Anwaltskammer hat ihre Pflichten nicht wahrgenommen. Eine Gruppe von Kollegen hat ihre Stellung in der Leitung der Kammer beibehalten unter Ausnutzung des Umstandes, daß die Regierung die Abhaltung von Versammlungen und die Durchführung von Wahlen verbeietet. Ihre Rolle hat sich darauf beschränkt, die Regierung zu unterstützen, sogar bei Problemen, die sich ihrer Kompetenz entziehen. Die Verteidigung der verfolgten Kollegen ist immer lau, ängstlich und manchmal die ergriffenen Maßnahmen rechtfertigend gewesen. All dem entsprechen politische und keine beruflichen Kriterien, auch wenn nicht der geringste Beweis vorläge, der die Maßnahmen der Regierung gegen seine Kollegen hätte rechtfertigen können.

Herr Minister, falls Sie diesen Bericht unterschreiben, wissen die unterzeichnenden Anwälte, daß sie Angriffen, Beleidigungen und Drohungen von Kreisen der Presse und sogar von offiziellen Medien der Regierung ausgesetzt sein werden. Dies begann bereits mit verschiedenen Hinweisen vom Koordinator der Tagung darauf, daß möglicherweise den Herren Außenministern eine Dokumentation vorgelegt würde. Man hat das Wort „Verrat“ benutzt, was eine ganze politische und strafrechtliche Doktrin beinhaltet.

Forderungen zur OAS-Konferenz

Dennoch tagt die Organisation Amerikanischer Staaten, um unter anderem die Lage der Menschenrechte auf unserem Kontinent zu analysieren. Es ist natürlich, daß dort Zeugenaussagen vorgelegt werden, die Umstände aufklären können. Wir dienen Chile, dem Kontinent und der Menschheit, wenn wir Tatsachen anzeigen wie diejenigen, die wir geschildert haben. Daher sind wir bereit, angehört zu werden und uns mit den Vertretern der chilenischen Beweise auseinanderzusetzen. Unsere Beteiligung kann in der für notwendig gehaltenen Weise angefordert werden.

Wir beenden dieses Dokument mit den Forderungen:

- erstens, daß der vorliegende Text in offizieller Form von der Kommission für Menschenrechte der OAS bekannt gemacht und studiert wird;
- zweitens möge man die den Tatsachen und angeführten Angaben entsprechende Untersuchung anordnen;
- drittens möge man auf der Notwendigkeit bestehen, daß die Menschenrechtskommission weiter auf chilenischem Territorium die ursprünglich begonnenen Untersuchungen fortführt, der chilenischen Regierung die notwendigen Bedingungen einräumend, damit diese ihren Standpunkt erläutern kann und ein allgemeines Verfahren garantierend, um solche Zuwiderhandlungen in jedem Land Amerikas untersuchen zu können.
- viertens möge man die Rolle der Organisation Amerikanischer Staaten im Hinblick auf die Menschenrechte stärken.
- fünftens möge man eine Empfehlung aussprechen zur Beendigung der gravierenden Entstellungen des Rechts, die man in den jetzigen Institutionen unseres Landes beobachtet, bezüglich der Menschenrechte und der in diesem Dokument erwähnten Rechte.

Hochachtungsvoll

Eugenio Velases Letelier: Anwalt, emeritierter Professor der Universität von Chile. Mitglied der Akademie der Sozialwissenschaften des Institutes von Chile. Ex-Dekan der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität von Chile. Ex-Direktor des Rechts-Instituts, Ex-Professor des Rechts-Instituts. Ex-Botschafter Chiles.

Jaime Castillo Velasco: Anwalt, Professor der Universität von Chile. Ex-Justizminister. Ex-Vertreter Chiles vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.

Hector Valenguela Valdenama: Anwalt, Ex-Vorsitzender der Abgeordnetenversammlung. Ex-Delegierter Chiles vor den Vereinten Nationen. Ex-Delegierter Chiles vor der Organisation Amerikanischer Staaten. Ex-Professor der katholischen Universität.

Anchéz Aylwin Azoca: Anwalt, Ex-Professor der Universität von Chile. Ex-Abgeordneter der Nationalen Versammlung für die Dauer von drei Legislaturperioden.

Fernando Guzmán Zauartu: Anwalt, Ex-Vorsitzender der strafrechtlichen Abteilung des Kooperationskomitees für den Frieden in Chile.

Santiago, den 8. Juni 1976

Anmerkungen der Redaktion:

- ¹ Die Habeas Corpus-Akte ist das britische Staatsgrundgesetz zum Schutz der persönlichen Freiheiten aus dem Jahre 1679. „Recurso de amparo“ sind Anträge auf Einleitung von Verfahren nach habeas corpus, d. h. unter Berufung auf das Vorführrecht vor einem Haftrichter und die Mitteilung des Haftgrundes bzw. -vorwurfes.
- ² Dies sind Prozesse nach dem Verfahren der „recurso de amparo“ bzw. nach habeas corpus.
- ³ Hier wird seitens der Junta-Behörden unterstellt, die antifaschistische Widerstandsbewegung habe solche Verhaftungen selbst berechnend vorgetäuscht und geplant just zum Zeitpunkt der VI. OAS-Tagung, d. h. die Verhaftungen, Folterungen und Morde an Widerstandskämpfern seien eigens zur Irreführung der anwesenden Außenminister erfunden bzw. arrangiert worden.

Chile heute

**Wirtschaft
und
Menschen-
rechte**

• Zahlen
• Fakten
• Dokumente

Diese von Prof. Gustavo Becerra-Schmidt herausgegebene Broschüre (52 Seiten), die eine Wirtschaftsanalyse zu Chile von Hugo Facio und zwei Dokumente der UN-Menschenrechtskommission enthält, ist zu beziehen beim

Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK)
Eichwaldstr. 32, 6000 Frankfurt/M.

Wir sind für die antidiktatorische Aktionseinheit aller chilenischen Demokraten



Die in der Erklärung der Unidad Popular vom Juli 1975 „angestrebte antifaschistische Einheit“ ging von der gemeinsam mit Führern des linken Flügels der Christdemokratie gewonnenen Erkenntnis aus, daß nur die Aktionseinheit von Christdemokraten und der Unidad Popular den Sturz der Junta-Diktatur herbeizuführen vermag (Wortlaut der Erklärung der Unidad Popular in: AIB Nr. 9/1975). Dieser Tendenz zur Überwindung der Uneinigkeit der antifaschistischen Kräfte Chiles sollte auch das am 6. Oktober 1975 von Agenten der Militärjunta in Rom gegen Bernardo Leighton verübte Attentat — bei dem dieser lebensgefährlich verletzt wurde — ein Ende bereiten.

Im Januar 1976 veröffentlichte Eduardo Frei, Exponent der christdemokratischen Rechten und chilenischer Expräsident, eine Schrift, in der er die Ablösung Pinochets durch eine von ihm geführte Regierung unter Ausschluß der marxistischen Parteien der Unidad Popular als sogenannten „Dritten Weg“ propagierte. Nachdem jedoch eine innerhalb der chilenischen Armeespitze mit dieser Lösung sympathisierende Gruppe um General A. Stark von der Junta ausgeschaltet wurde und die US-Regierung in den letzten Monaten wiederholt ihre entschiedene Unterstützung für die Pinochet-Junta demonstrierte, ist Frei's „Dritter Weg“ in eine Sackgasse geraten und scheint die Bereitschaft der Christdemokraten zur Zusammenarbeit mit der UP an Boden zu gewinnen. Christdemokratischen Führern wie dem CUT-Repräsentanten J. Frias oder R. Tomic und B. Leighton, die eine aktive Kooperation mit allen Parteien der Unidad Popular und die Bildung einer antifaschistischen Front befürworten, kommt hierbei eine außerordentliche Bedeutung zu.

Von welcher Grundhaltung diese christdemokratischen Repräsentanten ausgehen, zeigt das von dem chilenischen Journalisten Hugo Fazio mit Bernardo Leighton geführte und aufgezeichnete Gespräch.

B. Leighton, der zu den Mitbegründern der Falange-Nacional (1938) und der aus ihr hervorgegangenen Christdemokratischen Partei (1957) gehörte, amtierte bereits in den 40er Jahren als Minister sowie in den 60er Jahren unter der Regierung Frei als Minister und Vizepräsident. Zur Zeit der Regierung Allende war Leighton um die Verständigung mit der UP bemüht, und am 13. September 1973 führte er eine Gruppe von 15 christdemokratischen Parteiführern an, die den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Allende verurteilte. Als Leighton im Februar 1974 freiwillig nach Rom emigrierte, die Juntaverbrechen öffentlich anzeigte und sich zur Aktionseinheit der Antifaschisten bekannte, verbot ihm die Junta im Oktober 1974 die Rückkehr nach Chile und inszenierte ein Jahr darauf gegen ihn und seine Frau einen Mordanschlag.

Der Verlauf des unitären Prozesses in Chile

Wer viele Jahre lang — als Vertreter der alten wie auch der jüngeren Generation — die Errichtung eines demokratischen Regimes gefordert hat, muß jetzt einen Beitrag zur Wiederherstellung der Demokratie leisten, aber natürlich einer solchen, die unter Berücksichtigung der von uns gewonnenen Lebenserfahrung vervollkommenet worden ist. Der unitäre Prozeß muß sich auf der Grundlage gegenseitiger Achtung entwickeln, um übereinstimmende Kriterien zur Frage der Wiederherstellung des demokratischen Regimes zu erarbeiten.

Was die organisatorischen Formen betrifft, die der unitäre Prozeß annehmen kann, so wiederholte B. Leighton seine schon früher geäußerte Meinung:

„Der Christdemokratie fällt der Abschluß eines Abkommens über einen Pakt oder eine Front nicht leicht. Doch diese Frage wird — so meine ich — die Zeit lösen. Das Wichtigste sind konkrete Aktionen. Wir dürfen nicht gegeneinander kämpfen, sondern müssen Pinochet entgegentreten. Er ist unser Feind. Übrigens ein symbolischer Feind, denn in Wirklichkeit ist nicht er der Feind, sondern das von ihm und anderen errichtete System.“¹

Daher geht es jetzt, sagte Leighton im Gespräch, nicht um die Suche nach konkreten Formen: einer Front oder einem Pakt — die Bezeichnungen können verschieden sein.

Der unitäre Prozeß besteht darin, daß alle Chilenen, die sich im Ausland befinden (und sie meine ich jetzt), koordiniert vorgehen; stimmen wir doch in der Hauptsache überein: In Chile muß die Demokratie, wie sie zuvor bestanden hat,

wiederhergestellt werden. Gerade so kann die Entwicklung des unitären Prozesses gefördert werden, das haben wir angestrebt — und etwas schon erreicht — und das werden wir weiter anstreben.

Welches gemeinsame Ziel fördert die Verständigung?

Vor allem müssen wir wahre Demokraten sein, d. h. die Demokratie in Übereinstimmung mit den Doktrinen verstehen, die für uns seit vielen Jahren eine Anleitung waren und weiterhin sein werden.

Das gemeinsame Ziel ist die Wiederherstellung der Grundlagen der Demokratie, aber, ich wiederhole, einer erneuerten Demokratie, denn die jetzigen Usurpatoren der Macht — die sogenannte Regierung Chiles — vermochten sie zu liquidieren, und zwar vor allem weil die Erneuerung nicht rechtzeitig vorgenommen worden war (viele haben sie nicht einmal angestrebt). Dieses gemeinsame Ziel wird die Verständigung zwischen den demokratischen Kräften in dem Maße fördern, in dem jeder Chilene die Idee vom Recht des Menschen auf eigene Ansichten akzeptieren wird.

Die Ideologie der Christdemokraten ist mit dem Namen Christi verbunden, der für uns der Schöpfer der christlichen Religion bleibt. Aber die Realität verändert sich, und daher kann man nicht immer sagen: „Señor, man muß so handeln, wie es Christus gelehrt hat“. Christus sprach vom Menschen, aber die sich verändernde und entwickelnde Menschheit selbst stellt die vor 2000 Jahren entstandene christliche

Lehre in den Dienst des heutigen Tages.

Freilich ist das die Ansicht von Christen. Aber Christ sein bedeutet keineswegs für sich Sonderrechte beanspruchen. Wir möchten nur die tiefe Idee unserer geistigen Welt, die Idee des Dienstes am Menschen zum Ausdruck bringen.

Das ist auch für andere Lehren, z.B. für den Marxismus, charakteristisch; die Einstellung der Christen zu ihm sollte, meiner Meinung nach, genauso sein wie zu ihrer eigenen Lehre, wie zu einer in der historischen Entwicklung entstandenen Weltanschauung.

Das Christentum wie auch der Marxismus erkennen den Wert der menschlichen Persönlichkeit an. Daher muß das gemeinsame Ziel, das den demokratischen Kräften zu einer Verständigung verhilft, davon ausgehen, daß das Streben nach Demokratie die Selbstverwirklichung der denkenden menschlichen Natur ist. Doch wenn wir auch an unseren Ideen festhalten, dürfen wir sie nicht zum Dogma machen.

Was verhindert die Aktionseinheit ?

Das ist eine zeitgemäße Frage, da es in der Vergangenheit auf dem Weg der Aktionseinheit zum Schutz der Demokratie Schwierigkeiten gegeben hat.

Noch vor dem Staatsstreich strebten viele Chilenen verschiedener Anschauungen nach Aktionseinheit zur Erhaltung der Demokratie, aber ohne Erfolg. Damals ging es nicht um die Suche nach Einheit mit der Regierung oder mit der Opposition, sondern um Versuche, sich allgemein darüber zu verständigen, wie die demokratische Ordnung erhalten werden kann.

Für die Erhaltung der Demokratie trat auch Salvador Allende ein, dessen Tod mich erschüttert hat und weiterhin zutiefst bewegt. Viele von uns, die der Regierung nicht angehörten, respektierten deren Kurs, weil wir eine demokratische Opposition waren. Doch es gab Schwierigkeiten. Bei uns — mit Vertretern der Regierung und bei ihnen — mit Politikern der Opposition.

Daher bleibt die Frage der Aktionseinheit weiterhin aktuell, obwohl sie heute für diejenigen von uns, die sich im Ausland befinden, meiner Ansicht nach, weniger akut ist als früher. Aber in Chile bleibt dieses Problem kompliziert.

Deshalb müssen die im Ausland lebenden Chilenen vor allem um die Einheit der Ansichten in allen Fragen bemüht sein, die gemeinsam gelöst werden können, natürlich unter Berücksichtigung der Bedingungen Chiles, da unsere Landsleute ein viel größeres Risiko laufen als viele der Emigranten. Heute schaffen die Schwierigkeiten, auch wenn sie nicht so groß wie früher sind, Probleme auf dem Weg zur Aktionseinheit.

Wir sollten alle Analytiker sein. Nach mehr als zwei Jahren Aufenthalt in Europa habe ich begriffen, daß man sich mit Menschen anderer Ansichten — mit Sozialisten, Kommunisten, Radikalen, Angehörigen kleiner Gruppen (einige von ihnen sind ehemalige Mitglieder der Christdemokratischen Partei) und Unabhängigen — darüber einigen kann, daß zur Teilnahme an der Wiederherstellung der Demokratie in Chile alle berechtigt sind, die vor dem 11. September 1973 für sie eintraten.

Heute geschieht in Chile etwas sehr Bemerkenswertes. Werden doch die mir gestellten und von mir beantworteten Fragen auch innerhalb des Landes diskutiert.

Das ist sicherlich in den Streitkräften wie auch im Carabinieri-Korps, in allen Kreisen, die mit der Diktatur zusammenarbeiten, der Fall. Viele fragen sich: „Was tun? Wie soll das weitergehen, wenn wir die Probleme bisher nicht lösen konnten und sich die Lage sogar noch mehr zugespitzt hat?“

Viele von denen, die den Putsch begrüßt und fälschlich angenommen hatten, damit der Sache der Demokratie zu dienen, haben längst erkannt: Diktatur darf man nicht unterstützen.

Heute gelangen sie erneut zu der Einsicht, daß die Einheit notwendig ist, um so mehr, als sie dazu nicht auf ihre

Ansichten verzichten, sondern nur die Meinung der anderen achten müssen, um durch gemeinsame Anstrengungen in Chile eine breite Demokratie wiederherzustellen, eine Demokratie, wie es sie früher gab, deren Mängel aber nicht rechtzeitig überwunden würden.²

Methoden, um der Aktionseinheit die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, gibt es — davon zeugen die Erfahrungen der im Ausland lebenden Chilenen.

In Chile sind sich selbst diejenigen, die in der ersten Zeit die Diktatur unterstützt haben, darüber im klaren — wie das aus chilenischen Zeitungen und Zeitschriften ersichtlich ist —, daß sie auf dem Weg, den die Junta weitergeht, das, was sie in guter Absicht erreichen wollten, nicht werden erreichen können.

Wie wird die nach dem Sturz der Diktatur gebildete Regierung aussehen ?

Die Frage der künftigen Regierung ist sehr wichtig, und ich werde versuchen, meine Gedanken dazu exakt darzulegen.

In ihr müssen, meiner Ansicht nach, alle Kreise vertreten sein, die vor dem 11. September, bevor die Demokratie abgeschafft wurde und die Diktatur an die Macht kam, demokratische Positionen bezogen.

Vertreter sein — wozu? Damit die Regierung erfolgreich tätig sein kann? Gebe Gott, daß es so kommt. Das hoffe ich. Alle, die ähnliche Ansichten vertreten, müssen gewaltige Anstrengungen unternehmen, um sie zu realisieren.

Der Regierung werden Leute angehören, die vor dem Putsch für demokratische Umgestaltungen eingetreten sind, d. h. Angehörige der Opposition und Mitglieder des Kabinetts, die imstande sind, die ihnen übertragenen Aufgaben zu lösen.³

Wir wissen sehr wohl, wer nicht in die künftige Regierung gehört: Diejenigen, die die Diktatur unterstützt haben und ihr bis zum Ende treu geblieben sind.

Doch ihr angehören werden diejenigen, die mit der Diktatur nicht zusammengearbeitet, die sich gegen sie gewandt haben. Eben ihnen wird die Verantwortung für den Aufbau einer neuen Demokratie in Chile obliegen.

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 6/1975, S. 762—771)

Anmerkungen:

¹ La Gazzetta del Popolo, 11./12. September 1975

² „Breite gesellschaftliche und politische Kreise“, sagte einmal Leighton, und dieser Gedanke klang auch im Gespräch an, „die aus diesen oder jenen Gründen die Diktatur in der ersten Zeit unterstützten, haben ihre Positionen geändert und kämpfen heute offen gegen die Politik und das Vorgehen der faschistischen Junta. In der Christdemokratischen Partei, von der ich die meisten Informationen erhalte, tritt diese Tendenz sehr deutlich zutage. Einige einflußreiche Kreise, die da meinten, daß die Diktatur nicht von Dauer sei, daß das konstitutionelle demokratische Regime in kurzer Zeit wiederhergestellt sein werde, erkennen heute: Die Situation ist ganz anders. Sie kämpfen entschlossen gegen die Politik der Diktatur und gegen die Diktatur selbst in dem Glauben, daß es im Interesse des Landes ist, mit dem jetzigen Regime so rasch wie möglich Schluß zu machen.“ La Gazzetta del Popolo, 11./12. September 1975.

³ Schon im vorigen Jahr hat B. Leighton ähnliche Ansichten entwickelt, als er auf die Frage der politischen Kräfte einging, die am unitären Prozeß teilnehmen müssen.

„Ich denke“, sagte er damals, „daß alle an der Wiederherstellung der Demokratie interessierten politischen Kräfte sich gemäß dem eigenen Entschluß aus dem Kampf heraushalten oder ihm anschließen werden. Ideologie oder Doktrinentreue spielt hierbei keine Rolle. Alles hängt von den konkreten Aktionen ab. Niemand darf das Gefühl haben, daß er a priori zum Kampf zugelassen wird oder von ihm ausgeschlossen ist. Wir sind alle aufgerufen, am Kampf für das gemeinsame Ziel teilzunehmen. Wir alle müssen unsere Anstrengungen vereinen, loyal zueinander sein und die Standpunkte des anderen achten sowie nach breitem, festem, ehrlichem Übereinkommen streben. Keine Kraft darf nämlich ihren Willen anderen aufzwingen, und selbst wenn sie dieses wollte, würde sie bei den anderen Kräften, die sich gegen Hegemonie, Sektierertum oder Dogmatismus wenden, auf entschiedenen Widerstand stoßen. Dieses breite Übereinkommen muß zum Ziel des heutigen Tages werden.“ Chile-America, Nr. 10./11., 1975

Ivan Ljubetić

Luis Emilio Recabarren und die Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung

Als eines der ökonomisch relativ fortgeschrittenen Länder Lateinamerikas verfügt Chile über eine der zahlenmäßig und organisatorisch stärksten Abteilungen der Arbeiterklasse des Kontinents. Ungeachtet der heutigen Bedingungen der faschistischen Diktatur steht die chilenische Einheitszentrale der Werktätigen, CUT, als Beispiel für die Schaffung einer nationalen Einheitsgewerkschaft und für die führende Rolle der Arbeiterbewegung bei der Herstellung antiimperialistischer Volkseinheitsbewegungen in Lateinamerika. Das chilenische Proletariat kann dabei auf Traditionen zurückblicken, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts reichen, auf eine Tradition, die sich in der Gestalt Luis Emilio Recabarrens, eines der herausragenden Führer der internationalen Arbeiterbewegung, verkörpert.

Recabarrens 100. Geburtstag am 6. Juli 1976 nehmen wir zum Anlaß für die Veröffentlichung eines Beitrages, der die Geschichte der Arbeiterbewegung Chiles, das Wirken Recabarrens sowie die verschiedenen Kampfabchnitte des chilenischen Proletariats bis in die Gegenwart nachzeichnet.

Der Verfasser dieses Beitrages, Iván Ljubetić, war in den 60er Jahren Leiter der nationalen Lehrgewerkschaft Chiles, bevor er von 1969 bis 1973 als Professor für Geschichte an die staatliche Universität von Chile in Temuco/Südküste berufen und Vorsitzender des Landesverbandes der CUT in der Provinz Cautin wurde. Nachdem Iván Ljubetić am 13. September 1973 festgenommen und inhaftiert worden war, gelang ihm im Januar 1974 die Emigration in die Bundesrepublik, wo er an der Marburger Universität vorübergehend einen Lehrauftrag erhielt und den Vorsitz des Komitees der Chilenen in Marburg übernahm.



Es ist notwendig, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie eine große Macht sind, wie es keine andere gibt, daß aber die Kraft ihrer Macht nur in ihrer Organisation beruht.

L. E. Recabarren

Am 6. Juli 1976 ist der 100. Geburtstag von Luis Emilio Recabarren, dem Vater der chilenischen Arbeiterbewegung und Begründer der ersten Gewerkschaften, der Arbeiterpresse und der ersten chilenischen Arbeiterpartei. Unermüdet setzte er sich für die Einheit und Organisation der Arbeiterklasse ein.

Er war selbst lange Jahre als Druckereiarbeiter tätig und bildete sich als Autodidakt. Seine Weitsicht und sein entschlossenes Eintreten für die Sache der Arbeiter machten ihn zum größten politischen und Gewerkschaftsführer Chiles.

I. Ursprung und Entwicklung des chilenischen Proletariats im 19. Jahrhundert

Im Jahre 1535 kamen die ersten spanischen Eroberer nach Chile. Nachdem das Land drei Jahrhunderte lang eine Kolonie Spaniens war, errang es 1818 nach sechs Jahren bewaffneter Kämpfe seine Unabhängigkeit. Zu diesem Zeitpunkt war Chile vornehmlich ein Agrarland mit etwas handwerklich betriebem Bergbau und einer in den Anfängen stehenden Manufakturindustrie. Anfang des 19. Jahrhunderts fand in Europa und besonders in England der Prozeß der industriellen Revolution statt. Europa brauchte Rohstoffe, die Chile besaß und in großen Mengen ausführte.

Der Bergbau wurde so zum Ausgangspunkt einer bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung, die in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit sich brachte. Das durch den Verkauf von Kupfer und Silber gewonnene Kapital wurde für die Erweiterung der Minen sowie für den Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnnetzen, Häfen und Industrien investiert. Im Bergbau und in der Industrie wurde die handwerkliche Arbeitsweise durch kapitalistische Produktionsverhältnisse ersetzt. Das Hafen- und Transportwesen wie der Handel nahmen eine beschleunigte Entwicklung.

In diesen neuen Tätigkeiten bildeten sich Arbeiter heran, die sich vom Landarbeiter und vom Handwerker unterschieden: sie arbeiteten in größeren Gruppen, erhielten Lohn für den Verkauf ihrer Arbeitskraft, traten kollektiv auf, waren kämpferisch. Sie stellten die Anfänge des chilenischen Proletariats dar.

Erste Streiks der Bergwerksarbeiter und die Bildung von Arbeitervereinen

Um 1850 hatte Chile 1.350.000 Einwohner, von denen etwa 30.000 Arbeiter waren. Von Beginn an zwangen die elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen das chilenische Proletariat, für seine Interessen zu kämpfen.

1835 fand der erste Streik in der Geschichte der chilenischen Arbeiterklasse statt: er wurde im Silberbergwerk von Chanarcillo durchgeführt. 1846 kam es im gleichen Bergwerk erneut zu einem Streik.

Zwischen 1850 und 1870 fanden etwa 20 Arbeiterstreiks statt. Jedoch hatte das chilenische Proletariat bis zum Ende des 19. Jahrhunderts noch keine Klassenorganisationen. Es

wurde in seinem Handeln stark von der Bourgeoisie beeinflusst und schloß sich auch deren Organisationen an. Solche Organisationen waren beispielsweise die Vereinigungen zur gegenseitigen Hilfe, in denen sich die Arbeiter zusammenschlossen, um bei Krankheits- oder Todesfällen Unterstützung zu erhalten. Sie waren dazu vorgesehen, das Elend zu lindern, nicht aber zur Bekämpfung seiner Ursachen gedacht.

Von 1879 bis 1883 fand der Salpeterkrieg statt. Chile kämpfte mit Peru und Bolivien um den Besitz der Provinzen Tarapacá und Antofagasta, der einzigen Gegend der Welt, in der es natürlichen Salpeter gibt. Chile gewann den Krieg, aber das Salpeter ging in den Besitz des britischen Imperialismus über, der diese Provinzen in wahre Kolonien verwandelte. Die Einbeziehung dieser Provinzen in das chilenische Territorium bedeutete aber auch, daß Tausende von Salpeterarbeitern von diesem Zeitpunkt an die Reihen der chilenischen Arbeiterklasse stärkten. Die Salpetergegend wurde zum revolutionären Zentrum des Landes.

In den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es zu einer bedeutenden quantitativen und qualitativen Entwicklung der chilenischen Arbeiterklasse.

1890 wurde in Iquique der Verband „La Unión es Fuerza“ (Einheit ist Kraft) gegründet, der alle Arbeiter der Provinz Tarapacá vereinigte. Es ist die erste Organisation, die als Vorläufer der modernen Arbeiterzentralen betrachtet werden kann. Ein ähnlicher Verband war die 1892 in Valparaiso von Carlos Jorquera gegründete „Gran Unión Marítima de Chile“ (Große Vereinigung der Seearbeiter von Chile). Im Jahr ihrer Gründung begann man auch in Chile, den 1. Mai, den Tag der Arbeiter, zu feiern.

Um die Jahrhundertwende hatte Chile ca. 3 Millionen Einwohner. Die chilenische Arbeiterklasse umfaßte etwa 150.000 Personen, von denen die wichtigsten Gruppen die Minenarbeiter (69.000), die Industriearbeiter (40.000), die Bauarbeiter (20.000) und die Beschäftigten der Handelsunternehmen (8.000) waren. Das chilenische Landproletariat war aufgrund der halbfeudalen Agrarverhältnisse zu jener Zeit noch kaum entwickelt. Zu diesem Zeitpunkt nahm bereits Luis Emilio Recabarren an den Arbeitskämpfen teil.

II. Leben und Werk von Luis Emilio Recabarren

Recabarren wurde am 6. Juli 1876 in Valparaiso geboren. Ein paar Jahre später siedelte seine Familie nach Santiago über. Dort konnte Recabarren nicht mehr zur Schule gehen, da er eine Arbeit in einer Druckerei aufnehmen mußte, um zum Unterhalt der in sehr armen Verhältnissen lebenden Familie beizutragen.

Er war ein ruhiger Mensch, den eine große Beobachtungsgabe auszeichnete. Er las gerne und viel. Außerdem lernte er im Gespräch mit seinen Kollegen die Arbeitswelt besser verstehen.

1894 trat er in die bürgerlich-progressive Demokratische Partei ein, die viele Handwerker und kleine Gewerbetreibende umfaßte.

1900 reiste Recabarren in den Norden. Noch im gleichen Jahr gründet er den Arbeiterverband von Iquique, der alle Salpeterarbeiter der Provinz Tarapacá vereinigte. Bald darauf wurde der Arbeiterverband von Tocopilla gegründet. 1903 umfaßten diese Arbeitervereinigungen den gesamten Norden des Landes, und es entstanden ähnliche Organisationen in den Bergbau- und Industriegegenden in Mittel- und Südkhile. Im November 1903 wurde in der von Recabarren geleiteten Wochenzeitung der Arbeiterverbände Sinn und Zweck dieser Organisationen erklärt:

„Der gesamte Reichtum der Menschheit wird von der Hand des Arbeiters hervorgebracht, der selber nichts besitzt. Ist das Gerechtigkeit? Nein! Da es aber unsere Aufgabe ist, Gerechtigkeit zu schaffen, werden wir unermüdlich arbeiten, damit sich die Werktätigen um die sozialen Fahnen vereinigen, damit wir, ausgebildet in erneuernden Idealen, geeint auftre-



Arbeiter der einstigen Salpetermine Chacabuco

ten können, um den Platz einzunehmen, der uns im Kreis der zivilisierten Menschen zukommt“.

Grausame Massaker gegen Arbeiter

Die Werktätigen begannen das 20. Jahrhundert mit der wiederholten Aufstellung von Forderungen und entschlossenen Arbeitskämpfen.

Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen hatten sich nicht im geringsten verbessert. In den Salpeterunternehmen war die Arbeit nicht nur gefährlich, der Lohn gering und die Behandlung der Arbeiter sehr brutal; es kam noch hinzu, daß die Bezahlung nicht in Geld, sondern in Wertmarken geschah, was die Arbeiter dazu zwang, in den Läden der Unternehmer zu überhöhten Preisen einzukaufen. Die Autoren Semper und Michels stellen in ihrem 1908 veröffentlichten Werk „Die Salpeterindustrie in Chile“ fest:

„Alle Unternehmen versuchen, durch die Kramläden einen großen Teil der Lohngehälter wieder zurückzugewinnen und bemühen sich deshalb, jede Konkurrenz auf diesem Gebiet auszuschalten.“

So gab es Salpeterunternehmen, die zugeständenermaßen durch die Kramläden mehr verdienten als durch den Absatz des Salpeters.

Nicht viel besser war für die Arbeiter die Lage in den anderen Wirtschaftsbereichen. Die Werktätigen sahen sich so zu harten Kämpfen gezwungen. Von Dezember 1901 bis Februar 1902 führten die Arbeiter im Hafen Iquique eine breite Streikbewegung durch. Ein Jahr darauf streikten die Straßenbahnschaffner in Santiago.

Am 11. und 12. Mai 1903 streikten die Hafnarbeiter von

Valparaiso. Bei dieser Gelegenheit fand das erste Massaker des Jahrhunderts statt: 30 Arbeiter wurden ermordet und 200 verletzt.

Als 1905 in Santiago ein Generalstreik durchgeführt wurde, griff die Reaktion wieder zu den Waffen: 200 Arbeiter fanden den Tod.

Im gleichen Jahr gab es noch drei Streiks in Iquique und 1906 drei Streiks in Antofagasta. Während dieser Streikbewegungen ermordete die Polizei über 100 Arbeiter und sehr viele erlitten Verletzungen.

Am 21. Dezember 1907 fand das grausamste Massaker in der Geschichte Chiles statt: in der Schule Santa Maria in Iquique wurde auf die dort versammelten Salpeterarbeiter, ihre Frauen und Kinder geschossen und 3.600 von ihnen wurden ermordet.

Recabarrens Wahl zum Abgeordneten

Der Einfluß, den Recabarren im Norden Chiles ausübte, wurde immer größer, und so beschloß die Demokratische Partei, ihn als Kandidaten zum Abgeordneten für die Provinz Antofagasta aufzustellen. Recabarren kam nach Antofagasta, um den Wahlkampf einzuleiten. Er gründete dort eine Zeitung, „La Vanguardia“ (Die Avantgarde) und besuchte die wichtigen Arbeiterzentren Taltal und Chanaral sowie verschiedene Salpeterlager. Wo immer er hinkam, wurde er von den Arbeitern begeistert gefeiert.

Bei den Wahlen im März 1906 konnte er 2.625 Stimmen auf sich vereinigen, und er errang damit einen Sitz im Parlament. Für die Arbeiter war sein Sieg ein großer Erfolg, doch die Reaktion fühlte sich durch die Anwesenheit eines Arbeiter im Parlament herausgefordert. Sie war nicht bereit, ihn dort zu dulden und mißbrauchte die Mehrheit, die sie unter den Abgeordneten besaß, um Recabarrens Sieg für nichtig zu erklären.

Der Geschichtswissenschaftler Ricardo Donoso schreibt darüber in seinem Buch „Alessandri, Agitator und Zerstörer“: „Den Demokraten gelang es, die Herren Malaquias Concha und Bonifacio Veas und den Arbeiterkämpfer Luis Emilio Recabarren zu wählen; letzterer wurde unter Vorgabe völlig belangloser Gründe auf skandalöse Weise vom Abgeordnetenhaus ausgeschlossen“².

Die Maßnahme der parlamentarischen Reaktion war so ungerecht, daß sogar „El Mercurio“, das Organ der Reaktion, in seinem Leitartikel vom 22. Juni 1906 schrieb:

„Dieser Abgeordnete für Antofagasta ist einer der wenigen Männer in Chile, die ausschließlich durch die Volksstimmen, durch die einfache, freie und spontane Willensäußerung des wählenden Volkes in den Kongreß gekommen sind, ohne daß irgendeine Macht die Meinung derjenigen, die ihn wählten, beeinflußt hätte. . . Er ist außerdem ein armer Mann, ein echter Arbeiter, wie sie unter uns nicht fehlen. . . Wir fragen jeden ehrlichen Menschen, ohne parteiliche Leidenschaften: Kann es im chilenischen Kongreß einen Abgeordneten geben, der auf legitimere Weise gewählt worden wäre?“

Doch nicht genug damit, daß die Reaktion Recabarren um seinen Sieg gebracht hatte, leitete sie außerdem einen Prozeß gegen ihn ein, um ihn ins Gefängnis zu bringen. Schon 1904 war er wegen seiner Mitarbeit an einer Arbeiterzeitung acht Monate lang in Haft gewesen.

Nun sah er sich gezwungen, illegal nach Argentinien auszureisen, um einer erneuten Festnahme zu entgehen.

Recabarren als Begründer der Arbeiterpresse

Im Jahr 1900 schrieb Recabarren:

„Die Arbeiterpresse ist wie das Licht, das von weitem den kürzesten Weg weist, den wir beschreiten müssen. Seitdem es Zeitungen gab, begannen die Arbeiter zu erwachen und zu verstehen, daß sie nicht geboren wurden, um als Sklaven zu leben“³.

Tatsache ist, daß kein anderer so viel getan hat wie er, um dieses Licht zu entzünden. Seine Leistung auf diesem Gebiet ist unvergleichlich. Er überschwemmte sein Land mit Arbeiterzeitungen, mit einfachen Bogen, die in leidenschaftlichen Worten den Arbeitern die Wahrheit brachten und ihr Bewußtsein weckten.

Seine Zeitungen wurden in Werkstätten und Pressen gedruckt, die mit Hilfe der Arbeiter eingerichtet worden waren. Recabarren wirkte überall mit: Er schrieb die Beiträge, stellte die Druckformen her, betätigte die Walzen, rief die Blätter aus und verkaufte sie in den Wohngebieten der Minenarbeiter, bei den ersten Arbeiterversammlungen und Kundgebungen, er brachte sie bis in die entlegensten Dörfer.

Recabarren bildete viele Arbeiterjournalisten aus. Er wurde verfolgt, seine Druckereien geplündert, die Pressen zerstört, die Zeitungen eingestampft, und seine Mitarbeiter landeten mit ihm im Gefängnis. Doch sobald sie frei waren, begannen sie wieder von neuem.

Zu den zahlreichen Zeitungen, die von ihm gegründet und geleitet wurden, gehören:

- „La Democracia“ (Die Demokratie), Wochenzeitung, die in Santiago zwischen 1899 und 1901 erschien;
- „El Trabajo“ (Die Arbeit), Organ des Arbeiterverbandes in Tocopilla, 1903–1905
- „El Proletario“ (Der Proletarier), Tocopilla, 1904–1905
- „La Reforma“ (Die Reform), Tageszeitung Santiago, 1906–1908
- „La Vanguardia“ (Die Avantgarde), Antofagasta, 1906–1907
- „El Grito Popular“ (Der Volksruf), Tageszeitung Iquique, 1911
- „El Despertar de los Trabajadores“ (Das Erwachen der Arbeiter), Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei, Tageszeitung Iquique, 1912–1927
- „El Socialista“ (Der Sozialist), Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei, Valparaiso, 1915–1918
- „El Socialista“ (Der Sozialist, später: Der Kommunist), Tageszeitung Antofagasta, 1916–1927
- „La Federación Obrera“ (Der Arbeiterbund), Organ des Arbeiterverbandes von Chile, Tageszeitung Santiago, 1921–1924
- „Justicia“ (Gerechtigkeit), Presseorgan des Arbeiterverbandes von Chile und der Kommunistischen Partei, Tageszeitung, 1924–1927

Der Internationalismus von Recabarren

1905 schrieb Recabarren anläßlich der ersten russischen Revolution in der Zeitung „Die Arbeit“ von Tocopilla:

„Der Arbeiterverband von Tocopilla erklärt, daß unser eigenes Streben nach Freiheit uns den Wunsch äußern läßt, daß die Genossen in Rußland das Bildnis der Freiheit auf den Ruinen der hochmütigen russischen Autokratie und ihrem dummen und lächerlichen Monarchen errichten mögen“⁴.

Als Recabarren 1906 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires ankam, fand er bald Arbeit in einer Druckerei und schloß sich als Vertreter dieser Druckerwerkstatt der argentinischen Arbeiterbewegung an. Später trat er in die Sozialistische Partei Argentiniens ein. Er übernahm außerdem verantwortungsvolle Aufgaben in der Zeitung „La Vanguardia“ (Die Avantgarde) und arbeitete aktiv in den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen Argentiniens mit.

Um die Länder kennenzulernen, in denen das sozialistische Gedankengut entstanden war und wo man sich für dessen Durchsetzung einsetzte, reiste Recabarren 1908 nach Europa, begleitet von seinem Landsmann, dem Schuster Julio César Munoz.

Zuerst kam er nach Madrid, wo er Kontakt mit den Sozialistenführern aufnahm. Ende Mai reiste er nach Paris, wo er Jean Jaures, den Führer der französischen Sozialisten, kennenlernte.

In Brüssel nahm er im gleichen Jahr an einer Versammlung der Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale teil, bei der auch Lenin anwesend war. Recabarren beantragte die Aufnahme der Sozialdemokratischen Partei Chiles, einer Abspaltung der Demokratischen Partei, in die Sozialistische Internationale. In einem Artikel Lenins über diese Sitzung, der am 16. Oktober 1908 in der Zeitung „Das Proletariat“ erschien, ist zu lesen:

„Sechster Punkt der Tagesordnung war die Aufnahme der Sozialdemokratischen Partei von Chile, die nach der Teilung der Demokratischen Partei von Chile entstanden war. . . Die chilenischen Sozialdemokraten wurden diskussionslos aufgenommen.“

Recabarren kehrte von Europa um viele Erfahrungen reicher und politisch und ideologisch gereift zurück. Besonders hatte sich seine internationalistische Einstellung im Ausland noch gestärkt.

Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Chiles

Recabarren erkannte die Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse und begann daher 1910 in diese Richtung zu arbeiten.

Er hielt zahlreiche Vorträge und bereiste erstmals Chile vom Norden bis Süden. Dann kehrte er nach Iquique zurück, da sich dort die Kräfte der Salpeterarbeiter der Provinz Tarapacá konzentrierten. Er gründete eine neue Zeitung, „El grito Popular“ (Der Volksruf), und traf die erforderlichen Maßnahmen, um die neue Partei zu gründen.

Am Abend des 4. Juni 1912 fand im Sitzungsraum der Demokraten eine Versammlung statt, bei der Recabarren seinen Plan, eine neue Partei zu gründen, vortrug. Außer Recabarren, der den Vorsitz der Versammlung übernommen hatte, waren noch 19 Personen anwesend, unter ihnen Miguel Carrasco, Luis Figueroa, Julio Arredondo, Francisco García, Salvador Barra Woll, Emilio Alvarado.

Recabarrens Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und mit 15 gegen 5 Stimmen beschloß man, die neue Partei

Sozialistische Arbeiterpartei zu nennen. Noch am gleichen Tag konstituierte sich die Sozialistische Arbeiterpartei im Salpeterunternehmen „Abra“. Fast gleichzeitig organisierte sie sich in Punta Arenas und kurz darauf in Tocopilla, Antofagasta und Taltal. Etwas später folgten Valparaiso, Santiago, Concepcion und andere Städte des Landes.

Die Sozialistische Arbeiterpartei existierte 10 Jahre lang, in denen sie unter der weitsichtigen Leitung von Recabarren eine sehr positive Orientierung verfolgte. So verurteilte sie beispielsweise 1914 den imperialistischen Krieg und begrüßte sie 1917 die Oktoberrevolution.

Von 1916 bis 1919 mußte Recabarren, weil er verfolgt wurde, wieder nach Argentinien ausreisen, wo er die Arbeit in der Sozialistischen Partei des Landes fortführte. Zwei Jahre später wurde in Argentinien die Kommunistische Partei gegründet und Recabarren, der zu ihren Mitbegründern gehörte, zu ihrem ersten Generalsekretär gewählt.

Am 2. Januar 1922 wurde in Chile die Sozialistische Arbeiterpartei zur Kommunistischen Partei Chiles umbenannt und schloß sich der Kommunistischen Internationale an. Recabarren war bis zu seinem Tod im Jahr 1924 ihr Vorsitzender.

Der Große Arbeiterbund von Chile

Die erste chilenische Arbeiterzentrale, der 1919 gegründete Große Arbeiterbund von Chile, hatte eine reformistisch-reaktionäre Richtung. Den Vorsitz hatte der Rechtsanwalt Martin Pinet, Mitglied der Konservativen Partei, der Partei der Oligarchie und Großgrundbesitzer. Diese Gewerkschaftszentrale war nicht gegründet worden, um gegen den Kapitalismus zu kämpfen, sondern um ihn an der Macht zu halten. Sie widersetzte sich den Streikbewegungen und befürwortete eine Kollaboration zwischen Kapital und Arbeit.

Aber die Widersprüche zwischen den in- und ausländischen Unternehmen und den Arbeitern waren so groß, daß die Führung des Großen Arbeiterbundes sich trotz ihrer kollaborationistischen Einstellung gezwungen sah, an wichtigen Streiks teilzunehmen: es streikten Bahnarbeiter, Bäcker,



Meeting der Sozialistischen Arbeiterpartei zum 1. Mai 1913 in der nordchilenischen "Pampa"

Minenarbeiter, Straßenbahnschaffner, Bauarbeiter, Metallarbeiter u.a.

Luis Emilio Recabarren, der sich mit den Salpeter- und Kohlearbeitern an diesen Arbeitskämpfen beteiligte, erkannte, daß es möglich war, den Arbeiterbund in eine klassenorientierte Gewerkschaft der chilenischen Arbeiter zu verwandeln.

Um 1918 entstanden mehrere Gewerkschaften, die in ihrer Gesellschaftsanalyse den Klassenkampf erkannten, Versammlungsfreiheit, das Recht zur Aufstellung von Forderungen und zur Durchführung von Streiks forderten und sich für den 8-Stunden-Tag einsetzten.

Am 25. Dezember 1919 fand der dritte Kongreß des Großen Arbeiterbundes von Chile statt.

Recabarren, der die Salpeterarbeiter anführte, beantragte eine Neuformulierung der Prinzipien und der Zielsetzung der Gewerkschaftszentrale. Seine Anträge setzten sich mit breiter Unterstützung durch. Der Große Arbeiterbund wurde zur „Federación Obrera de Chile“, FOCH (Arbeiterbund von Chile), die sich als Ziel setzte,

„die wahre wirtschaftliche, moralische, politische und soziale Freiheit der Arbeiterklasse zu erringen und das kapitalistische System aufzuheben“⁵.

Die FOCH war die erste landesweite revolutionäre Klassenorganisation der chilenischen Arbeiterklasse.

Das schriftliche Werk von Recabarren

Recabarren war überzeugt von der Wirksamkeit des geschriebenen Wortes. Er schrieb selbst zahlreiche Broschüren, in denen er in einfacher Form und einem direkten und klaren Stil konkrete Themen analysierte.

Einige dieser Broschüren, die er auch selbst druckte, erfuhren mehrere Auflagen und waren in Tausenden von Exemplaren im Umlauf. Oft enthielten sie die Texte seiner Vorträge und Reden. Er hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, nach seinen Vorträgen — die mit großem Interesse verfolgt wurden — vom Podium herabzusteigen und dem Publikum seine Broschüre über das behandelte Thema anzubieten. Kaum jemand zeigte kein Interesse daran, sie zu erwerben.

Einige seiner Werke sind:

- „Reiche und Arme in einem Jahrhundert republikanischen Lebens“ (1910)
- „Der Streik in Iquique 1907 und die Theorie der Gleichheit“ (1910)
- „Der Sozialismus: was er ist und wie er realisiert werden wird“ (Prinzipien und Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei, 1914)
- „Vaterland und Patriotismus“ (über die Einstellung der Arbeiterklasse zum ersten Weltkrieg, 1914)
- „Die Frau und die Erziehung“ (1916)
- „Die ewige und wissende Materie“ (Philosophisches Werk, 1917)
- „Reichweite der gewerkschaftlichen Tätigkeiten“ (1917)
- „Was die Stadtverwaltung in den Händen des aufgeklärten Volkes durchführen kann“ (1917)
- „Arbeiterleid“ (Drama in drei Akten, 1921)
- „Die Anfänge der sozialen Revolution in Chile“ (1921)
- „Reden und Gedichte“ (1923)
- „Was ist der Syndikalismus?“ (1914 in Buenos Aires, Argentinien, herausgegeben).

Recabarren und die russische Revolution

1917 schrieb Recabarren:

„Ohne zu zögern erkläre ich mich solidarisch mit den russischen Bolschewiki, die den Weg des Friedens und der Aufhebung des barbarischen kapitalistischen Regimes beschreiten. Wer diese Sache nicht unterstützt, hilft dem Kapitalismus und all seinen Grausamkeiten“⁶

Ende 1922 reiste Recabarren nach Moskau, wo er an zwei

wichtigen internationalen Begegnungen teilnahm: am II. Kongreß der Internationale der Roten Gewerkschaften als Vertreter der FOCH, und am IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 5. November bis 5. Dezember desselben Jahres tagte, als Vertreter der Kommunistischen Partei Chiles.

Nach Chile zurückgekehrt, hielt er zahlreiche Vorträge über die Entwicklung in Sowjetrußland. 1923 faßte er sie in dem Band „Das Rußland der Arbeiter und Bauern“ zusammen. In der Einleitung schrieb er:

„Ich konnte mit Freude feststellen, daß die russischen Arbeiter die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen haben und daß es unmöglich scheint, daß es auf der Welt eine Kraft geben könnte, die fähig wäre, dem russischen Proletariat diese bereits gewonnene Macht wieder zu entreißen. . .

Ich konnte erkennen, daß ich mich nicht geirrt hatte, als ich in diesem Land sagte, das russische Proletariat habe alle Macht in seinen Händen, um das zukünftige Glück zu schmieden und es gehe bereits die ersten Schritte, um die sozialistische Gesellschaft als wahre Herrschaft der sozialen Gerechtigkeit aufzubauen“⁷.

III. Jahrzehnte harter Verfolgung und des Ringens um die Arbeitereinheit (1920 – 1953)

Sowohl die FOCH als auch die Kommunistische Partei wurden seit ihrer Gründung von den reaktionären Regierungen hart verfolgt.

Anfang des 20. Jahrhunderts war die Haupteinnahmequelle für Chile der Verkauf des Salpeters. Durch die Konkurrenz der synthetischen Salpetersäure ging seit dem ersten Weltkrieg der Absatz des chilenischen Salpeters stark zurück. Viele Salpeterlager mußten geschlossen werden, und Tausende von Arbeitern wurden arbeitslos.

1919 fand ein langer Streik in den Kohlegruben von Lota statt.

Im Mai 1920 überfielen Militärs und Zivilpersonen das Büro der FOCH in Punta Arenas und ermordeten 12 Arbeiter.

Während des ganzen Jahres fanden insgesamt 105 Streiks statt, an denen sich etwa 50.000 Werk tätige beteiligten.

1921 wurden ca. 10.000 Salpeterarbeiter arbeitslos. Im gleichen Jahr fand ein Massaker im Salpeterunternehmen San Gregorio statt, bei dem 500 Arbeiter getötet wurden. Das Jahr 1924 brachte für die chilenische Arbeiterklasse einen großen Verlust: am 19. Dezember starb Luis Emilio Recabarren.

Anfang 1925 streikten die Arbeiter von 130 Salpeterunternehmen 8 Tage lang und erreichten damit die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen.

Am 4. Juni desselben Jahres wurden in La Coruna bei einem Massaker 1.900 Salpeterarbeiter getötet.

Ende Juni 1925 wurde die Vereinigung der Weißen Gewerkschaften gegründet, die die Katholische Kirche kontrollierte. 1925 gab es insgesamt 113 Streiks, an denen sich etwa 51.000 Werk tätige beteiligten.

1927 bis 1931 herrschte in Chile die Diktatur von General Ibáñez, die die FOCH und die Kommunistische Partei Chile erbarmungslos verfolgte.

1933 wurde die Sozialistische Partei gegründet, seit ihrer Organisation eine marxistische Partei.

Die Volksfront und der Verband der Arbeiter Chiles – CTCH

Am 6. Mai 1936 konstituierte sich die Volksfront. Es war eine antifaschistische Koalition, die von der Radikalen, der Sozialistischen, der Kommunistischen und der Demokratischen Partei gebildet wurde.

Am 24. Dezember des gleichen Jahres vereinigte sich die FOCH mit zwei weiteren Arbeiterzentralen, um zusammen die „Confederación de Trabajadores de Chile“, CTCH (Ver-

band der Arbeiter Chiles), zu bilden.

1938 siegte die Volksfront bei den Präsidentschaftswahlen. Damit zählte Chile neben Frankreich und Spanien zu den drei Ländern der Welt, in denen eine Volksfront an die Regierung kam.

1941 löste sich jedoch die Volksfront wieder auf, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei traten offen zutage, bis es fünf Jahre später zum totalen Bruch kam.

Als Folge davon spaltete sich die CTCH in zwei Gruppen, von denen eine von der Sozialistischen Partei (PS) und die andere von der Kommunistischen Partei (KP) kontrolliert wurde. Die Spaltung ging durch die gesamte Arbeiterklasse, und diese Zwietracht machte unter anderem den Verrat des rechtsgerichteten Präsidenten Gabriel González Videla (Radikale Partei) möglich, der nachdem seine Kandidatur von den Kommunisten mitgetragen worden war, diese später verfolgte.

Schritte auf dem Weg zur endgültigen Herstellung der proletarischen Einheit

Mit Beginn der 40er Jahre entstanden mehrere landesweite Verbände der Angestellten.

Zwischen 1950 und 1952 bildeten sich dann vier Organisationen, die Arbeiter und Angestellte umfaßten.

Um 1952 gab es fünf große Gewerkschaftszentralen:

- den „Movimiento Unitario de Trabajadores“, MUNT (Einheitsbewegung der Werktätigen), der von zwölf anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsverbänden gebildet wurde;
- die „Junta Nacional de Empleados de Chile“, JUNECH (Nationaler Bund der Angestellten von Chile), zu dem die Gewerkschaftsverbände der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Angestellten sowie der Lehrer gehörten und der vornehmlich von der Radikalen Partei kontrolliert wurde;
- das „Comité de Obreros y Empleados“ (Komitee der Arbeiter und Angestellten), in dem die Kommunistische und die Sozialistische Partei Einfluß hatten;
- die „Movimiento de Unidad Sindical“, MUS (Bewegung der gewerkschaftlichen Einheit), in dem die Sozialistische Volkspartei stark war, und
- das „Comité Nacional de Federaciones“, CONAF (Nationale Komitee der Verbände), das von ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Partei und der Sozialistischen Volkspartei geleitet wurde.

Am 23. September 1952 bildeten diese fünf Gewerkschaftsorganisationen die Nationale Kommission der Gewerkschaftlichen Einheit, die eine konkrete Aufgabe hatte: eine Einheitszentrale aller Werktätigen Chiles zu gründen. Dazu wurde die „Kommission der 35“ gebildet, die sich aus sieben Delegierten als Vertreter für jede Organisation zusammensetzte.

IV. Die Einheitszentrale der Werktätigen Chiles – CUT

Vom 12. bis 16. Februar 1953 fand in Santiago der konstituierende Kongreß der CUT statt, an dem 2.355 Delegierte als Vertreter von 952 Gewerkschaftsorganisationen teilnahmen. Der neugegründete Verband erhielt den Namen „Central Unica de Trabajadores de Chile“, CUT (Einheitszentrale der Werktätigen Chiles).

Auf dem konstituierenden Kongreß wurden die Statuten und die Prinzipienklärung verabschiedet. Darin hieß es:

„Das wichtigste Ziel der Einheitszentrale der Werktätigen ist die Organisierung aller Stadt- und Landarbeiter, ohne Berücksichtigung ihrer politischen und religiösen Einstellung, ihrer Nationalität, Hautfarbe, ihres Geschlechts oder Alters, um gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu kämpfen, bis zur Errichtung des vollkommenen Sozialismus“.

Man wählte auch die erste nationale Leitung der CUT. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der christliche Arbeiter Clotario Blest gewählt. Der nationalen Leitung gehörten an: fünf Gewerkschaftsführer der Kommunistischen Partei, vier der Sozialistischen Volkspartei, drei der Sozialistischen Partei, drei ehemalige Mitglieder der Sozialistischen Partei, drei Anarchosyndikalisten, drei Vertreter der Nationalen Falangepartei (1957 in Christdemokratische Partei umbenannt), zwei Radikale und zwei Parteilose.

Erste nationale Streiks unter der Regierung Ibáñez

Die erste Periode der CUT begann mit dem konstituierenden Kongreß im Jahre 1953. Er hatte drei Monate nach der Wahl von Carlos Ibáñez zum Präsidenten der Republik stattgefunden. Dieser war von einer breiten populistischen Volksbewegung unterstützt worden, an der sich Marxisten (Sozialistische Volkspartei) bis hin zu Faschisten (Agrar-laboristische Partei) beteiligten.

Während der ersten Monate duldete die Regierung die CUT, doch bald darauf wurde die Volks- und die Gewerkschaftsbewegung Opfer einer massiven Repression.

Am 14. Mai 1954 rief die CUT zum ersten nationalen Streik auf, der mit der Forderung nach öffentlichen Freiheiten verbunden war. 700.000 Werktätige folgten dem Aufruf.



Diese erste Periode organischer Entwicklung wurde durch einen taktischen Fehler der CUT jäh unterbrochen. Am 9. Januar 1956 begann man einen unbefristeten Streik gegen die Regierung von Ibáñez. Der Streik mißlang, und die CUT wurde hart verfolgt.

Rückschlag und Neuaufschwung der CUT (1956 – 1962)

Nach dem gescheiterten Streik galt es für die CUT, den Rückschlag zu überwinden und sich neu zu organisieren.

Der erste ordentliche Nationalkongreß der CUT mußte wegen der schwierigen Lage mehrmals verschoben werden, bis er schließlich vom 15. bis 18. August 1957 stattfinden konnte. Die geringe Teilnahme von nur 495 Gewerkschaftsverbänden machte den Rückgang der Gewerkschaftsbewegung deutlich.

1958 siegte bei den Präsidentschaftswahlen der Vertreter der reaktionären Kreise, Jorge Alessandri.

Anfang 1959 fand ein Ereignis statt, das sich auf ganz Lateinamerika auswirkte: der Sieg der kubanischen Revolution.

Gegen Ende des Jahres, vom 4. bis 8. Dezember 59, fand der zweite ordentliche Kongreß der CUT statt, an dem sich 518 Gewerkschaften beteiligten. Einer der zentralen behandelten Punkte war die Solidarität mit der kubanischen Revolution.

Der dritte nationale Kongreß der CUT wurde vom 1. bis 5. August 1962 durchgeführt. Die Teilnahme von 1.107 Gewerkschaften zeigte, wie weit sich in der Zwischenzeit die Gewerkschaftsbewegung wieder erholt hatte.

Die Aktionslinie der CUT wurde neu formuliert. Bis dahin hatte sich die CUT die unmittelbare und totale Aufhebung des kapitalistischen Systems zur Aufgabe gestellt, was zu Anarchie in der Durchführung kurzfristiger Aktionen geführt hatte. Der dritte Kongreß unterschied zwischen einer langfristigen Zielsetzung — der Aufhebung des kapitalistischen Systems und als Vorstufe dazu der Errichtung einer Volksregierung — und den unmittelbaren Aufgaben, d. h. der Kampf zur Durchsetzung der Lohnforderungen der Werktätigen. Der Kongreß stand unter der Losung: „Chile braucht tiefgreifende Wandlungen“.

Er markierte den Abschluß der zweiten Periode der CUT.

Das Erstarken der Arbeiterbewegung unter der Frei-Regierung

1962 wurde ein unruhiges Jahr. Am 19. November hatte die CUT zu einem Generalstreik aufgerufen. Um den Zugverkehr lahmzulegen, blockierten die Einwohner der Arbeitersiedlung José María Caro bei Santiago die Linien. Die Regierung setzte gegen sie Militär ein, das auf die Massen schoß und 6 Arbeiter tötete und 30 verwundete.

1964 konnte sich der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Eduardo Frei mit absoluter Mehrheit bei den Wahlen durchsetzen. Freis Kandidatur stand unter dem Motto „Revolution in Freiheit“ und wurde als „revolutionäre“ Alternative zum Kandidaten der Volksparteien, Salvador Allende, ausgegeben.

Die Regierung der Christdemokraten in Chile nahm für sich in Anspruch, eine „demokratische“ Antwort auf die kubanische Revolution zu sein. Sie wurde im Rahmen der von den USA entwickelten „Allianz für den Fortschritt“¹⁹ geplant.

In den ersten Jahren war ihre Aktion progressiv und sie zählte auf die Unterstützung breiter Kreise, auch innerhalb der Arbeiterklasse.

Der rechte Flügel der Partei versuchte indessen, die Regierungsmacht zu benutzen, um neben der CUT eine weitere Gewerkschaftszentrale ins Leben zu rufen. Doch der Versuch scheiterte am Einheitswillen der Mehrheit der Arbeiter und stieß darüber hinaus auch beim linken Flügel der eigenen Partei auf Ablehnung.

Vom 26. bis 28. August 1965 fand der vierte Kongreß der CUT statt, unter der Losung: „Gewerkschaftliche Unabhängigkeit und Einheit für den Sieg“. In die Gewerkschaftsleitung wurden 12 Kommunisten und 9 Sozialisten gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Luis Figueroa (Kommunistische Partei) ernannt.

Während der Regierungszeit der Christdemokratie erfuhr die gewerkschaftliche Organisation der ca. 500.000 Landarbeiter und Kleinbauern einen großen Auftrieb.

1964 gab es lediglich 24 Agrargewerkschaften mit insgesamt 1.000 Mitgliedern. 1967 verabschiedete die Regierung das Gesetz Nr. 16.625 über gewerkschaftliche Organisierung auf dem Land, das bald seine Wirkung zeitigte. 1970 war die Zahl der Agrargewerkschaften bereits auf 484 angestiegen. Sie umfaßten 140.631 Mitglieder, von denen etwa 90.000 Mitglieder oder Sympathisanten der Christdemokratischen Partei waren.

Die Suche der Werktätigen nach neuen, revolutionären Wegen

Ab 1968 schlug die Regierung Frei einen reaktionären Kurs ein.

Die Arbeiter wurden unterdrückt und bei verschiedenen Gelegenheiten niedergemetzelt. Dies führte dazu, daß die Christdemokratische Partei sich spaltete, eine linksgerichtete Gruppe, die diese Politik nicht teilte, aus der Partei austrat und die MAPU (Bewegung der Einheitlichen Volksaktion) bildete.

Die negativen Erfahrungen, die die Arbeiter sowie weite Kreise der Mittelschichten mit verschiedenen Regierungen — mit der populistischen von Ibáñez, mit dem Unternehmer Alessandri und mit Freis „Revolution in Freiheit“ — gemacht hatten, bewog sie, neue Wege für die Lösung ihrer Probleme zu suchen.

Die CUT trug entscheidend dazu bei, das revolutionäre Bewußtsein der Werktätigen zu wecken.

Vom 19. bis 24. November 1968 fand ihr fünfter Kongreß statt, an dem 1.497 Gewerkschaftsorganisationen teilnahmen. Die neue Losung war: „Einheit der Werktätigen für revolutionäre Wandlungen“. Während des Kongresses wurde das Scheitern von Freis Weg aufgezeigt und die Forderung tiefgreifender Änderungen aufgestellt, wie sie auch von der Volksbewegung gefordert wurden.

Der Kongreß wurde im Geist der Arbeitereinheit durchgeführt, und es wurde mit besonderer politischer Klarheit Kurs auf die Schaffung einer Bewegung der Volkseinheit genommen, womit die CUT den Weg freimachte für die 1969 erfolgte Konstituierung der Unidad Popular¹⁰. Die Ergebnisse der Wahlen zur nationalen Leitung machten die Kraft der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung deutlich. Die Kommunistische Partei stellte den Vorsitzenden (Luis Figueroa) und 13 beratende Mitglieder; die PS den Generalsekretär und 6 beratende Mitglieder; die Christdemokratische Partei (PDC) den ersten stellvertretenden Vorsitzenden und 2 beratende Mitglieder; die Radikale Partei den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und ein beratendes Mitglied, die Sozialistische Volkspartei ein beratendes Mitglied und die MIR (Bewegung der Revolutionären Linken, 1965 gegründet) keinen Vertreter.

Am 4. September 1970 siegte der Kandidat der Unidad Popular (UP), Salvador Allende, bei den Präsidentschaftswahlen und am 3. November 1970 begann die Amtszeit der Volksregierung.

Damit wurde die vierte Periode der CUT eingeleitet. Sie entspricht den tausend Tagen der Volksregierung.



Landarbeiter in Südkhile



Präsident Allende bei Kupferarbeitern

Die Klassenstruktur Chiles und die verschiedenen Abteilungen des Proletariats

Um 1970 hatte Chile 9 Millionen Einwohner, von denen 3 Millionen zur aktiven Bevölkerung zu rechnen waren. Den Hauptanteil stellte die Arbeiterklasse, die etwas über 1,5 Millionen Personen umfaßte.

Besonders gut organisiert, klassenbewußt und kämpferisch waren die Arbeiter der Monopolunternehmen und der großen Industriebetriebe: großer Kupferbergbau (25.000), Kohle (10.000), Salpeter (7.000), große Industriebetriebe (140.000), Hafendarbeiter (50.000), Bahnarbeiter (27.000), Bauarbeiter (150.000).

Unter ihnen hatten die KP, die PS und in weit geringerem Maße die PDC Einfluß.

Ein relativ hohes Organisationsniveau und Kampfkraft hatten auch die in der Erziehung (130.000) und im Gesundheitswesen (80.000) tätigen Arbeiter und Angestellten entwickelt.

Bei der ersten Gruppe war besonders der Einfluß der Radikalen Partei, der KP, der PS und der PDC stark, während bei der zweiten die KP und PS überwogen.

Die Landarbeiter zählten etwa 340.000 (die gesamte aktive Bevölkerung auf dem Land ergab 738.000 Personen), von denen 140.600 in Gewerkschaften organisiert waren.

Unter den Landarbeitern dominierte die PDC, während die KP und PS mit einem ziemlichen Abstand folgten.

Die chilenischen Arbeiter hatten bei den Wahlen in erster Linie die Unidad Popular unterstützt und an zweiter Stelle die PDC.

Zu den Mittelschichten waren etwa 40 % der aktiven Bevölkerung zu zählen.

Die mittlere und kleine Stadtbourgeoisie (mittlere und kleine Industrielle, mittlere Kaufleute) umfaßte etwa 13.000 Personen, die mittlere und kleine Landbourgeoisie 250.000 Landbesitzer.

Zur kleinen Stadtbourgeoisie gehörten 130.000 etablierte Einzelhändler, 150.000 Markthändler, 23.200 handwerkliche Industrielle und 60.000 Fuhrunternehmer.

Die 100.000 Mapucheindianer, die es im Land gab, gehörten zur kleinen Landbourgeoisie.

Großes Gewicht hatten auch die Angestellten im bürokratischen Staatsapparat, die über 50 % aller Angestellten des Landes ausmachten.

Bei den Wahlen 1970 war die Haltung der Mittelschichten nicht einheitlich: Die mittlere und Teile der kleinen Stadt-

und Landbourgeoisie stimmten für den Kandidaten der Rechten oder den Christdemokraten; die Mehrheit der kleinen Stadt- und Landbourgeoisie stimmte für die UP; die zur kleinen Bourgeoisie gehörenden Berufstätigen stimmten in erster Linie für die Rechten und in geringerem Maße für die Christdemokratie; die Verwaltungsangestellten der Unternehmen unterstützten die PDC oder die UP; die höhere Unternehmerbürokratie gab der Rechten ihre Stimme.

Die Großbourgeoisie (etwa 3 % der aktiven Bevölkerung) setzte sich für den Sieg der Rechten ein.

Neue Aufgaben unter der Regierung Allende

Mit der Amtsaufnahme der Volksregierung vervielfältigten sich die Aufgaben und die Verantwortung der Werkstätigen. Dies wurde von der CUT erkannt, und am 8. Dezember 1970 unterschrieb sie eine Vereinbarung mit der Regierung Allendes, in der es hieß:

„Sowohl das Regierungsprogramm der UP als auch ihre Prinzipienklärung und die Beschlüsse der Kongresse der CUT stellen übereinstimmend fest, daß eine endgültige Lösung der Probleme nur durch tiefgreifende Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes erreicht werden kann. . . Die aktive und direkte Beteiligung der Werkstätigen an der Ausarbeitung und Durchführung dieser Veränderungen wird der beste Garant für ihre Erfüllung sein. . . Die verantwortungsbewußte und patriotische Verpflichtung der Werkstätigen wird es sein, sich ständig um eine Steigerung der Produktivität zu bemühen“¹¹.

Wenige Tage später unterschrieben die Salpeterarbeiter eine feierliche Verpflichtung, auf ihrem Gebiet die Produktion zu steigern. Die Mehrheit der Arbeiterklasse hatte eine ähnlich positive Haltung.

Die Mitbestimmung der Arbeiter vollzog sich auf allen Ebenen. Sie fing damit an, daß zum erstenmal in der Geschichte Chiles Arbeiter Ministerämter einnahmen und reichte über die Mitbestimmung in dem Produktions-, Handels- und Verwaltungsapparat der Unternehmen sowie im Dienstleistungssektor bis hin zur Beteiligung an den Produktionskomitees in jeder Abteilung eines Betriebes. Das heißt, die Werkstätigen hatten aktives Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens des Landes.

Während seiner Rede am 1. Mai 1972 gab Präsident Allende bekannt, daß sich im staatlichen Wirtschaftsbereich in 70 Unternehmen mit insgesamt 70.000 Werkstätigen Verwaltungsräte gebildet hätten und daß dies in weiteren 41 in Kürze geschehen solle. Gleichzeitig teilte er mit, daß im Jahre 1971 alleine 599 neue Industriegewerkschaften (mit 35.000 Mitgliedern) und 122 Agrargewerkschaften (mit 127.000 Mitgliedern) eingetragen worden wären.

Klares Votum der organisierten Arbeiter für die UP-Parteien

Im Oktober 1971 fand der sechste Kongreß der CUT statt. Es war der größte dieser Organisation, und man untersuchte die Formen der Beteiligung der Arbeiter am revolutionären Prozeß. Man beschloß, die neue Leitung der CUT durch direkte Wahlen zu bestimmen, an denen sich alle organisierten Arbeiter beteiligten.

Die Abstimmung, die am 30. und 31. Mai 1972 stattfand, machte die Stärke der verschiedenen Tendenzen innerhalb der Arbeitsbewegung deutlich: die Unidad Popular erreichte 70 % der Stimmen (KP 33 %, PS 28 %, MAPU 3,2 %, PR (Radikale Partei) 2,9 %, IC (Christliche Linke) 0,4 % . . .); die PDC erhielt 27,8 % und die MIR 1,2 % der Stimmen.

Die Wahlen bewiesen, daß die Kommunistische Partei weiterhin die stärkste Partei war, daß die PDC einen Stimmenzuwachs verbuchen konnte (zweifellos wurde sie von den



CUT-Vorsitzender Luis Figueroa

reaktionären Kreisen unterstützt) und daß die MIR innerhalb der Arbeiterklasse einen verschwindend geringen Einfluß besaß.

Die Opposition versuchte mehrmals, die Arbeiter gegen die Volksregierung aufzubringen, indem sie sie zu übermäßigen Lohnforderungen anhalten wollte. Obgleich bei diesen Aktionen Rechtsextremisten, Christdemokraten und Ultralinke gemeinsam handelten, scheiterten ihre spalterischen Bestrebungen.

Einen gewissen Erfolg konnten sie Anfang 1973 bei dem Streik der Kupferarbeiter von El Teniente erreichen. Doch obwohl sich im Kupferbergbau eine „Arbeiteraristokratie“ herausgebildet hatte, beteiligten sich an dem Streik, der zwei Monate dauerte, keine 50 % der Arbeiter. In anderen Minen kam es zu kurzen Arbeitsniederlegungen.

Im allgemeinen haben jedoch die Kupferarbeiter, wie alle anderen Arbeiter, die Volksregierung verantwortungsbewußt unterstützt.

Im Jahre 1973 hatte die CUT eine Million Mitglieder. Die größten angegliederten Arbeitsverbände waren: Landarbeiter (152.000)¹², Erziehungswesen (130.000), Bau und Holz (125.000), Minen (100.000), Hafen und Schiffe (50.000), Gesundheitswesen (45.000), Textilindustrie (35.000), Metall (35.000), Bahnarbeiter (27.000), Akademiker und Techniker im Gesundheitswesen (18.000), Arbeiter im öffentlichen Dienst (16.000), Bankangestellte (16.000), Leder- und Schuhindustrie (12.000), Personal der Staatsuniversität, Universidad de Chile (10.000).

Die Volksregierung wurde am 11. September 1973 gewaltsam gestürzt. Damit endete auch die vierte Periode der CUT.

Der Widerstand des chilenischen Proletariats gegen die faschistische Diktatur

Der faschistische Putsch hatte das Ziel, den von den chilenischen Arbeitern vorangetriebenen revolutionären Prozeß abzubrechen. Deshalb wurden die chilenische Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen besonders hart verfolgt.

Am 24. September 1973 wurde das Gesetzesdekret Nr. 12 verabschiedet, das die CUT verbot. Wenig später stellte das

Gesetzesdekret Nr. 198 die Gewerkschaften unter Militärkontrolle.

Doch die Arbeiterklasse kämpft weiter.

Die CUT ist in den Untergrund gegangen und leitet von dort aus die Aktionen. In jeder Gewerkschaft gibt es neben der von den Faschisten ernannten Leitung noch eine von den Arbeitern gewählte Untergrundführung.

Es haben bisher über 3.000 Streiks stattgefunden. So streikten beispielsweise die Arbeiter der Kupfermine El Salvador neun Mal hintereinander und erreichten damit, daß neun Arbeiterführer der Mine, die am 17. Juli 1975 verhaftet worden waren, wieder freigelassen werden mußten.

Zur Zeit arbeiten 24 landesweite Gewerkschaftsverbände, in denen die Mehrheit der Werk­tätigen organisiert ist. Diese haben die Projekte der Junta zum Arbeitsrecht und besonders ihr neues Arbeitgesetzbuch abgelehnt. Darüber hinaus haben sie ihre Entschlossenheit bewiesen, die Einheitszentrale der Werk­tätigen Chiles zu verteidigen und keine Nebenorganisationen zuzulassen.

Unter dem grausamen Terror kämpfen die chilenischen Arbeiter weiterhin für bessere Lohnbedingungen und für gewerkschaftliche Freiheiten. In diesen Kämpfen bildet sich an der Basis die antifaschistische Einheit.

Gewerkschaftsvertreter der Unidad Popular und der PDC haben eine gemeinsame Plattform entwickelt, die sowohl wirtschaftliche als auch politische Forderungen enthält. Dies trägt dazu bei, daß die Aktivität der Massen wächst und sie das Vertrauen in ihre eigene Kraft zurückgewinnen.

Der ungebrochene Widerstand bewirkt von Seiten der Faschisten eine verstärkte Repression.

Im Mai 1976 fand die grausamste Repressionswelle seit dem Putsch 1973 statt. Viele Arbeiterführer wurden verhaftet, doch ihre Verhaftung wird geleugnet: Bernardo Araya, Victor Diaz, Mario Zamorano, Exequiel Ponce. Unter den Verhafteten befinden sich auch führende Repräsentanten der UP wie Jorge Munoz, José Weibel, Carlos Lorca, Ricardo Lagos und weiterhin Luis Corvalan, Symbol der politischen Gefangenen des Faschismus.

Anmerkungen:

- ¹ Zit. nach: Juan Vargas Puebla, La lucha por la unidad de la clase obrera (Der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse), in: Auslandsbulletin der KP Chiles, Santiago, Nr. 16/März-April 1976, S. 33f.
- ² Ricardo Donoso, Alessandri, agitador y demoleedor (Alessandri, Agitator und Zerstörer) Bd. I, Santiago, o.J., S. 91
- ³ Zit. nach: Emilio Rojo, Hace 100 años nació el fundador del PC de Chile (Vor 100 Jahren wurde der Begründer der KP Chiles geboren); in: Recabarren, Herausgeber: Chile Antifascista, Berlin 1976, S. 13
- ⁴ Zit. nach: Emilio Rojo, a.a.O., S. 13 f.
- ⁵ Zit. nach: Juan Vargas Puebla, a.a.O., S. 36
- ⁶ Zit. nach: Emilio Rojo, a.a.O., S. 15
- ⁷ Zit. nach: Auslandsbulletin de KP Chiles, Santiago, Nr. 16/März-April 1976, S. 49
- ⁸ Zit. nach: Chile, Beilage zu Ahora, Santiago, November 1971, S. 61
- ⁹ Vgl. Manfred Uschner, Die neokoloniale Strategie der USA im „Hinterhof Lateinamerika“, in: Antimperialistisches Informationsbulletin, Marburg, Nr. 6/1976, S. 17–27
- ¹⁰ Vgl. Chile-Referat. Antimperialistisches Informationsbulletin, Marburg, Nr. 11–12/1973, Dokumententeil, S. 14
- ¹¹ Zit. nach: Chile, Beilage zu Ahora, a.a.O., S. 60
- ¹² Die der CUT zugehörige Landarbeitergewerkschaft „Ranquil“ („Confederación Nacional Campesina Indígena“), die von der KP angeführt wurde, war die stärkste Gewerkschaft des Landproletariats. Die zweitstärkste Landarbeitergewerkschaft „Libertad“ („Confederación Nacional Sindical Campesina“) umfaßte rund 100.000 Mitglieder, wurde von der PDC kontrolliert und war nicht der CUT angeschlossen.



Am 12. Juni 1976 setzte das Militär in Uruguay Juan Maria Bordaberry als Staatspräsidenten ab und vorerst Alberto Demichelli, den bisherigen Vizepräsidenten, an seine Stelle. Ursache der Ablösung Bordaberrys war, daß er sich beharrlich gegen die Kräfte wehrte, die beabsichtigten, vor das Gebäude ihrer Diktatur eine Zwei-Parteien Fassade (Zulassung nur der gesäuberten "Colorados" und "Blancos" nach dem Vorbild des Zweiparteiensystems in Brasilien) zu setzen.

Am 27. Juni d.J. konstituierte sich ein "Rat der Nation", der sich aus dem 25 Mitglieder zählenden Staatsrat und den 21 ranghöchsten Offizieren der Streitkräfte zusammensetzt, und der allmählich "die Rückkehr des Landes zur Demokratie einleiten soll" (NZZ, 29.6.1976). Allerdings war schon vorher klar, wie Demichelli formulierte: Verboten bleiben die seit 1973 illegalen linken Parteien, suspendierte Parteien dürfen in etwa drei Jahren eine begrenzte Tätigkeit ausüben und eine "demokratische Öffnung" ist vor 1984 nicht zu erwarten. Per Dekret suspendierte Demichelli die laut Verfassung für November fälligen Präsidentschaftswahlen.

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß sich grundsätzlich nichts an der Politik der Diktatur ändern wird. Vieles deutet daraufhin, daß die USA und ihr Botschafter Siracusa bei der Absetzung Bordaberrys die Finger im Spiel hatten (siehe Kasten).

Über die Hintergründe der neueren Entwicklung, den Faschisierungsprozeß im südlichen Lateinamerika und den Volkswiderstand in Uruguay informierte im Juni des Jahres Enrique Rodriguez, Sekretär des ZK der KP Uruguays, der dem AIB dieses Interview gewährte.

Interview mit Enrique Rodriguez

Die Diktatur in Uruguay und die Faschisierung Lateinamerikas

FRAGE: In Bolivien, Chile und Uruguay sind in den letzten Jahren faschistische Regimes etabliert worden. Seit der Machtübernahme der Militärs in Argentinien zeichnet sich dort eine ähnliche Entwicklung ab. Worin liegen Ihrer Meinung nach die tieferen Ursachen dieses Faschisierungsprozesses begründet?

E. RODRIGUEZ: Es wäre in der Tat nicht korrekt, das Problem Uruguay isoliert von den Ereignissen in Südamerika darzulegen. In Uruguay gibt es heute eine authentische Tragödie der Repression, der faschistischen Methoden, wobei wir uns in Uruguay bewußt sind, daß es sich dabei nicht um ein nur internes Problem unseres Landes handelt. Vielmehr steht dies in unmittelbarer Verbindung mit dem Versuch des nordamerikanischen Imperialismus, gestützt auf die einheimische soziale Reaktion, im ganzen Süden Lateinamerikas faschistische Regimes zu errichten und die Zerschlagung der fortschrittlichen Bewegung zu organisieren.

Ursachen der Faschisierung: ökonomische Strukturkrise ...

Es handelt sich bei diesen schmerzlichen Ereignissen nicht um ein Problem, das heute in diesem oder jenem Lande geschieht, sondern es handelt sich um eine Situation, die alle Länder Lateinamerikas betrifft.

Die Ursache der Diktaturen in Uruguay, in Chile, in Bolivien und Paraguay ist in erster Linie eine ökonomische. Die südamerikanischen Gesellschaftsordnungen befinden sich in einer allgemeinen Krise, in einer tiefen ökonomischen Strukturkrise, aufgrund ihrer internen Widersprüche



E. Rodriguez beim Gespräch

und aufgrund der Abhängigkeit vom monopolistischen ausländischen Kapital. Die Ausnahme in dieser Beziehung ist nur Kuba.

Diese Situation ist solange für die USA nicht gefährlich, solange man sie noch mit einigen Mitteln mildern kann wie durch die "Allianz für den Fortschritt", die 1962 installiert wurde, und eine Reihe weiterer Stützungsmaßnahmen des US-Kapitals für die südamerikanischen Oligarchien.

In den letzten Jahren aber war diese Situation und diese Politik für die lateinamerikanischen Länder, für ihre Wirtschaft und die Entwicklung ihrer Industrie verhängnisvoll und zeigte absolut keinen Ausweg.

Es begann ein Kampf gegen diese Situation, der sich nicht überall gleichmäßig aber im kontinentalen Maßstab entwickelte.

So könnte man auf die Revolution 1952 in Bolivien hinweisen, auf Guatemala 1953/54, auf die kubanische Revolution oder auf die 1968 von nationalistisch-revolutionären Militärs durchgeführte Revolution in Peru.

Explosive und gefährliche revolutionäre Ereignisse waren natürlich der Sieg der Unidad Popular in Chile, der Fortschritt der Frente Amplio in Uruguay oder das Anwachsen und Erstarren der antiimperialistisch-nationalistischen Bewegung in Argentinien, was einen Höhepunkt in der Rückkehr und Wiederwahl General Perons fand.

All diese verschiedenartigen Bewegungen haben ein und dieselbe Stoßrichtung: den Kampf gegen die politische und ökonomische Vorherrschaft durch den Neokolonialismus, durch die internationalen Konzerne.

... und gegenrevolutionäre Politik der USA

Die Vereinigten Staaten sind fest entschlossen, kein zweites Kuba mehr auf dem Kontinent zuzulassen und auch keine antiimperialistisch-revo-

lutionäre Regierung, wie es die der Unidad Popular in Chile war und die der Frente Amplio in Uruguay wäre. Deshalb greifen sie zu offen faschistischen Methoden, wenn sie sich nicht mehr mit demokratischen Mitteln an der Macht zu halten vermögen.

FRAGE: Die Praktizierung einer reaktionären Regierungspolitik in dem als lateinamerikanisches Musterland bürgerlicher Demokratie geltenden Uruguay wird allgemein mit dem Putsch von 1973 in eins gesetzt. Hat es indessen nicht schon vorbereitende Schritte gegeben?

E. RODRIGUEZ: Ja, denn der Prozeß der Faschisierung in Uruguay hat bereits im Jahre 1968 unter dem Vorgänger von Bordaberry, unter der Regierung von Pacheco Areco begonnen. Es begann ein Angriff gegen alle Rechte und Freiheiten, beispielsweise das Streik- und Versammlungsrecht, jedoch noch ohne die Form einer Diktatur anzunehmen. Die Erklärung für diesen reaktionären Vormarsch liegt darin, daß in den letzten 8-10 Jahren die Entwicklung der fortschrittlichen Volksmassen, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der Studentenbewegung, der fortschrittlichen Strömungen innerhalb des Heeres und der Kirche, die allgemeine Opposition zu einer großen Einheit geführt hatten, die 1971 mit der Bildung der Frente Amplio, der Breiten Front, einen Hö-

Die Geschäfte des US-Botschafters Siracusa

Diplomatischer und wirtschaftlicher Druck der USA auf das Militärregime in Uruguay, die Diktatur langsam in eine "kontrollierte Demokratie" zu transformieren, hat zu... ersten Zerwürfnissen zwischen Präsident Bordaberry und den Militärs geführt(...)

Vor allem Wirtschaftsminister Alejandro Villegas bestand auf einer allmählichen Rückkehr zu demokratischen Regierungsformen unter Erhaltung der traditionellen großen Parteien von "Colorados" und "Blancos". Der Wirtschaftsminister war für eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten um nur fünf Jahre, in denen die traditionellen Parteien von unbequemen Politikern gesäubert werden sollten, um dann risikolos freie Wahlen abhalten zu können.

In diese innere Diskussion schaltete sich im April offen der US-Botschafter in Montevideo ein, indem er Armeechef General Julio Cesar Adora in einem Schreiben aufforderte, den Ausnahmezustand aufzuheben, Wahlen mit sorgfältig ausgesiebten Kandidaten der traditionellen Parteien vorzubereiten und den allmählichen Rückzug der Militärs aus dem öffentlichen Leben einzuleiten. US-Botschafter Ernest Siracusa hatte bereits als Botschafter in Bolivien 1971 beim Sturz des vor kurzem in Buenos Aires ermordeten bolivianischen Präsidenten Juan José Torres Erfahrungen in der Neuorganisation innenpolitischer Verhältnisse eines lateinamerikanischen Landes gesammelt. Sein Gesprächspartner, Armeechef Vadora, diente vor der Berufung auf diesen Posten als Vertreter Uruguays in der "Interamerikanischen Verteidigungsjunta" in Washington und genießt das Vertrauen des Pentagon. In der Auseinandersetzung mit Bordaberry über die Frage der Beibehaltung traditioneller Parteien oder der Errichtung eines korporativen Staates vertreten Wirtschaftsminister Villegas, US-Botschafter Siracusa und Armeechef Vadora die Meinung, daß eine völlige



Abschaffung der Parteien und des Parlaments die marxistischen Strömungen nur stärken würde.

Von Seiten der USA spielt in der Sorge um die innenpolitische Zukunft Uruguays auch eine Rolle, daß es dem Pentagon bisher nicht gelungen ist, die Zustimmung Uruguays zur Errichtung einer Luftwaffenbasis des Strategic Air Command zu erhalten, obwohl eine Entschädigung von jährlich 100 Mio Dollar angeboten wurde (eine Summe, die der Hälfte des uruguayischen Exports entspricht).

Den USA liegt nach den Veränderungen in Angola und Moçambique viel an einer Luftwaffenbasis in Südamerika, die zur verstärkten Überwachung des Südatlantik nötig wäre. Gegen die Genehmigung des Baus einer US-Basis in Uruguay hatten sich bisher die Mitglieder des nationalistischen Flügel innerhalb der Streitkräfte ausgesprochen, darunter die Chefs von Luftwaffe und Marine sowie der Kommandant der vierten Militärregion, General Gregorio Alvarez. In seinem Schreiben an Vadora forderte US-Botschafter Siracusa deshalb auch die Versetzung Alvarez in den Ruhestand.

(Aus: Süddeutsche Zeitung, 11.6.1976)

hepunkt erreichte. Die Breite Front stand unter dem Vorsitz von General Liber Seregni und an ihr beteiligten sich die Christdemokratische, die Kommunistische und Sozialistische Partei sowie Gruppen anderer traditioneller Parteien auf der Grundlage einer fortschrittlichen linken Plattform¹⁾.

Das erste Opfer der reaktionären Welle, die später zur Diktatur führte, war der junge Student und Arbeiter, Liber Arce, der im August 1968 ermordet wurde.

Zwei Wege des Kampfes: Volksbewegung und Tupamaros

Die Wege, die der Kampf in Uruguay beschritten hat, kann man in zwei parallel verlaufenden Wegen zusammenfassen:

Da ist auf der einen Seite der starke, intensive, ununterbrochene Kampf des Volkes, besonders der Arbeiterklasse, die Bildung von starken einheitlichen Gewerkschaften mit der Gewerkschaftszentrale CNT (Convencion Nacional de Trabajadores - Nationalversammlung der Arbeiter)²⁾ und der Kampf der fortschrittlichen politischen Parteien in der Frente Amplio; und auf der anderen Seite kämpfte die Tupamaro-Bewegung mit Methoden des individuellen Terrors und des direkten militärischen Kampfes gegen die Reaktion.

Der Kampf entwickelte sich in beiden Formen, und beide waren zweifelsohne Ausdruck einer großen sozialen wie politischen Unzufriedenheit der Volksmassen und flossen gewissermaßen ein in den Kampf gegen die herrschende Klasse, gegen das kapitalistische System, gegen die Zustände in Uruguay.

Diese beiden Bewegungen erbrachten zwei verschiedene Ergebnisse.

Die vereinte Arbeiter- und Volksbewegung beteiligte sich in Gestalt der Frente Amplio kurz nach ihrer Gründung an den Wahlen Ende 1971, stellte ihren Vorsitzenden General Seregni als Präsidentschaftskandidaten auf und führte eine sehr intensive Wahlkampagne im ganzen Lande durch. Das Wahlergebnis waren über 20% der abgegebenen Stimmen im ganzen Lande und besonders viele in der Hauptstadt Montevideo (31%, d.Red.). Bordaberry gewann die Wahlen und wurde Präsident mit sehr wenigen Stimmen Vorsprung.

Die Errichtung der Bordaberry-Diktatur 1973

Die Kämpfe hielten nach der Wahl Bordaberrys zum Präsidenten (er trat im März 1972 sein Amt an) unvermindert an.

Die Arbeiterklasse führte zahlreiche Streikkämpfe durch.

Auch die Tupamaros führten ihre Aktionen mit den bekannten Methoden weiter. Und schon im April

1972 griff Bordaberry zu den schärfsten Maßnahmen, bei denen er das Heer gegen die Tupamaros einsetzte und den inneren Kriegszustand verkündete.

Im Ergebnis dieser Repression wurde der Militärapparat der Tupamaros zerschlagen, und da sich diese Bewegung nur auf ihren Militärapparat stützte, wurde sie faktisch zerstört. Viele tausende Tupamaros wurden verhaftet, mißhandelt und ermordet. Viele Tupamaros gingen nach Chile. Nach dem Putsch mußten sie aber auch aus Chile wieder die Flucht antreten. Der Kampf der Volksbewegung aber ging weiter.

Im Januar 1973 führte dies zu einer fortschrittlichen, nationalistischen Bewegung der Offiziere³⁾, aber Bordaberry arrangierte sich mit den ultrareaktionären Offizieren und Generälen des Heeres. Und am 27. Juni 1973 schritten sie zum Staatsstreich.

FRAGE: Wie reagierte die Volks- und Arbeiterbewegung auf den Rechtsputsch?

E. RODRIGUEZ: Bordaberry und die reaktionären Militärs glaubten, daß sie nach der Zerschlagung der Tupamaro-Bewegung die Volksbewegung in Schach halten könnten. Das hat sich aber nicht bestätigt, handelte es sich doch um zwei grundverschiedene, nicht miteinander verbundene Bewegungen. So irrten die Putschisten auch, als sie erwarteten, daß sich ihnen am 27. Juni und danach kein nennenswerter Widerstand entgegenstellen werde.

Widerstand und organisierter Rückzug

Stattdessen erklärte die Gewerkschaftszentrale CNT am Tag des Staatsstreiches den politischen Generalstreik, der 15 Tage lang mit Fabrikbesetzungen durchgeführt wurde. Dieser Generalstreik hatte zwar nicht den allgemeinen Aufstand zum Ziel. Aber er war die kämpferische Antwort der vom Volk unterstützten Arbeiterbewegung auf die Errichtung der Diktatur, hätte aber, falls eine Spaltung der Armee eingetreten wäre, eventuell zum Sturz der Diktatur führen können. Das geschah nicht.

Jedenfalls war es unmöglich, die Errichtung der Diktatur ohne Kampfansage hinzunehmen. Aus politischen wie aus moralischen Gründen war es notwendig, daß die Arbeiterklasse - die eine einheitliche Kraft im Lande darstellt, denn es gibt in Uruguay keine anderen als die klassenbewußten Gewerkschaften - im Verein mit dem Verband der Uruguayischen Hochschulstudenten (FEUU) und anderen Kräften mittels eines Generalstreiks ihre Opposition, ihren Protest gegen die Errichtung der Diktatur bekundete.

Als sie nach 15 Tagen den Generalstreik aufheben mußte, wandte sich die CNT-Führung in einem Mani-

fest an die Arbeiterklasse. Sie erklärte, warum dies unumgänglich war, und es begann eine neue Periode im Kampf gegen die Diktatur.

Die CNT wurde von der Regierung verboten, weil sie diesen Streik initiiert hatte, aber die Gewerkschaften bestanden weiter und in dieser Periode, die sehr hart war - viele Arbeiter und Mitglieder der fortschrittlichen Parteien wurden verhaftet - ging der Kampf weiter. Der 1. Mai wurde begangen, und eine ganze Reihe von Forderungen der Arbeiterklasse konnten in den Tageskämpfen der Phase von Juli 1973 bis zum September 1975 noch durchgesetzt werden.

Diese Periode hat auch der Diktatur bewiesen, daß es ihr nicht gelungen ist, die Volksbewegung zu zerschlagen. Es ist ihr beispielsweise nicht gelungen, obwohl es versucht wurde, die Gewerkschaftsbewegung, die eine sehr wichtige Rolle spielt, im Lande für sich zu gewinnen. Ja nicht nur die Gewerkschaftsbewegung als solche, sondern nicht einmal eine einzige Gewerkschaft konnte für die Politik der Diktatur gewonnen werden.

Schlag gegen die Oppositionskräfte im Oktober 1975

Einer der Hauptanliegen der Diktatur und ein Wunsch der reaktionären Bourgeoisie war es seit langem, die Universität von fortschrittlichem Geist zu reinigen.

Man organisierte deshalb geheime Wahlen für den Senat der Universität und gleichzeitig für die repräsentative Form, in der Studenten, Dozenten und der Senat die Geschicke der Universität leiten. Diese Wahl ergab, daß 72% der Wähler gegen die Kandidaten, die die Politik des Regimes verfochten, stimmten.

Die Antwort der Diktatur war die militärische Intervention an der Universität und die Auflösung des Studentenverbandes FEUU.

FRAGE: In der letzten Zeit sind erschreckende Bilder und Nachrichten über Folterungen in Uruguay an die Öffentlichkeit gedrungen. Welche Ausmaße und neuen Züge hat der Terror der Diktatur in jüngster Zeit angenommen?

E. RODRIGUEZ: Die Diktatur bereitete sich einhalb Jahre auf einen großangelegten Schlag gegen die fortschrittlichen Kräfte vor, der im Oktober vergangenen Jahres stattfand. Sie konzentrierten alle Repressionskräfte, das Heer, die Marine, die Luftwaffe, die Polizei, die uruguayischen Geheimdienste, den US-Geheimdienst CIA und die brasilianische Polizei gegen die fortschrittliche Bewegung im Lande.

Man muß sagen, daß 54% des Staatshaushaltes für Repressionszwecke und für das Heer verausgabt werden, was ein und dasselbe ist, da das Heer keine anderen Aufgaben erfüllt, als die Unterdrückung der Volksmassen.

Die angewandten Methoden waren bisher in Uruguay absolut unbekannt. Und wir sind der Meinung, daß dieses Vorgehen hier getestet werden soll, um die Wirkung festzustellen. Die Mißhandlungen und die Folter, individuell gesehen, sind von einer unerhörten und fast unbeschreiblichen Grausamkeit. Doch es handelt sich nicht nur um eine individuelle Grausamkeit, sondern um eine Massenmißhandlung.

Neuartige Foltermethoden

Man muß sich vorstellen, daß seit Oktober 1975 Tausende Patrioten, Bürger des Landes, auf solche Weise mißhandelt worden sind. Über die grausamen Methoden geben Beschreibungen Aufschluß, die aus den Folterzentren des Heeres und der Polizei an die Öffentlichkeit gelangten; darunter zwei spektakuläre Photographien und der Brief eines Offiziers. Die besagten Fotos zeigen 2 Foltermethoden, bei denen Patrioten aufgehängt oder auf einen Bock, d.h. auf ein vierkantiges Eisen gesetzt werden.



Uruguayische Foltermethode "Sägebock"

Aber es gibt noch andere, diesen vergleichbare Methoden, die bloß noch nicht fotografiert werden konnten. So ist z.B. bekannt, daß in einem kleinen Raum monatelang 62 Frauen gänzlich unbekleidet und ohne den Raum verlassen zu dürfen, gefangengehalten worden sind.

Die Schändung von Frauen und Männern vor anderen Gefangenen ist eine Sache, die man auch nicht fotografisch dokumentieren kann; oder die Mißhandlung der Eltern vor den Augen der Kinder.

Das ist ein Massenterror, bei dem kein Verhör stattfindet. Die Mißhandlung und die Folter kommen vorher; das gehört zum System.

Dies ist der Terror, der in die Familien, in al-



Folterzentrum in Montevideo

le Menschen, die die Gefangenen umgeben, hineingetragen werden soll, um Angst herzustellen, um die Menschen vom Kampf abzuhalten. Und man sieht, das Ziel ist, die Verhafteten und besonders die bekannten Persönlichkeiten der Opposition physisch zu vernichten. Es steht fest, daß viele der Verhafteten, auch wenn sie die Freiheit wiedererlangen werden, die Konsequenzen der Mißhandlungen ihr ganzes Leben lang mit sich führen werden.

Man versucht, diese Methoden an Liber Seregni, dem Vorsitzenden der Frente Amplio, der zum zweiten Mal verhaftet worden ist, und an anderen bedeutenden Führern der uruguayischen Volksbewegung anzuwenden. Unter ihnen sind ein weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannter Mathematiker, Prof. José L. Massera, ehemalige Abgeordnete, Arbeiter- und Studentenführer, die gefoltert und physisch zerstört werden. Man geht gegen die Patrioten jetzt mit den gleichen Mitteln vor, mit denen man seinerzeit bei der Unterdrückung der Tupamaro-Bewegung vorgegangen ist.

Massenmißhandlungen und politische Morde

Man weiß nicht genau die Anzahl der bei der Tortur ermordeten, aber man rechnet damit, daß schon bis zu 70 Personen bei Folterungen ermordet worden sind.

Neben diesen Morden durch Mißhandlung beginnt man jetzt auch, den direkten politischen Mord zu praktizieren. So wurde z.B. in Argentinien in Buenos Aires vor einigen Wochen mit Hector Gutierrez Ruiz, dem Präsidenten der Deputiertenkammer wie führenden Mitglied der großbürgerlichen Partido National ("Blancos") und dem Senator Zelmar Michelini, der sich Frente Amplio angeschlossen hatte, zwei bürgerliche Gegner der Diktatur verschleppt und 8 Tage danach fürchterlich verstümmelt in Buenos Aires aufgefunden.

Diese Ermordung der beiden bekannten Politiker fand statt in dem Moment, da in Uruguay die Wahlen laut Gesetzgebung am letzten Sonntag im November 1976 stattfinden müssen, und schon jetzt haben sich Politiker und Parteien - bürgerliche Parteien sind nicht verboten, aber in ihrer Ak-

tivität suspendiert - Gedanken gemacht und Meinungen geäußert, wie die Wahlen durchgeführt werden sollten.

Die Ermordungen muß man direkt als Antwort auf diese berechtigten Bestrebungen interpretieren, um jede politische Äußerung zu unterbinden.

FRAGE: Welche Formen des Widerstandes gegen die Diktatur lassen sich unter derart schwierigen Bedingungen überhaupt feststellen?

E. RODRIGUEZ: Die Aufgabe unter den jetzigen Bedingungen einer extremen und umfassenden Unterdrückung besteht darin, die Kräfte zu sammeln, den Rückzug der Kräfte, die weiterbestehen, zu ordnen und neue Aktionen gegen die Diktatur einzuleiten.

Wir müssen klar und deutlich aussprechen, daß unter den gegebenen Umständen keine Offensivaktionen gegen die Diktatur möglich sind. Wir befinden uns in einem Krieg, und im Krieg ist es manchmal nötig, den Rückzug anzutreten, um Kräfte zu sammeln und auch um die Wunden zu heilen.

Nach ersten Rückschlägen der Volksbewegung: Sammlung neuer Kräfte

Es wäre falsch zu glauben, daß die seit Oktober 1975 exerzierten Massenverhaftungen, bei denen über 400 leitende Kader der Arbeiterbewegung verhaftet worden sind, keine Konsequenzen auf die momentane Entwicklung des Kampfes nähmen. Das bedeutet nicht, daß kein Widerstand existiert; und natürlich werden weiter illegale Zeitschriften herausgegeben, Flugblätter verteilt, und am 1. Mai schrieb man "Nieder mit der Diktatur" an die Wände; doch alles in geringerem Ausmaß als ein Jahr zuvor.

Es ist im Moment nicht das Wichtigste, zu großen Gegenschlägen auszuholen, nur um damit zu demonstrieren, daß wir in der Lage sind, dies zu tun. Viel wichtiger ist es, die Kräfte für zukünftige, ernsthaft vorbereitete Aktionen zu sammeln und zu organisieren, in der Gewißheit, daß der Sieg unser sein wird.

Wie schon erwähnt, ist es der Diktatur nicht gelungen, die Arbeiterklasse zu spalten, Gewerkschaften für sich zu gewinnen oder "Gelbe Gewerkschaften" zu schaffen. Ähnlich ist es auf dem Gebiet der Studentenbewegung. An den Universitäten hat man versucht, die Dozenten zu kaufen, zu bestechen; da dies jedoch nicht gelang, wurden Hunderte von ihnen entlassen.

Zu Beginn der Diktatur bestand die Diskrepanz mit der Kirche nur in geringen Reibungen. Doch sie hat sich im Laufe der zweieinhalb Jahre Diktatur zu großen Widersprüchen entwickelt.

Innerhalb der Frente Amplio hat es keine Spaltungen gegeben. Die Frente Amplio besteht weiter mit der Sozialistischen Partei, der Christdemo-

Daten zu Uruguay

ALLGEMEINES

Fläche: 187 000 qkm (zum Vergleich: mehr als 2/3 der Fläche der BRD)

Bevölkerung: 2,9 Mio, davon 80% in Städten

Erwerbstätige: ca. 1 Mio, davon fast die Hälfte außerhalb der materiellen Produktion, im Dienstleistungsgewerbe sowie im Bankwesen

Bevölkerungswachstum: 1,3%

Hauptausfuhr Güter: 80% der Ausfuhr bestritten Fleisch, Wolle, Fleischprodukte sowie Textilien. Sie machen 90% der Gesamteinkünfte aus.

WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Bruttosozialprodukt in Mio Dollar:

1970	2.357
1972	2.240
1973	1.726

(Länder der Erde, Berlin 1975, S. 761; Bundestagsdrucksache 7/4293, S. 106)

Handelsbilanz in Mio. Dollar:

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Differenz
1973	321,51	284,81	+ 36,69
1974	363,24	480,85	- 117,61
1975 (Jan-Sept)	243,30	392,80	- 149,50

(Blick durch die Wirtschaft, 19.2.1975; Handelsblatt, 14.7.1975)

Auslandsschulden in Mio Dollar:

1973	870,5
1974	ca. 1.000,0

Abwertung des Peso:

1974	43,4%
1975	35% (Januar - Oktober)

Der US-Dollar hat sich damit auf dem Handelsmarkt um 55,6% verteuert.

(Neues Deutschland, 12.2.1975; Handelsblatt, 10.11.1975; Kurzbericht über Lateinamerika, Deutsch-Südamerikanische Bank, November 1975, S. 105/106)

Inflation:

1969	14,50%
1973	77,51%

Fiskaljahr 74/75 (31. März)	91,70%
Fiskaljahr 75/76 (31. März)	30,00% (projiziert)

Lebenshaltung:

1974 verteuerten sich die Lebenshaltungskosten für:

Lebensmittel um	50,51%
Bekleidung um	9,58%
Wohnungen um	20,15%

(Blick durch die Wirtschaft, 11.2.1975)

Arbeitslosigkeit, Armut und Auswanderung:

Nach neuesten verfügbaren amtlichen Angaben, die allerdings zu niedrig liegen, beträgt die Arbeitslosenquote 9,6%

(Bundestagsdrucksache 7/4293, November 1975, S. 129)

18,4% der Erwerbsspersonen arbeiten weniger als 30 Stunden

1/3 der Familien Montevideos (inages. 290.300) muß mit einem Einkommen überleben, das unter dem Existenzminimum liegt

Wegen der anhaltend schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage sind seit 1968 ca. 400.000 Menschen (Professoren, Facharbeiter etc.) aus Uruguay abgewandert.

kratischen Partei, der Kommunistischen Partei, den Fraktionen anderer Parteien und der Militärs.

FRAGE: Heißt das, daß es der Diktatur auch nach dem September 1975 nicht gelungen ist, die Frente Amplio als politische Hauptkraft des Widerstands entscheidend zu schwächen?

E. RODRIGUEZ: Die Frente Amplio hat natürlich mit der erneuten Verhaftung von General Seregni einen schweren Schlag erlitten, weil die Persönlichkeit Seregnis - der keiner Partei angehört - von großer Bedeutung für das ganze Funktionieren der Frente Amplio ist. Aber die Frente Amplio besteht trotzallem weiter.

Natürlich kann sie nicht öffentlich auftreten. Das ist unter den jetzigen Bedingungen unmöglich. Sie arbeitet illegal und ihre Arbeit ist natürlich schwieriger als die einer Partei, weil sie über den Parteien steht und die verschiedensten Kräfte erfassen muß. Es finden jedoch ständig Verständigungsgespräche zwischen Vertretern der Parteien statt, um die Arbeit zu koordinieren.

Darüber hinaus wird Verbindung zu anderen politischen Kräften aufgenommen, die die Diktatur

nicht unterstützen, wie die Partido Nacional ("Blancos"). Natürlich wurden auch für die Frente Amplio die Bedingungen nach dem September schwieriger und sehr hart.

Die Frente Amplio und das antidiktatorische Minimalprogramm

Das Wichtigste für uns ist, daß die ganze Struktur der Frente Amplio, die Opposition der anderen Parteien, die nicht der Frente Amplio angeschlossen sind, die Opposition der Kirche, weiter bestehen und sich weiter vertiefen; daß es der Diktatur nicht gelungen ist, sie für sich zu gewinnen oder auseinander zu dividieren.

Das ist für uns die Gewähr, daß die Entwicklung in Uruguay wieder neue, stolze Kampfesformen annehmen wird. Aber wann das sein wird, das zu entscheiden, liegt nicht bei uns im Ausland, das liegt bei den Kräften der Opposition im Innern.

FRAGE: Gibt es bereits Anzeichen, die in die Richtung einer möglichen Front aller Diktaturgegner deuten?

E. RODRIGUEZ: Ja, es bestehen Voraussetzungen,

Bestrebungen und sogar erste Schritte zur Bildung einer antidiktatorischen Front, an der auf noch breiterer Basis nicht nur die schon erwähnten Kräfte der Frente Amplio teilhaben, sondern selbst großbürgerliche Kräfte wie die Nationalpartei der "Blancos".

Das Programm der Frente Amplio ist ein antiimperialistisches und relativ fortgeschrittenes Programm. Aber für den Kampf gegen die Diktatur hat man über die Frente Amplio hinaus zusammen mit anderen Kräften wie der Partido Nacional ein reduzierteres Programm ausgearbeitet, das vier Punkte enthält:

Erstens die Forderung nach Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Zweitens nach Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Bevölkerung, ohne konkret anzugeben, welche Maßnahmen das sein sollen.

Drittens wird die Durchführung einer unabhängigen souveränen Außenpolitik angestrebt.

Vierter Punkt ist die Beteiligung des Volkes an der Lösung dieser Situation.

Das sind die einzelnen Punkte. Die Idee ist die Bildung einer provisorischen Regierung, einer Koalition von allen demokratischen Kräften unter Beteiligung ziviler Kräfte und auch patriotischer militärischer Kräfte.

FRAGE: Wie ist das Verhältnis der Kirche zur Diktatur?

E. RODRIGUEZ: Die Kirche ist wie in fast allen Ländern geteilt, gespalten in einen fortschrittlichen Flügel und einen konservativen Flügel, der manchmal reaktionäre Formen annimmt. Der Erzbischof Montevideos gehört dem fortschrittlichen Flügel der Kirche an und es ist anzunehmen, daß ihm die Mehrheit der Katholischen Kirche Uruguays folgt. Man kann diesen Widerspruch zwischen Kirche und Diktatur an Beispielen illustrieren.

Zeichen kirchlicher Opposition

Zum ersten hat die Diktatur die traditionelle Fronleichnamsprozession verboten. Die Diktatur argumentierte, es bestünden keine Garantien, daß die Prozession nicht in eine Protestdemonstration gegen die Regierung ausarte, da in den Kirchen Flugblätter gegen die Diktatur verteilt worden seien.

Ein zweites Beispiel: Der apostolische Nuntius, der diplomatische Vertreter des Papstes bei der uruguayischen Regierung, hat seinen Sekretär zur Regierung geschickt, um Garantie für das Leben von Prof. José L. Massera, eines Führers der Kommunistischen Partei und bedeutenden Wissenschaftlers zu fordern. Als Bordaberry dagegen beim Vatikan die Absetzung des Erzbischofs forderte, ist nichts dergleichen geschehen.

Zum dritten ist es öfter der Fall und eine gegebene Tatsache, daß in Kirchen oder Einrichtungen der Kirchen die Frente Amplio Versammlungen abhält. In Hirtenbriefen wurde eine Amnestie für die politischen Gefangenen gefordert.

Um diesem kirchlichen Widerstand Einhalt zu gebieten, werden heute Hirtenbriefe zensiert und von der Regierung verboten, werden Verhaftungen katholischer Jesuiten während der Messe vorgenommen.

FRAGE: Welche Bedeutung messen Sie der Solidarität im Ausland für die Unterstützung des Kampfes gegen die Diktatur in Uruguay und dem südlichen Lateinamerika zu?

E. RODRIGUEZ: Wir befinden uns auf einer Rundreise in Europa, um darzulegen, was in Uruguay geschieht. Wir sind der Meinung, daß es vor allem notwendig ist, die Situation hier überhaupt erst einmal bekannt zu machen.

Sodann gilt es, Aktionen unterschiedlichen Charakters einzuleiten, beispielsweise Briefe an die Botschaft zu schicken, um die Solidarität mit Uruguay zu verstärken.

Solidarität mit Chile und Uruguay !

Unsere Meinung ist die, daß die Solidarität mit Uruguay besonders jetzt, da der Widerstand gegen die Diktatur gerade eine sehr schwierige und kritische Phase durchläuft und durchmachen muß, von großer Wichtigkeit ist. Die Problematik Uruguays muß natürlich in Uruguay selbst gelöst werden, aber die internationale Solidarität kann uns dabei eine wertvolle Unterstützung erweisen.

In Uruguay bestehen die objektiven und subjektiven Bedingungen, um den Kampf gegen die Diktatur zum Erfolg zu führen.

Es ist weltbekannt, was für eine Tragödie die Errichtung des Faschismus und der Pinochet-Junta für Chile bedeutet. Jetzt ist in Uruguay mit den neueren Ereignissen eine Situation eingetreten, die man in vielen Aspekten mit der Grausamkeit in Chile vergleichen kann.

Wir sind der Meinung, daß deshalb die Solidarität auch mit Uruguay verstärkt werden muß. Das soll nicht heißen, daß die Solidarität mit Chile oder mit anderen Ländern weniger stark entwickelt werden sollte, sondern daß der Kampf gegen den Faschismus aus vielen Gründen gemeinsam geführt werden muß.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Der Wortlaut der Konstituierungserklärung und des Basisprogramms der Frente Amplio findet sich in AIB, Nr. 6-7/1971; eine historische Analyse zur ökonomischen und politischen Entwicklung Uruguays in AIB, Nr. 1/1972.
- 2) Die Gewerkschaftszentrale CNT wurde 1967 gegründet und umfaßt 97% aller organisierten Arbeiter und Angestellten Uruguays.
- 3) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1973

Nach dem vollständigen Sieg über den US-Imperialismus und die innere Reaktion stellte sich für die patriotischen Kräfte in Laos die Aufgabe, den künftigen Entwicklungsweg des Landes zu bestimmen. Die von uns vorgestellten Dokumente lassen klar erkennen, wie diese laotische Zukunft aussehen wird: es geht um die Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus. Das Aktionsprogramm der Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos vom Frühjahr 1976 bestimmt exakt die Schwerpunkte und konkreten Aufgaben der Innen- und Außenpolitik des Landes. Der Aufsatz von Kaysone Phomvihane, Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei von Laos und Ministerpräsident, ordnet die einzelnen konkreten Maßnahmen in den historischen Zusammenhang des Befreiungskampfes und der Stationen des Sieges über den Imperialismus ein. Die Bedeutung dieser Dokumente liegt sowohl in ihrem programmatischen Charakter für die gesellschaftspolitische Perspektive von Laos als auch im Beispielcharakter des Weges eines heroischen Volkes, dessen Kampf für die nationale Befreiung vom neokolonialen Zugriff des US-Imperialismus in die soziale Befreiung und die sozialistische Aufbauarbeit hinüberwuchs.

Kaysone Phomvihane

Die entscheidenden Schritte der laotischen Revolution

In den letzten dreißig Jahren führte das laotische Volk unter Leitung der Revolutionären Volkspartei von Laos (RVPL), der Fortsetzerin der ruhmreichen Kommunistischen Partei Indochinas, einen schweren und opferreichen Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren für die nationale Befreiung und errang einen vollen Sieg.

In Ausnutzung der strategisch günstigen Lage, die sich aus dem Sieg der sowjetischen Streitkräfte und des Sowjetvolkes über den Faschismus ergab, und im Ergebnis der erfolgreichen Vervollendung der Augustrevolution in Vietnam entriß das laotische Volk im Jahre 1945 den japanischen Militaristen und den französischen Kolonialisten die Macht und proklamierte die Unabhängigkeit seiner Heimat. Es mußte aber noch neun Jahre lang einen schweren Kampf gegen die französischen Kolonialisten führen, die von neuem in unser Land eingefallen waren. Es folgten weitere fast zwanzig Jahre angespannten Kampfes um die nationale Befreiung gegen den US-Imperialismus.

Obwohl die amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger über viele Mittel verfügten und trotz aller Grausamkeiten erlitten sie schließlich eine Niederlage und waren genötigt, am 21. Februar 1973 das Abkommen von Vientiane über die Wiederherstellung des Friedens und die Schaffung der nationalen Einheit zu unterschreiben.

Der historische Aufstand „ohne Blutvergießen“

Die amerikanischen Imperialisten fügten sich jedoch nicht in ihre Niederlage und setzten ihre Wühlereien gegen die laotische Revolution fort. Die RVPL festigte mit Hilfe des Volkes ihre Positionen. Alle Vorstöße der amerikanischen Imperialisten und ihrer Handlanger wurden abgewehrt, eine allgemeine Volksbewegung entfaltet, an der die verschiedenen Schichten der Bevölke-



Ministerpräsident K. Phomvihane

rung, einschließlich der Mittelschichten, teilnahmen. Die Gegner wurden von Furcht und Panik ergriffen, die Lage spitzte sich zu und letzten Endes ergab sich eine unmittelbar revolutionäre Situation.

Die siegreichen Revolutionen in Südvietnam und Kambodscha trugen zum Entstehen von für unsere Revolution außergewöhnlich günstigen historischen Bedingungen bei.

Das Zentralkomitee der Partei beschloß: "Innerhalb kurzer Frist durch eine Offensive die Entscheidung herbeizuführen und in der Zone des Gegners ohne Blutvergießen die Macht zu ergreifen".

Dieser historische Aufstand erfolgte im Mai 1975.

Am 2. Dezember 1975 faßte der Nationalkongreß der Volksvertretung gemäß den Wünschen des Volkes den Beschluß über die Abschaffung des alten Regimes und die Gründung der Volksdemokratischen Republik Laos. Damit war die nationaldemokratische Revolution in unserem Land vollendet.

Dieser große Sieg hat in der Geschichte des multinationalen Volkes von Laos nicht seinesgleichen. Er kennzeichnet eine grundlegende Wende im Leben der Gesellschaft und leitet ein neues Zeitalter in der Geschichte von Laos ein. Das Volk wurde Herr seines Landes und hat für immer das Schicksal in seine Hände genommen. Erfüllt von Zuversicht und Entschlossenheit beschreitet es den Weg des Friedens, der Unabhängigkeit, der Demokratie, der Einheit, der Prosperität und des sozialen Fortschritts.

Der historische Sieg wurde möglich vor allem dank der Liebe des Volkes von Laos zur Heimat und dank seiner ruhmreichen Kampftraditionen, die unter Führung der RVPL entwickelt und vervielfacht wurden. Das ist ein Triumph der siegreichen Lehre von Marx und Lenin, die von unserer Partei unter den Bedingungen der laotischen Wirklichkeit schöpferisch und selbständig angewandt wurden. In jeder Etappe des revolutionären Kampfes hat die RVPL die entsprechende Strategie, die Taktik und die politischen Aufgaben bestimmt, hat sie alle Nationalitäten und alle Schichten der Bevölkerung mobilisiert und zusammengeschweißt, ihre politischen und bewaffneten Kräfte vermehrt, umsichtig die politischen, militärischen, diplomatischen und rechtlichen Formen und Methoden des Kampfes miteinander verbunden.

Die Vollendung der nationaldemokratischen Revolution

Unser Sieg erweist sich zugleich als Triumph der Kampfgenossenschaft und großen Freundschaft, die die Völker von Laos, Vietnam und Kambodscha eng im Kampf gegen den gemeinsamen Feind einigt. Er ist gleichzeitig untrennbar von der brüderlichen Solidarität und der großen Hilfe der wachsenden und erstarkenden Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiung, des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts, die dem Imperialismus, dem Kolonialismus und Neokolonialismus mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze Schäge versetzen.

Nach Gründung der Volksdemokratischen Republik Laos (LVDR) und der erfolgreichen Vollendung der nationaldemokratischen Revolution im Lande ging das laotische Volk mit revolutionärer Begeisterung und Schwung an die Realisierung des Regierungsprogramms, das vom Kongreß der Volksvertreter angenommen wurde und auf den Aufbau eines friedlichen, unabhängigen, demokratischen, einigen, prosperierenden und fortschrittlichen Laos ausgerichtet ist.

In den Monaten seither hat unsere Partei - ungeachtet der äußerst schwierigen Verhältnisse in unserem Lande, das eben erst seine Befreiung erlangt hat und sich heute an der Schwelle des Kampfes um den Sozialismus befindet - eine große politische Arbeit in der Armee und im Volk geleistet. Dabei geht es darum, den Sieg zu sichern, das Leben zu normalisieren, dem Volk bewußt zu machen, daß es nun Herr des eigenen Landes ist, die Organe der neuen Macht mit ihren Aufgaben bei der Leitung des gesellschaftlichen



1950 im Kampf gegen die französischen Kolonialisten gebildete Widerstandsgovernment, darunter Kaysone Phomvihane (2. von links)

und wirtschaftlichen Lebens vertraut zu machen. Die richtige Politik der revolutionären Macht hat eine erfolgreiche Arbeit zur Umerziehung Zehntausender Soldaten und Offiziere der alten Armee und Polizei sowie auch von Beamten des alten Regimes ermöglicht.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft entfaltete - ungeachtet der feindlichen Blockade, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die eine Erbschaft des alten Regimes sind - die revolutionäre Macht eine Kampagne zur Erweiterung der Produktion und zur Sparsamkeit. Dadurch war es möglich, die Gefahr des Hungers abzuwehren. Das Land konnte eine gute Ernte einbringen.

In den staatlichen und privaten Unternehmen wurde die Produktion in Gang gebracht, und sie befriedigt zum Teil den inneren Bedarf. Der Handel wurde weiterentwickelt, die ersten staatlichen Läden wurden eröffnet, das Verkehrswesen und der Transport konnten verbessert und günstige Bedingungen für die Versorgung der Bevölkerung geschaffen werden. Wir sind grundsätzlich für Selbstversorgung, nutzen aber auch die reichliche Hilfe der sozialistischen und anderer befreundeter Länder.

Wachsamkeit und revolutionärer Enthusiasmus

Es wurden Maßnahmen getroffen zur Stärkung der nationalen Verteidigung und staatlichen Sicherheit. Die revolutionären Streitkräfte befinden sich in ständiger Kampfbereitschaft. In Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben des Schutzes der revolutionären Macht und des Aufbaus der Heimat setzen sie den Kampf fort gegen Überreste der bewaffneten Formationen der Reaktion und gegen jede Art von Spionen und Diversanten.

Dank der hohen Wachsamkeit der Streitkräfte konnten die Umtriebe und Provokationen der thailändischen Reaktion, die von den amerikanischen Imperialisten unterstützt werden, zunichte ge-



Soldaten der revolutionären Streitkräfte

macht und die territoriale Unversehrtheit unserer Heimat gesichert werden.

Auf dem Gebiet der Kultur besteht die Hauptaufgabe darin, das Volk zum Kampf gegen die uns fremde Tradition der Unterwürfigkeit, die von den Kolonialisten gepflegt wurde, zu mobilisieren. Zugleich entwickelt sich die revolutionäre Literatur und Kunst, erfolgt eine Wiedergeburt der herrlichen nationalen Traditionen und bürgert sich eine zeitgemäße fortschrittliche Lebensart ein. In den Massen wurde eine Atmosphäre des revolutionären Enthusiasmus geschaffen. Alle Unterrichtsanstalten funktionieren wieder normal, die Grundlagen der dem Wesen nach fortschrittlichen Volksbildung konnten gelegt werden. Das Netz der medizinischen Institutionen wurde erweitert und der Schutz der Volksgesundheit verstärkt.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen war diese Periode durch eine Reihe von Errungenschaften gekennzeichnet. Partei und Regierung bemühten sich um Festigung der kämpferischen Solidarität und engen Freundschaft mit den Brudervölkern Vietnams und Kambodschas, um die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderstaaten und den nichtpaktgebundenen Ländern, was auf Sympathie und Unterstützung der Regierungen und Völker stieß, die für den Frieden, für Gerechtigkeit und Fortschritt eintreten. Zugleich leisteten wir einen aktiven Beitrag zur gemeinsamen Sache des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus.

So hat innerhalb kurzer Frist - ungeachtet aller Schwierigkeiten und der Wühlarbeit der Feinde - das neue System unserer jungen Republik seine Vorzüge bei der Verteidigung der nationalen Interessen und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft demonstriert.

Der unmittelbare Übergang zum Sozialismus

Die Siege des laotischen Volkes zeugen anschaulich von der Lebenskraft der einfachen Wahrheit, daß nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus in unserem Zeitalter untrennbar miteinander verbunden sind. Deshalb wird nach dem Abschluß der nationaldemokratischen Umgestaltungen und nach der Errichtung der neuen Ordnung der nächste und natürliche Schritt der laotischen Revolution der unmittelbare Übergang zum Sozialismus sein. Besteht doch die historische Aufgabe eines volksdemokratischen Staates darin, gestützt auf die Diktatur des Proletariats die sozialistischen Umgestaltungen zu verwirklichen und den Sozialismus aufzubauen.

In unserem Lande gibt es alle grundlegenden Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Aufgabe, wobei jedoch noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Sie sind vor allem bedingt durch die geographische Lage unseres Landes, das an Thailand grenzt, welches den Amerikanern als militärische Basis dient. Von dort her erfolgt eine beständige Wühltätigkeit gegen unsere Revolution, werden verzweifelte Versuche unternommen, die Verbreitung der Ideen des Sozialismus in diesem Erdteil aufzuhalten.

Die Schwierigkeiten kommen jedoch nicht zuletzt daher, daß sich unser Land lange Zeit unter dem Joch des Imperialismus und Feudalismus befand und es auch die schwere Last des gegen es gerichteten verheerenden Aggressionskrieges zu tragen hatte.

Grundlage unserer Ökonomik ist das Bestehen einer zersplitterten Naturallandwirtschaft. Das Kulturniveau ist noch recht niedrig. Erstrangige Aufgabe ist es, die Volkswirtschaft zu heben,

die Wunden des Krieges zu heilen, das Leben des Volkes allmählich weiter zu verbessern. Vor uns steht eine Umgestaltung unserer Kleinproduktion, die Schaffung der Grundlagen wirtschaftlicher Selbständigkeit und der Übergang zum Aufbau des Sozialismus.

Bei der Erfüllung dieser schweren, aber edlen Aufgabe wird unsere Partei das Banner unserer nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus hochhalten. Wir sind überzeugt, daß dank dem Streben nach Selbstversorgung sowie auch dank der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Hilfe von seiten unserer sozialistischen Bruderländer und aller Freunde in der Welt unser Volk alle Schwierigkeiten zu überwinden vermag und ein fortschrittliches, aufblühendes Laos schaffen und damit einen würdigen Beitrag zur Sache der Weltrevolution leisten wird.

(Quelle: Informationsbulletin, Wien, Nr. 9-10/1976, S. 66-69)

Aktionsprogramm der Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos

A. Innenpolitisches Programm

I. Politischer und militärischer Bereich

1. Alle sozialen Schichten, ethnischen Gruppen und Bürger einen, weitgehend das Recht des Volkes, sein eigener Herr zu sein, fördern, damit die Regierung bei der Verwirklichung ihres Aktionsprogramms eine feste Stütze erhält

a) Den politischen Bericht, die Erklärung des Nationalen Kongresses der Volksvertreter und das Aktionsprogramm der Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos gründlich verbreiten, damit diese zu einer einheitlichen Grundlage von Ideologie und Aktionen des ganzen Volkes und der ganzen Armee werden.

b) Die Massen aufklären und erziehen, damit sie befähigt werden, die demokratischen Freiheiten auszuüben; den Verwaltungsapparat bei der Anwendung der Gesetze, welche die demokratischen Freiheiten des Volkes garantieren, kontrollieren.

c) Dem Volk Anregung und Hilfe geben bei der Schaffung und Festigung der revolutionären Massenorganisationen, damit diese starke Stützen der Verwaltungsorgane im Kampf gegen die reaktionären Kräfte und die Knechte der amerikanischen Imperialisten werden.

d) Weitgehend das Recht der Volks-



massen fördern, ihr eigener Herr zu sein, die Massenorganisationen und die patriotischen Kräfte organisieren und sich auf sie stützen; die politischen Pläne und die Pläne für die Erneuerung und den Aufbau der nationalen Wirtschaft und Kultur verwirklichen.

2. Festigung und Förderung der Verwaltungsorgane von der zentralen bis zur örtlichen Ebene

a) Die Räte der Volksvertreter und der Verwaltungsausschüsse auf allen Ebenen festigen; die Kader und Angestellten erziehen, damit sie eine genaue Auffassung von ihrer Rolle, ihren Aufgaben, vom Inhalt und von den Arbeits-

methoden der revolutionären Verwaltungsorgane erhalten.

b) Kader einsetzen und die ehemaligen Beamten, die sich nach ihrer politischen Umschulung richtig verhalten, auswählen, ausbilden und einstellen; die Arbeitsordnungen des Ministerrates, des Ständigen Ausschusses des Ministerrates, aller Ministerien, aller Ausschüsse und aller Direktionsverbände Schritt für Schritt einführen, um einen guten Arbeitsablauf und die Verwirklichung der politischen Pläne und Orientierungen der Regierung zu gewährleisten.

c) Allgemeine Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten und die Organe der Staatsmacht völlig reorganisieren.

d) Bei der Erörterung einer neuen Verfassung der Volksdemokratischen Republik mit der Obersten Volksversammlung zusammenarbeiten.

e) Die Befugnisse der Nationalversammlung verändern, Fragen der Gesetzesverkündung prüfen und schrittweise die volksdemokratischen Gesetze und Verordnungen ausarbeiten, das Organisationssystem des neuen Gerichtshofes einführen, die volksdemokratische Diktatur sichern und festigen.

3. Erhöhung der Sicherheit auf allen Gebieten und Kampf gegen alle Interventions- und Sabotageversuche des Feindes, Verteidigung der Souveränität des Vaterlandes und der Sicherheit des Volkes, entschlossene Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung, Sicherung der administrativen Macht und aller revolutionären Kräfte

a) Das Volk erziehen, damit es stets wachsam ist gegenüber den Interventionsversuchen sowie Sabotage- und Täuschungsmanövern des Feindes; einem Staatsstreich der reaktionären Kräfte, der Knechte der amerikanischen Imperialisten entgegenwirken; die neuen Absichten der amerikanischen Imperialisten, die in geheimem Einvernehmen mit den thailändischen Reaktionären und anderen kolonialistischen Kräften stehen, durchkreuzen; die Bürger erziehen, damit sie ihre Aufgaben bei der Verteidigung des Vaterlandes und der revolutionären Macht kennen.

b) Diejenigen, die dem Feind auf dem falschen Weg gefolgt sind, von der Richtigkeit der Politik der VDR Laos überzeugen, damit sie gute Bürger werden und zum Aufbau und zur Verteidigung des Vaterlandes beitragen.

c) Schaffung einer starken Volksmiliz, um rechtzeitig konterrevolutionäre Organisationen und Aktivitäten des Feindes zu verfolgen, zu untersuchen und zu zerschlagen.

4. Stärkung der revolutionären Streitkräfte und ihrer materiellen und technischen Grundlage, damit diese in der Lage sind, alle Manöver, jede Einmischung und Aggression von außen sowie alle aufrührerischen Handlungen im Innern des Landes zu vereiteln.

a) Erarbeitung einer Politik der nationalen Verteidigung und der Verteidigung des ganzen Volkes – in erster Linie der Bestimmungen über den Militärdienst der Jugendlichen; Unterstützung für Offiziere, Soldaten, Versehrte und die Familien derer, die ihr Leben für das Vaterland hingegeben haben, sowie Ausarbeitung von Bestimmungen für den Aufbau der Wirtschaft.

b) Intensivierung der Ausbildung und Verstärkung der Truppen der Infanterie sowie der anderen Waffengattungen.

c) Entwicklung und Festigung des Organisationsnetzes der Partisanen im ganzen Land sowie gleichzeitige Stärkung der Kräfte auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene.

d) Erhöhte Verteidigung der Grenzen, insbesondere entlang der Westgrenze.

II. Wirtschaft und Finanzen

1. **Aufschwung der Produktion, schrittweise Wiederherstellung und Entwicklung der Grundlage der nationalen Wirtschaft, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Verkehrswesens sowie der Finanz- und Devisenwirtschaft, wobei die Land- und Forstwirtschaft die Basis für die Entwicklung der Industriezweige bilden.**

Landwirtschaft

a) Förderung des Ackerbaus, der Produktion von Nahrungsmitteln, der Groß- und Kleinviehzucht, der Fischzucht und des Fischfangs, um schnell den Bedarf der Bevölkerung und des Staates an Nahrungsmitteln zu decken und



Meeting der Volksmachtorgane in Vientiane

einen Teil der Produkte exportieren zu können.

b) Die Bauern der Regionen überzeugen, beraten und ihnen helfen, Reis auf bewässerten Feldern anzubauen, Düngemittel produzieren und verwenden, das Saatgut auswählen und das Problem der Zugtiere und der landwirtschaftlichen Geräte lösen.

Für die Erhöhung der Produktion müssen die nicht bearbeiteten Reisfelder neu angelegt und die kultivierbaren Flächen und der Anbau von Knollengewächsen erweitert werden.

c) Den Bauern aller ethnischen Gruppen der Regionen, in denen man Brandrodung betreibt, helfen, allmählich ihr Nomadenleben aufzugeben; es muß vernünftige Orientierungen für die Produktion in jeder Ortschaft in bezug auf Acker und Viehzucht geben; Ver-

besserung der Anbaumethoden auf abgebrannten Flächen und Erweiterung des Reisanbaus auf trockenen, in Terrassenform angelegten Feldern; Einschränkung der Waldrodung.

d) Schaffung einer bestimmten Anzahl von staatlichen Genossenschaften, um industrielle Methoden beim Anbau bestimmter Kulturen, bei der Klein- und Großtieraufzucht sowie der Fischzucht zu erproben.

Forstwirtschaft

a) Festlegung der Gesetze über die Forstwirtschaft, Prüfung der Bestimmungen und Pläne über den Schutz, die Nutzung und die Pflege der Wälder sowie über die Aufforstung.

b) Bildung einer bestimmten Anzahl von staatlichen forstwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften. Die Aufforstung muß geplant werden. Gleichzeitig muß der staatliche Forstwirtschaftsdienst verbessert werden, damit er in der Lage ist, die Nutzung und Verarbeitung aller Hölzer zu leiten und den Export zu kontrollieren.

c) Die Nutzung der Wälder durch Privatunternehmen kontrollieren.

d) Ausbildung von Fachkräften für den Schutz der staatlichen Wälder.

Industrie

a) Wiederherstellung und Gewährleistung der Arbeit der bestehenden staatlichen oder privaten Betriebe oder industriellen Unternehmen; Aufrechterhaltung der Warenproduktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und des Staates sowie für den Export.

b) Schaffung einer bestimmten Anzahl von industriellen Unternehmen zur Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten und Konsumgütern sowie von Werkzeugmaschinen; Errichtung von Elektrizitätsbetrieben unter der Kontrolle des Staates.

c) Prüfung der Politik gegenüber der privaten Industrie, Wiederbelebung der Leichtindustrie und des Handwerks, Entwicklung der Produktion von bestimmten Konsumartikeln.

d) Weitere Erkundung der Erzlagerstätten und der Hydroenergiequellen, um die Pläne für die Entwicklung der Industrie ausarbeiten zu können.

Handel

a) Schaffung eines staatlichen Handelsnetzes, von Geschäftszweigstellen sowie Auf- und Verkaufsgenossenschaften.

b) Zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und des Staates organisiert und leitet der Staat den gesamten Import und Export.

c) Ausarbeitung einer vernünftigen Preispolitik; Einsetzung der privaten Händler als Verantwortliche für den staatlichen Auf- und Verkauf.

Verkehrswesen

a) Beschleunigung der Reparatur der Nationalstraße und Bau von bestimmten neuen Abschnitten der Nationalstraße; Zusammenarbeit mit Vietnam beim Bau der Straße, die zum Meer führt; Ausbesserung und Erweiterung des Autostraßensystems, das die verschiedenen Provinzen miteinander verbindet, sowie Straßenbau innerhalb jeder Provinz, so daß alle Kreise miteinander verbunden sind.

b) Bildung und Festigung der Staatsorgane zur Kontrolle des Straßen- und Flußtransports.

c) Kontrolle der Luftverbindungen, um deren materiell-technische Basis und den Einsatz der Kader zu gewährleisten.

Finanzen – Devisen

a) Prüfung und Änderung des Steuern- und Gebührensystems: Landwirtschafts- und Industriegebühren, Import- und Exportgebühren; das Volk überzeugen, daß es seine Steuern voll an den Staat bezahlt.

b) Die Staatsbanken aufbauen und stärken, die Anleihepolitik prüfen.

c) Den Umlauf ausländischer Devisen kontrollieren.

d) Ausarbeitung und Anwendung des Systems der monatlichen Entlohnung und der Unterstützung für Kader, Arbeiter und Beamte des Staates sowie Schutz vor sozialem Elend. Große Wachsamkeit ist bei der Einstellung von Personen in die Organe des Staates zu üben.

e) Prüfung und Festigung der staatlichen Finanzkontrollorgane.

2. Erneuerung und Aufbau der Basis der nationalen Wirtschaft entsprechend der unabhängigen nationalen Orientierung, um zum Sozialismus voranzuschreiten:

Zerschlagung der Wirtschaft der Kompradoren, Stärkung der staatlichen Wirtschaftssektoren

a) Ausarbeitung von Gesetzen, die das

Eigentum des Staates an öffentlichem Grund und Boden, an Wald, Bodenschätzen, Wasserläufen und an jeglichem Grund und Boden in den großen und kleinen Städten belegen.

b) Die Beschlagnahme und Verstaatlichungen wirtschaftlicher und finanzieller Grundlagen betreffen in erster Linie die der Kompradoren, der Bürokraten und der reaktionären Militäristen.

3. Förderung und Unterstützung der Wirtschaft der nationalen Bourgeoisie in ihren Unternehmen, die den nationalen Interessen dienen und die Lebensbedingungen des Volkes verbessern

a) Die Produktion so gestalten, daß der Staat und die Privatunternehmer in den Angelegenheiten zusammenarbeiten, die der Staat für unbedingt notwendig erachtet und bei denen es Möglichkeiten dafür gibt.

b) Förderung und Unterstützung der nationalen Bourgeoisie bei ihren Angelegenheiten, die den nationalen Interessen dienen und die Lebensbedingungen des Volkes verbessern, gemäß den Direktiven und Anweisungen des Staates und mit Hilfe der Arbeiter.

c) Der Staat erläßt die Arbeitsgesetze und die Lohnbestimmungen, regelt das Verhältnis zwischen den Betrieben und den Werktätigen und sichert die Rechte der Arbeiter in den Privatbetrieben.

4. Unterstützung der Provinzen bei der Herausbildung einer kollektiven Lebensweise, um die Produktion zu entwickeln und die Lebensbedingungen zu verbessern

a) Die Provinzen überzeugen und dabei unterstützen, Solidaritätsbrigaden zum Austausch von Arbeitskräften zu bilden, welche die ausgetauschten Arbeitskräfte genau planen müssen, um die werktätigen Bauern aller ethnischen Gruppen an das Leben im Kollektiv zu gewöhnen.

5. Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zum gegenseitigen Vorteil und ohne politische Bedingungen in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der Gleichheit

a) Prüfung der Aufbau- und Entwicklungspläne der Wirtschaft und Kultur; wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Vietnam, Kambodscha, den sozialistischen Ländern und den anderen Staaten guten Willens, die Möglichkeiten haben, Laos zu helfen.

b) Herstellung von Handelsbeziehungen und Bitte um Hilfe ohne politische Bedingungen von verschiedenen Ländern guten Willens, die Laos helfen wollen, seine Wirtschaft wiederherzustellen und zu entwickeln, um die Lebensbedingungen des laotischen Volkes zu normalisieren und zu verbessern.

6. Schaffung von wirtschaftlichen Kontrollorganen, Beschleunigung der grundlegenden Studien

a) Intensivierung der Ausbildung und Einsatz der Kader, die in der Lage sind,



In der Provinz Sam Neua sitzen diese künftigen Lehrerinnen auf der Schulbank

schrittweise ein System der Wirtschaftskontrolle aufzubauen.

b) Studien über die Bevölkerungszahl, den Umfang natürlicher Ressourcen, die klimatischen Bedingungen usw. beginnen, um die Grundlage für die Ausarbeitung der Wirtschaftspläne zu schaffen.

III. Kultur- und Sozialwesen

1. Säuberung der vom Imperialismus verklavten und verfälschten Kultur, Schaffung einer fortschrittlichen, demokratischen und nationalen Kultur

a) Kontrolle und Entwicklung des Rundfunk- und Agenturinformationsdienstes, Änderung des Pressewesens.

b) Änderung der bestehenden Zeitungen und Hilfe bei der Herausgabe neuer Zeitungen, Erhöhung der Qualität der Information und Agitation, um die Massen zu erziehen.

c) Publikation von Artikeln und politischen Büchern, einfachen Büchern mit demokratischem und patriotischem Inhalt sowie Büchern über Revolutionstheorie.

d) Prüfung verschiedener Methoden zur Verbesserung der Arbeit der Berufskünstler. Gleichzeitig müssen die kulturellen, künstlerischen und literarischen Aktivitäten der Bevölkerung gefördert werden.

e) Entschlossen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der verklavten, reaktionären und verdorbenen Kultur ergreifen; das Volk überzeugen, daß alle sozialen Übel wie Glücksspiele, Hippetium, Prostitution, Banditenwesen usw. ausgemerzt und rückständige Sitten und Bräuche, die die Produktion sowie die Gesundheit und die Existenz des Volkes beeinträchtigen, eingeschränkt bzw. beseitigt werden müssen.

f) Studium und Sammlung der alten Kunstgegenstände, Besuch der nationalen Museen für Kunst, Literatur und Geschichte, um die Tatkraft der laotischen Nation beim Aufbau und in der nationalen Verteidigung zu zeigen.

g) Studium und Aufstellung von Listen, Restaurierung und Pflege der historischen Denkmäler, die kostbares Erbe der Nation sind;

h) Verbesserung des Reiseverkehrs, um ausländischen Besuchern die Besichtigung der Schönheiten und des Reichtums unseres Landes zu ermöglichen.

2. Schaffung der Grundlagen eines fortschrittlichen, demokratischen und nationalen Bildungswesens als ein Schritt zur Erhöhung des Bildungsniveaus des Volkes mit allen seinen ethnischen Gruppen und der Ausbildung der Kader, um sie in den Dienst des Aufbaus und der Verteidigung des Vaterlandes zu stellen

a) Errichtung von Schulen in allen Dörfern bzw. in den Stadtvierteln; wirksame Bekämpfung des Analphabetentums, insbesondere unter den Jugendlichen; Erhöhung des Kultur-niveaus der Kader, Kämpfer und Angestellten, so daß die Kader an der Basis den Ab-

schluß der Grundschule und die Kader auf Bezirksebene den Abschluß der Oberschule haben; Erhöhung des kulturellen Niveaus aller Jugendlichen, insbesondere innerhalb der Armee und der Kräfte zur Verteidigung der Sicherheit.

b) Änderung und Neuherausgabe von Lehrbüchern. Das Lehrprogramm muß im ganzen Land einheitlich sein. Andernfalls muß zumindest der reaktionäre Inhalt aus dem Programm und den alten Lehrbüchern entfernt werden.

c) Erweiterung der Berufsschulen, um die unmittelbaren Bedürfnisse des Aufbaus und der Entwicklung der Wirtschaft zu befriedigen.

d) Einheitlicher Aufbau der Pädagogischen Hochschulen. Es müssen alle Voraussetzungen für den Bau von Universitäten zur Weiterbildung des Lehrkörpers und zur Ausbildung der Kader der verschiedenen Zweige geschaffen werden.

e) Der Staat muß auch Studenten zum Studium ins Ausland schicken, um die Zahl der ausgebildeten Kader schnell zu erhöhen.

f) Die Bonzen und Laienbonzen (Personen, die nur für eine bestimmte Zeit in der Pagode tätig sind und später in das normale Leben zurückkehren – die Red.) sowie andere Geistliche haben die Freiheit, sich mit den Lehren ihrer Religion vertraut zu machen.

g) Die Pali-Schulen und die Privatschulen kontrollieren und anweisen, damit sie sich an die Orientierung des nationalen Bildungswesens halten.

h) Sport und Körpererziehung im Volk, vor allem unter den Jugendlichen, in der Armee, in den Verwaltungsabteilungen und in den Grundschulen fördern.

3. Gesundheitswesen

a) Die Bewegung der Prophylaxe fördern und beibehalten.

b) Ausbau des Gesundheitswesens, Erweiterung des Netzes von Polikliniken, medizinische Behandlung für das Volk mit allen seinen ethnischen Gruppen.

c) Der Staat schafft die Grundlagen für eine Medikamentenproduktion.

4. Andere Arbeiten auf sozialem Gebiet

Anstrengungen zur Lösung verschiedener Probleme wie Beschäftigung der Arbeitslosen, Fürsorge für Waisen, Greise und Kriegsbeschädigte.

B. Außenpolitisches Programm

1. Rechtzeitige Verurteilung und energische Bekämpfung aller neuen Manöver und Machenschaften der amerikanischen Imperialisten, die zusammen mit den thailändischen Reaktionären die laotischen Reaktionäre veranlaßt haben, Anschläge auf die Unabhängigkeit, die Souveränität und das nationale Aufbauprogramm des laotischen Volkes zu unternehmen/ fordern, daß die Vereinigten Staaten von Amerika zur Heilung der

Wunden des Krieges in Laos gemäß dem Vientianer Abkommen von 1973 beitragen.

2. Festigung der Solidarität, Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Regierung und des Volkes von Laos mit den Regierungen und Völkern von Vietnam und Kambodscha, damit jedes unserer Länder auf dem von ihm gewählten Weg voranschreiten kann; Vertiefung der Solidarität, der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern auf der Grundlage eines echten Internationalismus, um unser Vaterland aufzubauen und den Frieden zu sichern; Förderung der Freundschaft und Brüderlichkeit mit dem thailändischen Volk.

3. Entwicklung guter Beziehungen zwischen Laos und den Ländern der „Dritten Welt“ sowie weiterer diplomatischer Beziehungen und eines normalen Handels mit allen Ländern ohne Unterschied ihrer sozialen und ideologischen Ordnung auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.



Staatspräsident Souvannaphong

4. Entschlossene Unterstützung des Kampfes der Völker, insbesondere der Länder Südostasiens, für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt; von den Vereinigten Staaten den Abzug aller ihrer Truppen und die Auflösung ihrer Stützpunkte in diesem Teil der Welt verlangen.

Teilnahme an den Aktivitäten der nicht-paktgebundenen Länder zur Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität der Völker.

5. Unterstützung der Aktivitäten der UNO und der anderen internationalen Organisationen, in denen Laos Mitglied ist oder sein wird, um die internationale Stellung zu erhöhen und die nationalen Interessen von Laos zu wahren; zum gemeinsamen Kampf der fortschrittlichen Völker und Regierungen in der Welt für Frieden, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt beitragen.

(Quelle: Horizont, Nr. 11/1976)

Nachdem in den ersten drei Teilen der Koreaserie (s. AIB Nr. 2, 5 und 6/1976) die historische Herausbildung der Spaltung des Landes nach dem 2. Weltkrieg, der Koreakrieg und die wichtigsten Kennzeichen der unterschiedlichen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Norden und im Süden des Landes dargestellt worden sind, bezieht sich der abschließende 4. Teil auf die internationale Dimension des Korea-Problems sowie die Wiedervereinigungsfrage und ihre Behandlung in den Vereinten Nationen.

Wolfgang Ritter

Der Kampf des koreanischen Volkes gegen die neokoloniale Herrschaft der USA (4. Teil)

Der Grund für das außerordentlich starke militärische und politische Engagement der USA in Südkorea ist in erster Linie in der enormen Bedeutung zu sehen, die dem Land als ostasiatischem Vorposten gegen das sozialistische Lager im Rahmen der imperialistischen Strategie zugemessen wird.

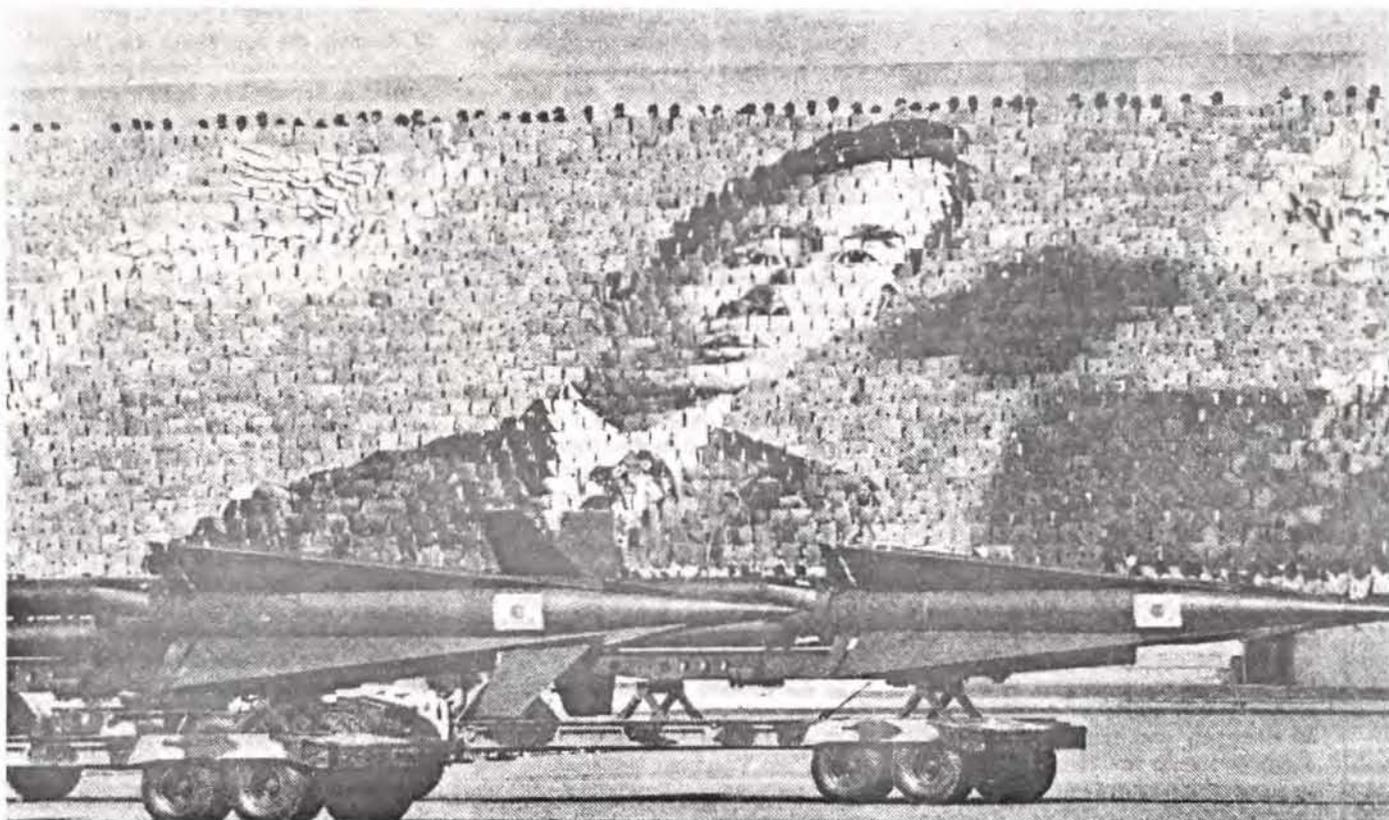
Südkorea als militärischer Vorposten der USA

So sieht es beispielsweise die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung:

"Die koreanische Halbinsel ist ein wichtiger Punkt im strategischen Konzept Washingtons. Hier sind die beiden kommunistischen Großmächte (hier sind die UdSSR und die VR China gemeint, d.Red.)

unmittelbare Nachbarn. Von Korea bis nach Japan ist nur ein Katzensprung. Gesamtkorea unter kommunistischer Herrschaft würde eine wesentlich ernstere Bedrohung amerikanischer Interessen im Pazifik bedeuten als ein kommunistisches Indochina." 1)

Ganz im Stile der Kaltekriegs- und Roll Back-Politik der USA der 50er Jahre hat Washington derzeit auf der koreanischen Halbinsel ein gigantisches Militärpotential konzentriert. So sind in Südkorea US-Luftwaffen- und Raketeneinheiten stationiert und 720 Atomsprengköpfe gelagert, deren Gesamtstärke die Hiroshima-Bombe 600mal übersteigt²⁾. So unterhält das Pak-Regime mit 650 000 Mann eine außergewöhnlich starke Armee, der die Waffen und Ausrüstungen von den USA zur Verfügung gestellt werden.



Militärparade zu Ehren Paks in Seoul

Nach der Niederlage in Indochina erweiterte Washington sogar noch seine militärischen Leistungen für Südkorea, und der damalige Verteidigungsminister Schlesinger drohte mit einem offensiven Atomschlag gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR). Als zuverlässigste Stütze des US-Imperialismus erhielt das Pak-Regime damit im Einklang mit der "Pazifik-Doktrin" Präsident Fords³⁾ vermehrte Unterstützung, während zur gleichen Zeit Länder wie Thailand - bislang treuer Partner der USA in Asien - die Gefahren der militärischen US-Präsenz erkannten und die Auflösung amerikanischer Stützpunkte durchsetzten.

Der Konfrontationskurs Pak Chung His

Die in Südkorea stationierten, 42 000 GI's zählenden US-Truppen, dienen jedoch nicht nur dazu, dem nach dem Vietnam-Debakel stark in Mitleidenschaft gezogenen Führungsanspruch der USA in Ostasien Nachdruck zu verleihen; sie bilden zugleich die zuverlässigste Stütze der Diktatur Pak Chung His gegenüber Bestrebungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft in Südkorea und der Wiedervereinigung des Landes. Sollten sich diese Bestrebungen durchsetzen, würde es das Ende der Herrschaft Paks als auch der amerikanischen Militärbasen in Südkorea bedeuten. Außerdem ist Pak daran interessiert, die Spannun-

gen zum Norden ständig aufrechtzuerhalten, da er so mit der dauernden Beschwörung "eines Überfalls aus dem Norden" seine diktatorische Herrschaft zu legitimieren und unter Bedingungen des von ihm selbst verkündeten Kriegszustandes zu regieren vermag.

Die südkoreanische Armee - vor allem das höhere Offizierskorps, das in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurde - stellt einen wichtigen Faktor für die Durchführung der aggressiven Politik des Regimes nach innen wie nach außen dar. Selbst der Einsatz von 50 000 innerhalb bestimmter Fristen ausgewechselter südkoreanischer Söldner im Vietnamkrieg, die in den Zeitungen stolz über Massaker an der vietnamesischen Zivilbevölkerung berichteten, wurde indirekt auch zur Kriegsvorbereitung gegen das sozialistische Nordkorea benutzt; während dieser Zeit nahmen die militärischen Provokationen am 38. Breitengrad sprunghaft zu.

Konstruktive Vorschläge des Nordens

Dagegen wurden seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages von Panmunjom (1953) von der KVDR zahlreiche konstruktive Vorschläge zum Abbau der Spannungen und zur Erlangung der Wiedervereinigung unterbreitet.

Dazu gehörte der Vorschlag, Wahlen in ganz Korea abzuhalten, an denen sich alle Parteien frei in

Korea - Resolution Nr. 3390 der UNO

Die Vollversammlung

Feststellend, daß die Wiedervereinigung Koreas noch nicht erreicht wurde, obwohl 30 Jahre vergangen sind, seit Korea in Nord und Süd geteilt wurde, und 22 Jahre nach der Herstellung des Waffenstillstandes in Korea verstrichen sind,

Erinnernd an die Verpflichtungen, die von den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen übernommen wurden in bezug auf die Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und in bezug auf das Unterlassen der Einmischung in Angelegenheiten, die der innerstaatlichen Gesetzgebung eines Staates unterliegen,

In Betracht ziehend, daß es den Prinzipien der Charta entspricht, das koreanische Volk zu unterstützen, die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung seines Landes so bald wie möglich auf der Grundlage der drei Prinzipien Unabhängigkeit, friedliche Wiedervereinigung und große nationale Einheit zu erreichen und günstige Voraussetzungen dafür zu schaffen,

Hoffend, daß der Norden und der Süden Koreas ihren Dialog zur Beschleunigung der Wiedervereinigung des Landes im Geiste der gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli 1972 und dem von der Vollversammlung auf ihrer XXVIII. Tagung am 28. November 1973 gefaßten Beschluß, in dem die gemeinsame Erklärung begrüßt wurde, fördern werden.

In Betracht ziehend, daß mit einem dauerhaften Frieden nicht gerechnet werden kann, solange der gegenwärtige Stand des Waffenstillstandes in Korea beibehalten wird,

In Betracht ziehend, daß es zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Korea und zur Beschleunigung seiner unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung dringend notwendig ist, neue entscheidende Maßnahmen zur Beendigung der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas zu ergreifen, die die Spannung beseitigen und bewaffnete Konflikte in dieser Region verhindern,

1. Ist der Ansicht, daß es notwendig ist, das „Kommando der Vereinten Nationen“ aufzulösen und alle unter der Flagge der Vereinten Nationen in Südkorea stationierten ausländischen Truppen abzuziehen;

2. Fordert die tatsächlich am Waffenstillstandsabkommen beteiligten Seiten auf, das Koreanische Militärische Waffenstillstandsabkommen durch einen Friedensvertrag zu ersetzen als Maßnahme zur Minderung der Spannung und der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens in Korea im Zusammenhang mit der Auflösung des „Kommandos der Vereinten Nationen“ und des Rückzuges aller unter der Flagge der Vereinten Nationen in Südkorea stationierten ausländischen Truppen;

3. Ersucht den Norden und den Süden Koreas dringend darum, die Prinzipien der gemeinsamen Nord-Süd-Erklärung einzuhalten und praktische Maßnahmen zu ergreifen zur Beendigung der verstärkten Rüstung, zur drastischen Reduzierung der bewaffneten Streitkräfte auf beiden Seiten auf das gleiche Niveau, zur Verhinderung bewaffneter Konflikte und zur Schaffung von Garantien gegen die Gewaltanwendung gegenüber der anderen Seite, und damit die militärische Konfrontation zu beseitigen und einen dauerhaften Frieden in Korea aufrechtzuerhalten, der der Beschleunigung der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes förderlich ist.

Kim Il Sung: Prinzipien der Wiedervereinigung Koreas

(...) Das erste Prinzip der nationalen Wiedervereinigung, wie es in der gemeinsamen Erklärung definiert ist, besteht in der Wiedervereinigung auf Basis der nationalen Selbstbestimmung, ohne sich auf ausländische Kräfte und deren Einmischung zu orientieren. Offen gesprochen, heißt das, daß die Wiedervereinigung des Landes den Abzug des US-Imperialismus aus Südkorea und die Verhinderung der Einmischung anderer auswärtiger Kräfte beinhaltet. Wir haben ein Bündnis mit der Sowjetunion und mit China, aber diese Staaten mischen sich nicht in die inneren Angelegenheiten unseres Landes ein. Es gibt in unserem Land weder Sowjettruppen noch chinesische Freiwillige. Die einzigen auswärtigen Kräfte, die die Souveränität unseres Landes beschränken und der nationalen Wiedervereinigung im Weg stehen, sind der amerikanische Imperialismus und gewisse japanische Reaktionäre. Um das Land wieder zu vereinigen, muß man also dem US-Imperialismus und dem japanischen Militarismus entgegentreten, die sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einmischen.

Obwohl die südkoreanischen Behörden dem Prinzip der vom Ausland unabhängigen nationalen Wiedervereinigung zustimmten, halten sie weiterhin an der absurden Behauptung fest, die UNO sei keine auswärtige Kraft, die US-Truppen sollten noch lange Zeit in Südkorea bleiben, und Korea sollte durch eine von der UNO überwachte Wahl wiedervereinigt werden.

Die gemeinsame Erklärung hat weiterhin das Prinzip klargestellt, daß die nationale Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln und ohne gegenseitige Gewaltanwendung erfolgen soll. Wenn dieses Prinzip gelten soll, müssen beide Seiten Reden und Taten unterlassen, die die Situation verschärfen könnten. Wir haben wiederholt ganz eindeutig erklärt, daß wir keine Absicht einer "Invasion des Südens" haben. Doch die südkoreanischen Behörden erklären, sie könnten unseren Erklärungen keinen Glauben schenken und müßten daher für den Fall einer Nord-Süd-Konfrontation ihre "Stärke aufbauen" durch die Verstärkung militärischer Anlagen an der Grenze und im Hinterland, durch beschleunigte Modernisierung der Bewaffnung sowie durch häufigere Militärmanöver. Das ist ein ernster Akt der Verschärfung der Spannung zwischen Nord und Süd.

Als ein weiteres wichtiges Prinzip der nationalen Wiedervereinigung wurde in der gemeinsamen Erklärung die Förderung der Einheit der Nation, ungeachtet der Unterschiede der Ideologie, der Ideale und des Gesellschaftssys-

tems, herausgestellt. Wenn wir nicht das sozialistische System Südkorea aufzwingen und die südkoreanischen Behörden uns nicht zwingen, das kapitalistische System wiederherzustellen, warum sollen dann wir Menschen der gleichen Nation gegeneinander kämpfen? Wir zwingen Südkorea nicht den Sozialismus auf. Das künftige System Südkoreas wird vom südkoreanischen Volk selbst nach seinem eigenen Willen bestimmt werden. Doch die südkoreanischen Machthaber reden von "einem Sturm der Freiheit" gegen den Norden. Das ist ein arrogantes Verhalten zum Ziele der Obstruktion der friedlichen Wiedervereinigung.

Das Prinzip der nationalen Einheit, ungeachtet der Unterschiede der Ideologie und des gesellschaftlichen Systems, erfordert die Demokratisierung der Gesellschaft und die Freiheit der politischen Betätigung für alle Parteien, Gruppierungen und Persönlichkeiten. Nur bei Demokratisierung der Gesellschaft kann sich die Einheit der Kräfte, die für die unabhängige, friedliche Wiedervereinigung des Landes sind, ohne Unterschied der politischen Auffassungen, der Weltanschauung und des Glaubens, herausbilden. Doch auch nach der Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung treten die südkoreanischen Behörden die demokratischen Rechte mit Füßen und verschärfen die faschistische Unterdrückung des Volkes, indem sie behaupten, es bestehe kein Anlaß, die Antikommunistengesetze und die Staatssicherheitsgesetze zu beseitigen. Sie schränken sogar die Aktionsmöglichkeiten der offiziellen Oppositionsparteien ein und verbieten es ihren Mitgliedern, mit uns in Kontakt zu treten. Sie verhaften und kerkern viele Leute ein, nur weil sie Kontakte zwischen Nord und Süd und die nationale Wiedervereinigung befürworten, was als Verbrechen gemäß dem Antikommunistengesetz gilt. Vor kurzem sind die südkoreanischen Behörden sogar soweit gegangen, Patrioten hinrichten zu lassen, die in Südkorea für Demokratie und friedliche Wiedervereinigung aufgetreten sind. Das ist nackte Provokation gegen uns. Obwohl feierlich der Nation versprochen worden war, die getroffenen Vereinbarungen getreulich zu erfüllen, scheuen sich die südkoreanischen Machthaber nicht, sie zu brechen. Sie denken dabei nicht an die Folgen ihres Verrats an der Nation. (...)

(Quelle: Interview Kim Il Sung mit der japanischen Tageszeitung Mainichi Shimbun im Jahre 1972, in: Informationsbulletin, Wien, Nr. 20-21/1972, S. 49-51)

beiden Teilen des Landes beteiligen sollten. Nachdem diese Lösung abgelehnt worden war, schlug der Norden eine Föderation durch Bildung eines Obersten Nationalen Komitees vor, das aus einer gleich großen Anzahl von Repräsentanten aus dem Norden und dem Süden gebildet werden sollte. Das Komitee sollte unter Beibehaltung der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systeme die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung koordinieren und ganz Korea nach außen repräsentieren.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet unterbreitete die KVDR mehrere Angebote, wie etwa die Lieferung im Süden dringend benötigter Produkte zu günstigen Bedingungen, den Austausch von Arbeitskräften und Technikern und die Lieferung billiger Energie.

All diese Vorschläge wurden jedoch, obwohl sie weitgehende Vorteile für den Süden gebracht hätten, vom Pak-Regime abgelehnt.

Die Wiedervereinigungsgespräche

Erst im September 1971 kam es angesichts weltweiter Entspannungstendenzen unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit und der südkoreanischen Bevölkerung zu ersten gemeinsamen Rotkreuzgesprächen. Daraus resultierten politische Gespräche zwischen führenden Vertretern der KVDR und Südkoreas, die am 4. Juli 1972 zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zusammenkamen.

In dieser gemeinsamen Erklärung wurde vereinbart,

daß beide Seiten die Wiedervereinigung "selbstständig, ohne Hilfe äußerer Kräfte und ohne Einmischung von außen", "auf friedlichem Wege, ohne Anwendung von Waffengewalt" anstreben und "unabhängig von den Unterschieden in der Ideologie, in den Idealen und Systemen... als einheitliche Nation eine große nationale Konsolidierung" erreichen wollen. 4)

Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß Pak nicht daran dachte, diese Bestimmungen einzuhalten. Im Gegenteil, er verstärkte die Bindungen zur USA, ließ jeden, der nicht seine Losung von der "Vereinigung durch den Sieg über den Kommunismus" unterstützte ins Gefängnis werfen. Als Unterhändler schickte Pak zu den Nord-Süd-Gesprächen Li Hu Rak, den Chef des berüchtigten Seculer Geheimdienstes, also den Verantwortlichen für zahllose Verbrechen an südkoreanischen Patrioten und Organisator fortgesetzter Provokationen am 38. Breitengrad. Weitere Verhandlungen mit einem solchen Mann waren für die KVDR nicht annehmbar.

Angesichts der völlig destruktiven Haltung Seouls bot die KVDR im März 1974 den Vereinten Staaten den Abschluß eines Friedensvertrages an, um die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen. Als Voraussetzung dazu sollten die USA, die in Wirklichkeit alle Macht in Südkorea in ihren Händen halten, sich verpflichten, ihre Truppen abzuziehen und sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Der Norden und der Süden sollten ihre Truppen reduzieren und darauf verzichten, Waffen und Kriegsausrüstungen von außen einzuführen.

Obwohl ein solcher Vertrag, der das veraltete, von der KVDR, der VR China und den - damals noch von den USA beherrschten - Vereinten Nationen geschlossene Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom ersetzen würde, den Frieden dauerhaft sichern könnte, lehnten die USA Verhandlungen darüber ab.

Das Korea-Problem vor der UNO

Die konstruktive Friedenspolitik der KVDR und das weltweit veränderte Kräfteverhältnis schlugen sich jedoch inzwischen auch bei den Beratungen über das Korea-Problem in der UNO nieder. Konnte der US-Imperialismus 1950 die Vereinten Nationen noch als Deckmantel zur Verschleierung seiner Aggression in Korea mißbrauchen, so vermochte er 1973 nicht mehr zu verhindern, daß die KVDR trotz verschiedener Störmanöver in die UN-Spezialorganisationen WHO und UNESCO aufgenommen wurde. Damit wurde ein Beschluß der UNO aus dem Jahre 1948 aufgehoben, in dem die südkoreanischen Behörden als einzig legitime Regierung der koreanischen Halbinsel anerkannt worden waren.

Im gleichen Jahr nahm der Politische Ausschuß der Vereinten Nationen, an dem die KVDR zum erstenmal als offizieller Beobachter teilnahm, ei-

ne Resolution über die Anerkennung der in der gemeinsamen Erklärung von 1972 festgelegten Prinzipien für die friedliche Wiedervereinigung Koreas an und löste die 1947 unter Mißachtung der Rechte des koreanischen Volkes gebildete "UNO-Kommission für die Vereinigung und den Aufbau Koreas" auf.

Nach Ansicht der KVDR soll demgegenüber die Aufnahme Koreas in die UNO erst nach Bildung einer Föderation erfolgen.

Dank der eindeutigen Stellungnahme der KVDR gelang es den USA und dem Pak-Regime ebenfalls nicht, ihren Plan der gleichzeitigen UN-Aufnahme von Nord- und Südkorea, mit der sie die Spaltung des Landes völkerrechtlich festzuschreiben suchten, in die Tat umzusetzen. Zu einem Höhepunkt gestaltete sich sodann die Korea-Debatte des 1. Politischen Ausschusses der UNO im Oktober 1975. Dort wurde mit 51 gegen 38 Stimmen erstmalig eine Resolution angenommen, die die Auflösung des "Kommandos der Vereinten Nationen" fordert und den Abschluß eines Friedensvertrages vorsieht. Obwohl gleichzeitig eine dieser widersprechende Resolution mit 59 gegen 51 Stimmen gebilligt wurde, zeigte sich doch, daß neben den sozialistischen Ländern immer mehr nichtpaktgebundene Staaten die Politik der KVDR unterstützen. Deutlicher denn je wurden nun die Anwesenheit ausländischer Truppen (unter der Flagge der Vereinten Nationen) und das Fehlen einer friedensvertraglichen Vereinbarung als Kernprobleme der Koreafrage benannt.

Deshalb haben die USA, obgleich sie als Mitglied des UN-Sicherheitsrates in der Frage der Truppenstationierung jede Lösung mit ihrem Veto blockieren können, dennoch vorsorglich damit begonnen, ihre Truppen offiziell unter ihr eigenes Kommando zu stellen und nur noch vereinzelt US-Einheiten unter UN-Kommando zu belassen.

Während jedoch die Korea-Strategie der USA und ihres südkoreanischen Marionettenregimes international zusehends an Unterstützung einbüßt, wurde die KVDR im August 1975 auf der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Lima als offizielles Mitglied aufgenommen, ein Aufnahmeantrag des Pak-Regimes hingegen abgelehnt. Die nordkoreanische Regierung ist damit dem Ziel ihrer friedlichen Wiedervereinigungspolitik um einen weiteren Schritt nähergekommen.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1975
- 2) Neues Deutschland, 11./12.10.1975
- 3) Das Ziel der im Dezember 1975 von US-Präsident Ford auf Hawaii verkündeten sogenannten "Pazifik-Doktrin" besteht im wesentlichen darin, die nach der amerikanischen Niederlage unsicher gewordenen Bündnispartner wieder auf Linie zu bringen, den Einfluß der USA unter Beibehaltung der militärischen Präsenz zu sichern und nach Möglichkeit auszubauen.
- 4) Zit. nach Unsere Zeit, 14.7.1972

Als am 5. Dezember 1975 indonesische Truppen die soeben ausgerufenen Demokratischen Republik Ost-Timor überfallen hatten, nahmen die BRD-Massenmedien davon nur kurze Zeit Notiz. Ohnehin überwogen Stellungnahmen der kapitalhörigen Presse, für die mit dem brutalen Aggressionsakt lediglich "die Ordnung wiederhergestellt" worden war (vgl. hierzu: AIB, Nr. 1/1976). Für sie war bald - ganz im Sinne eines Briefes der indonesischen Regierung an "befreundete Regierungen" wie die der BRD - "der Fall Ost-Timor kein praktisches Problem mehr" (Guardian, 22.4.1976). Doch im selben Brief gab das indonesische Regime zu: "Für die provisorische Regierung", also die Marionettenregierung Indonesiens in Ost-Timor, "würde der Verzicht auf die (indonesischen) Freiwilligen Selbstmord bedeuten". Die "Freiwilligen" - auf bis zu 35 000 Mann geschätzte Eliteeinheiten der Armee Djakartas - bilden in der Tat die einzige Stütze der Annexionsanhänger gegen die revolutionäre Befreiungsfront Ost-Timors (FRETILIN). Ihr heldenhafter Kampf machte nicht nur die "Blitzkrieg"-Pläne der indonesischen Generäle zunichte. Er stellt nunmehr für das reaktionäre Suharto-Regime Indonesiens sowohl hinsichtlich seines internationalen Ansehens als auch insbesondere bezüglich der Verschärfung der inneren Widersprüche in Indonesien selbst ein fast unlösbares Problem dar. Schon am 20. Dezember 1975 prognostizierte der Guardian: "Der Kampf um Timor könnte Indonesien ausbluten". Berichte etwa der australischen Tribune sprechen von Befehlsverweigerungen indonesischer Truppen, Demonstrationen von Soldatenwitwen, wachsenden Differenzen selbst innerhalb der militärischen Spitze (Tribune, 21.1.1976). Unter diesen Bedingungen ist der Freiheitskampf des Volkes von Ost-Timor trotz enormer Schwierigkeiten und der Überlegenheit der Invasionsarmee keineswegs aussichtslos. In der Einschätzung, die Amule Alcatiri Maribim, Staatsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor und Repräsentant der FRETILIN, in einem Zeitungsinterview vornimmt, kommt diese revolutionäre Zuversicht deutlich zum Ausdruck.

Amule Alcatiri Maribim Der Volkswiderstand gegen die indonesischen Invasoren

FRAGE: Herr Minister, wenn Sie gestatten, eine allgemeine Frage. Wie stellt sich heute die Lage in Ost-Timor dar?

A.A.MARIBIM: Wir kämpfen weiter mit vielen Schwierigkeiten und verlassen uns dabei zuallererst auf unsere eigenen Kräfte. Diese Schwierigkeiten rühren im wesentlichen von der geopolitischen Lage Ost-Timors her, die für unseren Kampf ziemlich ungünstig ist.

Erfolgreicher Widerstand gegen die indonesischen Invasionstruppen

Seit seiner Niederlage in Südostasien - Vietnam, Laos und Kambodscha - hat sich die Kriegstreiberrei des Imperialismus gefestigt und verstärkt. Andererseits sind unsere Truppen von den indonesischen See- und Luftstreitkräften eingeschlossen.

Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten leisten unsere Streitkräfte Widerstand. So sind wir während der vergangenen fünf Wochen von der Defensive zur offensiven Aktion übergegangen. Im Laufe des Monats März haben wir Dutzende von Panzern und andere Militärfahrzeuge zerstört. In den letzten neun Monaten haben wir fünf feindliche Flugzeuge und sechs Hubschrauber zerstört und außerdem 10 000 indonesische Soldaten kampfunfähig gemacht.

Die indonesischen Truppen befinden sich im Norden des Grenzgebiets, in der Hauptstadt Dili und in Baucau. Unser Kampf ist ein Widerstandskampf.



Die Kampfgruppen, die wir bilden, haben den Auftrag, Störangriffe gegen die feindlichen Stellungen vorzutragen und in den Städten und Dörfern unter Schonung der Bevölkerung die feindlichen Streitkräfte zu vernichten.

Am vergangenen 19. März sind unsere Truppen in Baucau eingedrungen. Nach der vollständigen Vernichtung der feindlichen Streitkräfte haben sie sich wieder in die Berge zurückgezogen. Am vergangenen 10. April ist es uns gelungen, 60 Prozent der feindlichen Kräfte in Dili zu zerstören. Große Mengen des Materials wurden erobert.

Proteste gegen Suharto im eigenen Land

Vor kurzem haben die Witwen der in Ost-Timor gefallenen indonesischen Soldaten für die Einstellung der Kampfhandlungen gegen unser Land demonstriert.

Wir haben ebenfalls erfahren, daß mehrere indonesische Soldaten sich geweigert haben, zu kämpfen.

Die indonesische Regierung war sicher, den von der FRETILIN und dem Volk von Ost-Timor geführten Kampf in drei Tagen zu erledigen, doch der uns aufgezwungene Krieg dauert seit neun Monaten an. Und in neun Monaten erbitterter Kämpfe hat sie nicht mehr erreicht, als lediglich 15% unseres Territoriums zu besetzen, der Rest ist unter der Kontrolle der FRETILIN.

FRAGE: Vor einigen Tagen hat die indonesische Regierung angekündigt, sie werde im Laufe des Juni die Annexion der Republik Ost-Timor vornehmen, die somit die 27. Provinz Indonesiens würde. Wie werden die revolutionäre Regierung und das Volk Timors darauf reagieren?

A.A.MARIBIM: Die indonesische Regierung ist nicht das indonesische Volk. Dieses hat den gerechten Charakter unseres Kampfes anerkannt, aber die indonesische Regierung hat sich immer geweigert, die Realität von Ost-Timor zu akzeptieren.

Da unser Kampf ein nationaler Befreiungskampf ist, wollen wir unsere nationale Unabhängigkeit durch die Anwendung revolutionärer Gewalt zur Vernichtung der feindlichen reaktionären Gewalt wiedererlangen. Der Beschluß der Annexion unseres Landes wird unser Volk dazu führen, mit noch mehr Entschlossenheit und Mut zu kämpfen. Der Sieg in unserem Kampf wird die Zerstörung, das Scheitern eines imperialistischen Stützpunktes in der Welt bedeuten.

Die Ankündigung, unser Land zu annektieren, zeigt der Welt sicher die wahren Absichten der indonesischen Regierung.

FRAGE: Können Sie, Herr Minister, die Fakten in Erinnerung bringen, die die FRETILIN veranlaßt haben, am 28. November des vergangenen Jahres die Unabhängigkeit der Republik Ost-Timor zu proklamieren - eine Proklamation, die am 7. Dezember die Invasion der indonesischen Truppen in Ihr Land zur Folge hatte?

A.A.MARIBIM: Die Unabhängigkeit eines Volkes kann nicht diskutiert werden. Das ist ein heiliges Prinzip, das wir stets verteidigt haben.

Wir haben die Unabhängigkeit Ost-Timors nach der Gegenoffensive proklamiert, die die FRETILIN gegen die UDT und die APODETI geführt hat, reaktionäre Bewegungen, die im Sold Indonesiens stehen und die vom portugiesischen Kolonialismus unterstützt wurden.

Ungebrochener Unabhängigkeitswille

Nach zwanzigtägigen Kämpfen im vergangenen August gegen die APODETI und die UDT haben wir die Kontrolle über das gesamte Territorium erlangt.

Daraufhin haben wir von der portugiesischen Regierung die Eröffnung von Verhandlungen verlangt, um ein Dekolonialisierungsprogramm festzulegen.

Aber die portugiesische Regierung hat schlicht und einfach das Land im Stich gelassen. Deshalb haben wir am 28. November die Unabhängigkeit unseres Landes proklamiert und eine legitime und faktische Herrschaft legalisiert.

Was die Invasion Dilis durch die indonesischen Truppen betrifft, so hatten wir sie vorhergesehen, wir haben sie sogar öffentlich angeklagt, bevor sie realisiert wurde.

Heute kontrollieren die indonesischen Truppen nur Dili und die zweite Stadt des Landes. Aber da

unser Kampf gerecht und unser Volk entschlossen ist, bis zum Ende durchzuhalten, sind wir uns des endgültigen Sieges gewiß.

Die Geschichte hat es bewiesen: Ein organisiertes und mobilisiertes Volk ist die einzige Kraft, die fähig ist, das eigene Geschick zu bestimmen und die eigene Geschichte zu schreiben.

Obleich in neunmonatigen Kämpfen mehr als 60 000 Patrioten - bei einer Bevölkerung von etwas mehr als 550 000 Einwohnern - für das gerechte Anliegen unseres Kampfes gefallen sind, ist unser Volk entschlossen, ihn weiterzuführen: Frauen, Männer und Kinder kämpfen Seite an Seite für die Verteidigung der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität unseres Landes. Die Situation unseres Feindes ist die eines Besiegten, jedoch nicht die eines Überzeugten.

Die portugiesische Regierung - Komplizin Djakartas

FRAGE: Wie sind die Beziehungen der revolutionären Regierung von Ost-Timor mit der portugiesischen Regierung?

A.A.MARIBIM: Alles was sich in Ost-Timor ereignet, ist der portugiesischen Haltung zuzuschreiben. Wir wissen, daß die portugiesische Regierung Komplizin der indonesischen Regierung ist.

Es genügt, an die beiden Abkommen von Djakarta und Rom zu erinnern, die zwischen den beiden Seiten abgeschlossen wurden.

Die portugiesische Regierung trägt wegen der passiven Haltung, die sie hinsichtlich der Unabhängigkeit unseres Landes eingenommen hat, einen Teil der Verantwortung für die Verbrechen, die heute begangen werden.

Wir anerkennen die portugiesische Regierung nicht als Verwaltungsmacht, aber wir wünschen, mit diesem Land auf der Basis bilateraler Zusammenarbeit und nationaler Souveränität Beziehungen aufzunehmen.

FRAGE: Wie erklären Sie sich die Ansprüche Indonesiens auf die Republik Ost-Timor?

A.A.MARIBIM: Um auf diese Frage zu antworten, muß man wissen, was die indonesische Regierung ist.

Sie repräsentiert höchstens eine reaktionäre Minderheit, die 1965 das Massaker an einer Million Indonesier verursacht hat, und dies, um die Macht zu ergreifen und alle fortschrittlichen Kräfte des Landes zu unterdrücken. Diese Minderheit kann nicht akzeptieren und dulden, daß ein fortschrittliches Nachbarland wie das unsrige von einer revolutionären Bewegung, der FRETILIN, geleitet wird.

Andererseits behauptet die indonesische Regierung, daß das Volk von Ost-Timor dieselben eth-

nischen und kulturellen Ursprünge habe wie das indonesische Volk. Wie sollte das möglich sein, wo doch Indonesien sich aus mehreren Volksgruppen mit unterschiedlichen Kulturen zusammensetzt! In Indonesien werden 25 verschiedene Sprachen gesprochen.

Wir können sagen, daß eine ethnische Identität zwischen dem Volk von Ost-Timor und dem von West-Timor besteht, aber nicht mit dem indonesischen Volk; denn in Indonesien existieren mehrere Völker.

Allgemein kann man sagen, daß die Ansprüche Indonesiens auf unser Land Teil einer imperialistischen politischen Strategie sind.

FRAGE: Welches sind die Handlungsperspektiven Ihrer Regierung und der FRETILIN?

A.A.MARIBIM: Die letzte Analyse unserer Situa-

tion führt uns zu der Schlußfolgerung, daß die militärischen Siege schneller zu erringen sind als die der Diplomatie. Die diplomatische Aktion kann die militärische Aktion lediglich unterstützen. Ihr Ziel ist, die Länder, die unsere Sache unterstützen, über die Realität zu informieren, in der wir leben.

Unser Sieg wird ein Beispiel für die Befreiung der unterdrückten Völker in dieser Region und in der Welt sein.

(Quelle: El Moudjahid, Algier, 11.Mai 1976)

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Kurzinformation

Puerto Rico

Am 27./28. Juni d.J. fand auf der Karibikinsel Puerto Rico das - nach dem Treffen von Rambouillet vom November 1975 - zweite Gipfeltreffen der Großmächte USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada statt. Hauptgegenstand der Konferenz war der Dialog über koordinierte Maßnahmen der imperialistischen Hauptländer zur Überwindung der seit 1974 andauernden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, zu Währungs- und Handelsproblemen sowie einer konzentrierten Rohstoffpolitik gegenüber den Entwicklungsländern.

"Erfolge und Mißerfolge des Wirtschaftsgipfels" (FAZ, 1.7.1976) beschäftigten denn auch ausschließlich die bürgerlichen Massenmedien - ausgenommen die Süddeutsche Zeitung, die wenigstens von der puertorikanischen Bevölkerung Kenntnis nahm, als sie von teils "begeistert Winkenden", teils von für die "Unabhängigkeit" Protestierenden sprach, die

"zu Tausenden die Zufahrtsstraßen zum Konferenzort blockierten" (SZ, 28.6.1976).

Tatsächlich waren rund 50.000 Menschen dem Aufruf der Sozialistischen Partei, der Kommunistischen Partei, der Unabhängigkeitspartei und der Zentralgewerkschaft Puerto Ricos (United Labour Movement) gefolgt, um in einer machtvollen Demonstration im Konferenzort Dorado Beach - 30 km von der Landeshauptstadt San Juan (450.000 Einwohner) entfernt - vorrangig "gegen die koloniale Unterdrückung durch die USA" zu protestieren (vgl. Claridad/USA, 13.6.1976 und UZ, 29.6.1976).

In Schweigen hüllte man sich hierzulande auch darüber, daß der lokale Gouverneur Puerto Ricos, Rafael Hernandez Colon, nicht einmal von der

Entscheidung der Regierung Ford, hier einen "Krisengipfel" abzuhalten, in Kenntnis gesetzt, geschweige denn konsultiert worden war. Dies beleuchtet einmal mehr den kolonialen Status Puerto Ricos wie sein von den Vereinten Nationen 1973 bekräftigtes unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit von der nordamerikanischen Kolonialmacht (vgl. AIB, Nr. 11-12/1975).

Die USA aber hatten die Antilleninsel demonstrativ zum Tagungsort auserkoren, um angesichts der in den nächsten Monaten bevorstehenden Puerto Rico-Debatte in den Vereinten Nationen ihren Besitzanspruch auf die 1898 eroberte Insel nachdrücklich unter Beweis zu stellen. In dieser Situation konnte Washington nur daran gelegen sein, die anderen imperialistischen Großmächte an eine Verteidigung der US-Kolonie anzubinden und sie auf eine Unterstützung der US-Position in den Vereinten Nationen einzuschwören.

Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher kommt so das zweifelhafte Verdienst zu, nur wenige Tage nach ihrem skandalösen Empfang des Rassistenchefs Vorster in Bonn nun mit ihrem Besuch in Dorado Beach auch ihre Anerkennung des Kolonialstatus von Puerto Rico zum Ausdruck gebracht zu haben.

Bolivien

Seit dem 9. Juni d.J. hat die Militärregierung Banzer im ganzen Land den Belagerungszustand ausgerufen und die staatlichen Minendistrikte unter Militärrecht gestellt. Grund waren hierfür vermutete Protestdemonstrationen gegen den

Mord vom 3. Juni an dem 1971 gestürzten antiimperialistischen Präsidenten Juan J. Torres (siehe AIB 6/1976), gegen die eine erneute Repressionswelle im ganzen Land in Gang gesetzt wurde. Bergbauzentren und Universitäten - die Studentenbewegung unterstützte schon in früheren Kämpfen aktiv die Streikkämpfe der Bergarbeiter - wurden von Armeeeinheiten besetzt, die Führung der Bergarbeitergewerkschaft und Studentenvertreter verhaftet, der Ausnahmezustand verhängt.

Wenige Tage nach dem Ausstand traten Bergarbeiter und Studenten in den Streik. Er wurde zu einer der größten Streikbewegungen der letzten Jahre. Die Bergarbeiter forderten eine Lohnerhöhung um 130%, die Entfernung des

Militärs aus dem Grubengebiet, die Freilassung der über 100 Verhafteten und die Rückkehrerlaubnis für 25 verbannte Gewerkschaftsführer aus dem Exil.

Einem Bericht des Innenministers Pereda zufolge haben die 50.000 bolivianischen Bergarbeiter den Streik nach 3 Wochen beendet und ihre Arbeit wiederaufgenommen (vgl. Neue Züricher Zeitung, Fernausgabe, 30.6.1976).

Doch hat dieser Streik neue Kreise gegen die Militärregierung erreicht. So erklärte der Erzbischof von Cochaamba, Armado Gutierrez, daß

"die Kirche den Vorgängen nicht tatenlos zusehen (könne) und auf die gegenwärtigen Probleme aufmerksam machen (müsse)" (Süddeutsche Zeitung, 30.6.1976).

Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam

Gemäß den Beschlüssen der gemeinsamen beratenden politischen Konferenz von Delegationen aus Nord- und Südvietnam über die Wiedervereinigung des Landes, die im November 1975 in Ho Chi Minh-Stadt getagt hatte (siehe AIB, Nr.1/1976), fand nun vom 24. Juni bis 5. Juli 1976 in Hanoi die erste Nationalversammlung des wiedervereinigten Landes statt.

Die am 25. April 1976 in ganz Vietnam gewählten 492 Abgeordneten vollzogen in der konstituierenden Sitzung die formelle staatliche Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams und faßten darüber hinaus äußerst wichtige Beschlüsse für die weitere Entwicklung Vietnams.

1. Das wiedervereinigte Vietnam wird den Namen "Sozialistische Republik Vietnam" (SRV) führen.

2. Staatsflagge ist die bisherige Flagge der DRV, die auf rotem Grund einen goldenen Stern trägt. Ebenfalls werden das Staatswappen (mit neuer Inschrift "Sozialistische Republik Vietnam") und die bisherige Nationalhymne der DRV für den neuen Staat übernommen.

Das hat allerdings nichts mit einer angeblichen diktatorischen Dominanz des Nordens über den Süden zu tun, wie manche bürgerliche Unkenrufer glauben machen möchten. Vielmehr erklärt es sich aus dem historischen Tatbestand, daß Ho Chi Minh 1945 die "Demokratische Republik Vietnam" (DRV) auf dem Territorium des gesamten Vietnam proklamiert hat.

3. Hauptstadt des Landes ist Hanoi, die größte Stadt des Landes. Die Metropole des südlichen Landesteiles wurde offiziell von Saigon in Ho Chi Minh-Stadt umbenannt.

4. Eine 36-köpfige Kommission wurde mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt; bis zu deren Inkrafttreten gilt die Verfassung der

DRV von 1956.

5. Die staatlichen Institutionen des Landes sind die Nationalversammlung, der Präsident sowie die beiden Vizepräsidenten, das Ständige Komitee der Nationalversammlung, die Regierung, der Nationale Verteidigungsrat, das Oberste Volksgericht und die Generalstaatsanwaltschaft.

6. Einstimmig wurde der bisherige Präsident der DRV, Ton Duc Thang, zum Präsidenten der SRV gewählt. Ohne Gegenstimme wurde Truong Chinh Vorsitzender des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, sowie Pham Van Dong Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Vietnam. Zu Vizepräsidenten wurden Nguyen Luong Bach und Nguyen Huu Tho ernannt.

7. Der von der Versammlung beratene und verabschiedete Fünfjahrplan für 1976-1980 legt den Schwerpunkt auf die verstärkte sozialistische Aufbauarbeit im Norden bei gleichzeitiger sozialistischer Umgestaltung im Süden sowie eine möglichst weitreichende Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Höhepunkt der Diskussion der Nationalversammlung war zweifellos der politische Bericht des 1. Sekretärs des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan. In 15 bis 20 Jahren, so erklärte Le Duan, solle in ganz Vietnam die materiell-technische Basis des Sozialismus geschaffen sein; auf internationaler Ebene werde Vietnam Schulter an Schulter mit den sozialistischen Ländern und jenen Kräften schreiten, die einen unermüdlichen Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus führen.

